

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: S.W. 68, Lindenstrasse 69.  
Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1983.

Dienstag, den 11. Oktober 1904.

Expedition: S.W. 68, Lindenstrasse 69.  
Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1984.

### Quittung.

Im Monat September gingen bei dem Unterzeichneten folgende Parteibeiträge ein:

- Aue bei Durlach, vom sozialdemokr. Wahlverein 10.—, Nachen, D. O. 10.—, Altona, Dr. S. 10.—, Altona (Elbe) durch H. Th. 3000.—, Berlin, Beiträge der Wahlkreise: Zweiter Kreis 2500.— (darunter Vierprozente Bau Anhaltstr. 12 2 Rats 18,78, 3. Rate 11,75, 4. Rate 13,50, 2 Ueberstunden durch Lücke 1,40, Neue Welt-Kalender, J. 4,50, Gesangs-Direktion, Vol. 5.—), Vierter Kreis (Südost) 2600.— (darunter Vierprozente Bau Schröder, Eplauerstr. 17/18 d. Müller 35,75, freiwillige Beiträge Bau Schröder 5,20, vom Bau Pulver, Ebnauerstr. 4 2.—, Tischlerei Wolf, Waldemarstr. 29 25.—, Kranzüberfah. von den Arbeitern der Firma A. Schneider 3,55, Vierprozente von den Arbeitern der Möbelfabrik W. Barth, Uebanstraße 64 15.—, Werkstat. Peibbenow, Görlitzer Ufer 23 5.—), Fünftes Kreis Ost 3500.— (darunter Statklub „Union“, Friedrichselderstr. 37 12,35, von den Arbeitern der Möbelfabrik Kummel 50.—, von den Arbeitern der Firma Reichel u. Co., Immanuelstraße 6 15.—, von den Arbeitern der Möbelfabrik Bollmann und Hanke, Vorkagenerstraße 33 6,55, von den Tischlern der Firma Klug, Warschauerstraße 11,50, von den Tischlern der Möbelfabrik Friedrich, Fruchtstr. 30, 3. Rate 11,000.—, darunter 497. Bezirk, Falkenhagener Herrenpartie 2,55, 519. Bezirk, Geburtstagsf. d. Bezirksführers 1,55, A. D. Wäster 1.—, alter Parteigenosse Schönhauser Allee 5.—, Regellub „Träne“ 30.—, Ueberfah. der Kranzsp. f. Genossen Jastulski (Bezirk 577—83) 12,15, desgleichen f. Genossen Barth (Bez. 589—92) 2,45, von der Hauskapelle des Charlottenburger Volkshauses 11.—, zum Parteifonds, Müllenerstr. 4, 8,90, Kranzüberfah. von A. G. O. (Saal 20) 6,85, Ueberfah. der Sechserklasse Tischlerei Gujas 10.—, Berlin, diverse Beiträge: Dr. L. A. 100.—, Madetes 10.—, Herrenpartie Klepnigke durch W. S. 1,09, Maurer v. Bau Antonienstraße, Reinindorf 10,10, Kaybachstr. 23/24 drei Raten 7,50, 6,20, 2.—; Summa 15,70, Zentralverb. d. Zivilberufsmänner Deutschl. (Ortsverb. Berlin), gef. bei der Waisefer 72,14, Vieherei-Abt. Gg. Brauert, Stralau, zum Parteitag 28,50, Durch Ed. Warnst erhalten 83,94, Geburtstagsf. A. Neumann, Schönhauser Allee 1,10, Vierprozente der Tischlerei Martens, Lützowstr. 58 12.—, Die Arbeiter v. Bardmann u. Co. 24.—, Vierprozente Bau Hochstr. 34 5,25, Gesammelt am Viertisch b. Window 1,10, Dittmars Möbelfabrik, Vorkagenerstr. 33, 20.—, Die Kontobucharbeiter v. Ledding 6.—, Von J. G. Pfaff, Saal II, 10.—, D. P. 5.—, Werkstätte Herm. Hoffmann, Schützenstr. 20.—, Dr. A. Jansen 41,10, Zwei Brüder, Jünten 9,65, Vorwärts-Wachhandlung 25 000.—, Julie, Ritterstr. 85, 3. Quart. 1904, 26,50, Vom Sommerausflug der D.-Brüder 5.—, Referat S. b. d. städtischen Markthallenarbeitern 10.—, Brandt, Dgford 1.—, Unbekannt 5.—, Von den Patienten in Grabowsee 13,10, Gutenbergl. 34,80, Arbeiter der Firma Trebesius, Reanderstraße 2,65, Lepegererwerkst. Dunsch, Kranenstr. 11, 30.—, Von Mitgl. d. U. D. 5,20, Buchdruckerei „Hülshard“ d. „Vorwärts“ (Zeitung) 5.—, Geburtstagsfeier 3.—, C. D., Gubrau 1.—, Ueberfah. der Landpartie der Firma Kallisch 3,80, Mitglieder des Verbandes deutscher Buchdrucker im „Vorwärts“ 300.—, Bremen, von den Parteigenossen 500.—, Deuthen (Oberschl.) von den Parteigenossen 5.—, Breslau, sozialdemokr. Verein 150.—, W. R. K.—, 50, Chemnitz, Brutus (durch St.) 1,50, Adm. a. Nk., sozialdemokratischer Verein 80.—, Chemnitz, ohne Namensangabe 5.—, Düsseldorf, Fischer 2.—, Falkenberg (Oberschl.) 2.—, Jülich i. B., Wahlverein 20.—, Jorst i. L., roter Skat b. Motke 3.—, Göttha, durch den Vertrauensmann, Aug. und Sept. 60.—, Heidelberg, Dr. A. 10,11, Hamm i. B., sozialdemokr. Verein 5. u. 11., 3. Quartals-Beitr. 10.—, Halle a. S., sozialdemokratischer Verein 300.—, Hamburg, im Monat September in der Expedition des „Echo“ eingegangen 160.—, Idar, vom Volksverein 3. Quart. 4,50, Kiel, R. 4.—, Kattowitz (Oberschl.), vom Wahlverein 5.—, Limmern, 9. hamov. Wahlkreis 100.—, Lübz i. Pommern, A. 2. 1,50, Ludenwalde, Rufus 5.—, Leipzig, 12. u. 13. sächs. Reichstags-Wahlkreis 3000.—, Magdeburg, sozialdemokratischer Verein 1000.—, Mählingen, Waldhäuser 5.—, Nürnberg, S. 4.—, Regensburg, sozialdemokratischer Verein 3. Quartal 1904 10.—, Ronsdorf, A., Quartalsbeitrag 5.—, Remscheid, vom sozialdemokratischen Volksverein 150.—, Remscheid, der wahre Jakob 3.—, Stuttgart, G. II, 10.—, Straßburg i. E., Altvater 6.—, Spremberg, A. L. W. 8,50, Sachsen-Weimar, Landesorganisation 50.—, Solingen, vom Kreisomitee 50.— (dar. v. Leihlingen, Sperre aufgehoben 10.—), Schweinfurt, sozialdemokr. Verein 10.—, Verdau, gef. bei einem Ausflug z. Gen. Stolle-Gesau v. Verdauer u. Frohburger Gen. 6,20, Württemberg 100.—, Verdau, ameril. Kult. „Weifraut“ 5.—, Berlin, den 10. Oktober 1904.

Für den Parteivorstand: A. Gerisch, Kreuzbergstr. 30.

### Bilow-Deh.

Die Aufgabe eines deutschen Reichskanzlers sollte es sein, der Politik des Reiches die Richtung zu weisen. Seitdem aber der kaiserliche Herrscher das Wort gesprochen, er wolle sein eigener Kanzler sein, blieb dem Leiter der Reichsregierung zu regieren nicht viel übrig, vielmehr sah er sich vor eine andere Aufgabe gestellt, vor die nicht leichte Aufgabe: das, was das persönliche Reglement vordrängt, das, was ohne Beratung mit den verantwortlichen Regierungsstellen geschah, nachträglich vor der deutschen Öffentlichkeit zu vertreten und zu verantworten.

Graf Bilow leistet diese interessante Aufgabe seit langem mit nicht zu verkennendem Geschick. Wenn der Kaiser Sturm macht und die Wogen hoch gehen, wenn die Gemüter in heißer Erregung aufschäumen, dann kommt Bilow mit der Deffanme und beschwichtigt die orangerotesten Wogen.

Wie Graf Bilow früher alle Reden des Kaisers, die in der Deffantheit so oft stürmischen Widerspruch fanden, vertrat, wie er vor zwei Jahren bereit war, die Schweinmörder Depesche zu vertreten, welche in die bayerischen Kämpfe eingriff und die Zentrumspartei traf, so war es für jeden Kenner des Kanzlers unzweifelhaft, daß er die Kraft seiner Ueberzeugungen auch für die neueste Depesche

einlegen würde, welche aus dem Romintener Jagdgebiet nach Lippe-Dehmold ging.

Diese Depesche des Kaisers fand allenthalben in Deutschland scharfsten Protest. Vielleicht wurde auch Graf Bilow, als er die Depesche zuerst in den Zeitungen las, von einigem Staunen befallen. Es hat gute Frist gewährt, bis er das Staunen überwand und bis es ihm gelang, die Deffanme der Beschwichtigungen gehörig herzurichten. Nun aber ist es gelungen. Auf eine Anfrage des Vizepräsidenten des Westfälischen Landtags, des Kommerzienrats Hoffmann, hat Graf Bilow die verantwortliche Auslegung des Kaiser-Telegramms gefunden. Das Schreiben aus Homburg, in dem Graf Bilow alle Schwierigkeiten des persönlichen Regiments mit spielender Grazie überwindet, lautet:

Geehrter Herr Kommerzienrat,

Sie haben mich heute mündlich um eine authentische Interpretation des Telegramms Seiner Majestät des Kaisers und Königs vom 28. v. M. gebeten. Ich bin gern bereit, Ihnen meine Antwort schriftlich zu befähigen, und ermächtige Sie, unter Berufung auf mich öffentlich zu erklären, daß Seine Majestät der Kaiser mit diesem Telegramm lediglich bezweckt hat, die vorläufige Nichtvermeidung der Truppen für den Regenten und den Grund derselben mitzuteilen. Mit der Auffassung des Bundesrates, daß die Rechtslage noch ungeklärt sei, konnte Seine Majestät sich nicht in Widerspruch setzen. Jeder Eingriff in die verfassungsmäßigen Rechte des Fürstentums hat Seiner Majestät dem Kaiser selbstverständlich fern gelegen, und insbesondere liegt es außerhalb allerhöchster Absicht, der derzeitigen Ausübung der Regentenschaft im Fürstentum durch den Herrn Grafen Leopold zur Lippe irgend welches Hindernis zu bereiten.

Wie stets im Reiche wird auch im vorliegenden Falle der Rechtsboden nicht verlassen werden, und die Lippeische Frage wird ihre Erledigung ausschließlich nach Rechtsgrundsätzen finden.

Ich hoffe, daß es unter den Kuspizien des Bundesrats bald gelingen wird, auf schiedsrichterlichem Wege zum Wohle des Westfälischen Landes zu einer endgültigen Lösung der Frage zu gelangen, und werde das meinige tun, um dieses Ziel in möglichst kurzer Frist zu erreichen.

In vorzüglicher Hochachtung gez. Graf v. Bilow, Reichskanzler.

Siehe da, alles in schönster Ordnung. Und schon läßt die Bilow-Kanne Wunderwirkungen auf die erregten Schreiber der Presse. Schon erklärt man, das Schreiben des Reichskanzlers sei geeignet, Beruhigung zu schaffen, und man hofft, daß die Angelegenheit nun in ruhige Bahnen gelangt, was äußerst wünschenswert sei, damit der „Monarchische Gedanke“ nicht schweren Schaden nähme.

War die bürgerliche Erregung, die bei tausendfachem Unrecht, schlummert, aber plötzlich für den Thron der Westfälischer emporschlug, ein erheiterndes Schauspiel, so ist die jetzige Szene der Bilow'schen Wogenlärmung nicht minder erheiternd. Nicht nur ist es ein Bild voll Köstlichkeit, wie die Postle der Ebenbürtigkeitsfragen vom Kanzler des großen Deutschen Reiches, vom „modernen Staatsmann“ Bilow mit gravitätischem Ernst behandelt wird; ebenso reichlichen Genus bereitet es zu schauen, wie der Kanzler die liebliche Aufgabe der Telegrammrechtfertigung löst.

Um die Schwierigkeit der Aufgabe auch für einen Mann zu ermessen, der in dergleichen Werken viel bewandert ist, erinnere man sich des Telegramms:

Rominten, 26. 9. 1904, 6,56 Nm.  
Graf Lippe-Vierfeld

Detmold.

Spreche Ihnen mein Beileid zum Ableben Ihres Herrn Vaters aus. Da die Rechtslage in keiner Weise aufgeklärt ist, kann ich eine Regentenschaftübernahme Ihrerseits nicht anerkennen und lasse auch das Militär nicht vereidigen.

(gez.) Wilhelm, I. R.

Die unzweideutige Klarheit des Telegramms stellt an den Reichskanzler nicht geringe Anforderungen der Auslegungskunst, durch die der Rückzug vom Wortlaut des Telegramms vollzogen wird.

Graf Bilow erklärt, gewiß nicht ohne sich zuvor mit dem Gebieter in Verbindung gesetzt zu haben, daß der Kaiser nicht beabsichtigt, der Ausübung der Regentenschaft durch den Grafen Leopold irgend welches Hindernis zu bereiten. Aber das Telegramm hat dem Grafen nicht einmal die ihm in seiner neuen Stellung zukommende Anrede als Graf-Regent gewährt!

Das Telegramm soll seinen Grund darin haben, daß der Abtender sich nicht in Widerspruch mit dem Bundesrat setzen wollte, für den die Rechtslage noch nicht geklärt sei. Aber als im Jahre 1895 der Schaumburger Schwager die Regentenschaft in Detmold übernahm und die Rechtslage mindestens so wenig geklärt war wie die jetzige, da erschien es noch nicht erforderlich, sich auf den Bundesrat zu berufen. Damals wurde auch die Vereidigung der Truppen keineswegs verweigert. Und wie soll die Berufung auf den Bundesrat das Telegramm erklären, welches die Ordnung der Rechtslage nicht abwartet, sondern ihr vorgreift und die Macht der preussischen Stimmen im Bundesrate von vornherein im Gegenzug zur Westfälischer Linie festlegt.

Bilow, der Deuter, deutet weiter, das Telegramm habe gar nicht in den Rechtsstreit eingreifen wollen, sondern es habe nur die vorläufige Nichtvermeidung der Truppen und den Grund dazu mitgeteilt. Tatsächlich jedoch sagt das Telegramm ganz anderes. Es sagt unzweideutig: Ich kann die Uebernahme der Regentenschaft nicht anerkennen! Es tritt der landesgesetzlich festgelegten und bereits erfolgten Uebernahme der Regentenschaft entgegen!

Die Anordnung der Nichtvermeidung vermag auch Graf Bilow's diplomatischer Genius nicht zu deuten und nicht zu korrigieren. Und doch wirkt sie alle seine Bemühungen jäh über den Haufen. Der Befehl der Nichtvermeidung bedeutet objektiv einen Eingriff in die verfassungsmäßigen Rechte des Bundesstaates und des Bundes-

fürsten, wenn auch Graf Bilow erklärt, daß es nicht die Absicht des Kaisers gewesen sei, in diese Rechte einzugreifen. Ist zunächst Graf Leopold Regent von Lippe, so ist auch das Truppenkontingent, das in seinem Staate garnisoniert, gemäß der Militärkonvention zwischen Preußen und Lippe auf ihn als Landesherrn zu vereidigen. Die Nichtvermeidung entzieht ein für den Fürsten entscheidendes Recht. Für die Truppen ist er damit nicht Landesherr, und es hieße die Bedeutung der Armee herabsetzen, wenn ihr Beispiel nicht maßgebend sein sollte für die Kreise, auf deren Haltung es einem Fürsten ankommt. Wenn die Truppen nicht anerkennen, der ist nicht anerkannt, Graf Leopold ist in eine Stellung gebracht, die jedem Souverän nach heutigem Staats- und Fürstenrecht unerträglich ist.

Wenn es dem Grafen Bilow nicht gelingt, die Lippeische Angelegenheit so zu bugieren, daß sie schnell vor das in Aussicht gestellte Schiedsgericht gelangt und hier frühere Erledigung findet, bevor der Reichstag in der Angelegenheit sprechen kann, so muß der Reichskanzler die Auslegungskünste seines Schreibens noch erheblich steigern und die unantastbare Vereidigung des Telegramms so erweisen, wie es die Aufgabe des verantwortlichen Beamten eines persönlichen Herrschers ist.

Zunächst aber dürfen die Rächsbeteiligten des Lippestreites bei dem interessanten Wort des Grafen Bilow beruhigung finden, daß dieser Fall nach Rechtsgrundsätzen entschieden werden soll „wie stets im Reiche“!

### Die Vorgänge in Lippe.

Die Meldungen über die Vorgänge im ruhmreichen Staat Lippe vom Sonntag und Montag haben bestätigt, daß in den bestehenden Klassen dort verschiedene Strömungen gegen einander wirbeln. Die Schaumburger haben einen nicht unerheblichen Anhang und dieser hat sowohl im Landtagsausschuß wie in der Montagssitzung des Landtagsplenums sehr zum Mißbehagen der Lippeischen Regierung gewirkt. Der Teil der Regierungsvorlage, der die Regelung der Regentenschaft im Todesfälle des geisteskranken Fürsten Alexander ordnen soll, konnte noch nicht erledigt werden.

Ueber die Volksversammlung am Sonntag und die Landtagsberatung am Montag erhalten wir die folgenden Nachrichten, in denen die Stellungnahme unserer Parteigenossen von besonderem Interesse ist.

Detmold, 9. Oktober. (Eigener Bericht des „Vorwärts“.) Die Versammlung in Lage, welche kurz nach 1/4 Uhr vom Assessor Tschje eröffnet wurde, verlief einigermassen vorläufigsmäßig. Sie war schon vor 5 Uhr zu Ende. Wahrscheinlich in Befürchtung eines Sprengungsversuches durch die Gegenpartei war besonders angeordnet, daß der Saal von 3 1/2—8 Uhr vom Einbrucher gemietet worden sei. Die Befürchtung erwies sich aber als grundlos. Die Bilowburger Partei hatte zu der Versammlung nicht mobil gemacht. Auch unsere Parteigenossen waren nur in geringer Anzahl, darunter die Landtags-Abgeordneten Weder und Schmidt, erschienen.

Der Einbrucher eröffnete die Versammlung mit der Erklärung, die Versammlung sei veranlaßt worden von einer Kommission, bestehend aus dem Bürgermeister und zwei Magistratsmitgliedern von Lage, zwei Kaufleuten, zwei Landwirten, einem Jiegler. Diese Kommission sei sich einig geworden, daß der Zweck der Versammlung nicht sein solle, sich mit der Thronfolge zu beschäftigen, auch nicht mit dem Kaisertelegramm, sondern nur mit der Regentenschaftsfrage.

In demselben Sinne äußerte sich der auf den Vorschlag des Einbruchers gewählte Rathherr Baumeister Hanke. Dieser verlas sofort eine von der Kommission ausgearbeitete Resolution, welche verlangte, daß von dem Landtage die Regierungsvorlage angenommen werde. Diese Resolution fand aber nur sehr vereinzelten Beifall in der Versammlung. Die Mehrzahl hatte offenbar eine entschiedene Stellungnahme gegen das Telegramm Wilhelms II. erwartet. Dem entsprach denn auch ein Antrag Dr. Quentins, eines entschiedenen Anhängers der Westfälischer, auf Umänderung der Resolution.

Dr. Quentin sowohl wie alle anderen Westfälischer Redner, die diplomatischen sowohl als auch die radikalsten, betonten fortwährend und ausschließlich das gute Recht der Westfälischer gegenüber den Ansprüchen Schaumburgs und dem Telegramm Wilhelms II.

Es blieb unserem Parteigenossen Weder überlassen, das Recht des Volkes zur Sprache zu bringen, und zwar sowohl Westfälischer als auch Bilowburger gegenüber. Er geistete trefflich die Anschauung, daß der Landtag wohl das Recht haben solle, über die Regentenschaft zu bestimmen, nicht aber über die Thronfolge. Dabei mußte jedoch der Regent ein „aufrechtermännlicher Mann“ sein, d. h. die „Ebenbürtigkeit“ besitzen. Wer sei aber ebenbürtig? Gehe man der Sache auf den Grund, so käme man zu dem Resultat, daß gar keiner mehr ebenbürtig sei. (Stürmische Heiterkeit.) Nun wäre es aber schlimm: habe der Landtag irgend jemand zum Regenten gemacht, der sich später durch den Eruch des höchsten Gerichts aus mangelnder Ebenbürtigkeit als der Unrechte erweise, so habe dieser so lange die Einkünfte des Fürsten zu Unrecht geenossen. Man sehe hieraus, daß die Frage der Regentenschaft und die der Thronfolge sich nicht von einander scheiden lassen. Nur die Ebenbürtigkeit sei an dem allen schuld. Die Ahnfrau Modeste v. Ulrich hätte das ganze Unglück nicht veranlassen können, wenn jeder einfache Bürger das Recht hätte, zum Präsidenten gewählt zu werden. Brauseuder, langandauernder Beifall folgte diesen Worten, welche den Veranstaltern der Versammlung augenscheinlich sehr unbehagen waren. Hatte der ihnen gewordene Beifall doch erst die Stimmung der Versammlung, aus welcher die Opposition gegen das Kaiser-Telegramm floß, aufgedeckt.

Die gefaßten Beschlüsse lauten:

„Die in der Reichskrone zu Lage in Lippe tagende Versammlung von etwa 2000 Lippern aller Parteien und Stände faßt folgende Beschlüsse:

1. Wir stehen auf dem Boden des Regentenschaftsgesetzes der Jahre 1895 und 1898, welches die Regentenschaft des jeweiligen ältesten Sohnes Seiner Erlaucht des Grafregenten Ernst bis zum Tode des Fürsten Alexander festsetzte, und betrachten eine An-

fechtung dieses Gesetzes, wie sie sich in dem Telegramm Seiner Majestät des Kaisers an den Grafen Leopold und in dem Protest der fürstlichen Schaumburgischen Staatsregierung kundgibt, als einen Versuch, in die Selbstverwaltung und Souveränität der Lippischen Staatsregierung einzugreifen. Wir sprechen der fürstlichen Staatsregierung unsere vollste Anerkennung für ihr ebenso mutiges wie würdevolles Eintreten für das Recht ihres Staates, wie es durch die Erklärung des Herrn Staatsministers in der Landtags-Sitzung vom 6. Oktober zum Ausdruck gekommen ist, aus.

2. Wir sind überzeugt, daß die Lippische Thronfolgefrage durch den Schiedsspruch vom Jahre 1897 endgültig erledigt sein müßte, und daß eine Festlegung der durch den Schiedsspruch anerkannten Rechte der Vierfelder Linie durch ein Thronfolgegesetz durchaus verfassungsmäßig und wünschenswert wäre. Da aber dieser Weg nach der Erklärung der Regierung augenblicklich nicht gangbar erscheint, und nachdem Seine Erlaucht der Grafenregent erklärt hat, die Rechte seiner Linie dem Urteil eines unparteiischen Gerichtshofes nochmals unterwerfen zu wollen, so fordern wir die Einsetzung eines unabhängigen, unparteiischen, reichsgesetzlich zu bestellenden höchsten Gerichtshofes zur Entscheidung dieser Rechtsfrage. Wir bitten daher den von der Regierung an den Bundesrat gestellten Antrag und ersuchen den Landtag, sich diesem Antrage in jeder Beziehung anzuschließen.

3. Um dem Lippischen Lande die Ruhe und den Frieden zu bewahren, muß die Regentenschaft Seiner Erlaucht des Grafen Leopold bis zu der Entscheidung der Thronfolgefrage gesichert sein, auch, wenn Seine Durchlaucht Fürst Alexander hinscheiden sollte, bevor die Entscheidung getroffen ist. Wir betrachten daher die diesbezügliche Vorlage der Staatsregierung, welche eine Ergänzung des Regentenschaftsgesetzes aus den Jahren 1895 und 98 herbeiführen will als einen Akt weiser Fürsorge und ersuchen den Landtag, diese Vorlage der Staatsregierung durch seine Zustimmung zum Gesetz zu erheben.

Außerdem wurden noch zwei Telegramme abgefordert, eins an den Staatsminister Sebelot und eins an den Grafenregenten Leopold, beide natürlich von den 2000 versammelten Lippern. Zu bemerken hierzu ist noch, daß die Versammlung aus höchstens acht hundert Personen bestand. Die Sucht, so gewaltig zu übertreiben, läßt auf ein sehr großes Selbstvertrauen der Veranstalter schließen.

### Die Landtagssitzung.

Lage in Lippe, 10. Oktober. (Privatdepesche des „Vorwärts“.) In der Kommission zur Vorberatung der Regierungsvorlage hatte man sich auf einen Kompromißantrag geeinigt, welcher in seinem ersten Teil lautet:

„Ohne zu der Begründung der Vorlage 78 im einzelnen Stellung zu nehmen, weist der Landtag alle Versuche, die dem Staat Lippe als Einzelstaat des Deutschen Reiches zuzehenden Rechte zu schmälern, nachdrücklich zurück.“

Im zweiten Teil wird der Bundesrat ersucht, möglichst bald zur Erledigung der Thronstreitigkeiten in Lippe ein unparteiisches ordentliches oder Schiedsgericht in die Wege zu leiten.

Bedeutete schon dieser Kompromißantrag und seine Begründung durch den konservativen Abgeordneten Schommel eine Vorfeststellung der Regierung, so wirkte es geradezu sensationell, als Abgeordneter Hoffmann-Salustien mittelste, er habe vom Reichsminister in Homburg persönlich die Zusicherung erhalten, die Depesche des Kaisers sei nur eine Antwort auf die den Regierungsantritt mittelnde, auch vom Staatsminister nicht gegengezeichnete Depesche des Grafenregenten, in welcher der Kaiser den vom Bundesrat vertretenen Rechtsstandpunkt habe zum Ausdruck bringen müssen. Er brachte hierauf einen an ihn gerichteten Brief Wilhows zur Verlesung.

Auf den nunmehr erfolgenden, fast allgemeinen, festigen Tadel, daß die Lippische Regierung nach sechs Tagen, anstatt für eine authentische Interpretation der Depesche des Kaisers zu sorgen, diese veröffentlicht habe, dagegen die des Grafenregenten nicht, schwieg Staatsminister Sebelot völlig. Im übrigen wurde in der Debatte die untertänige Zustimmung, welche deutsche Männer vor Königsthronen ziert, bis zum Uebermaß herausgearbeitet. Auch Abgeordneter Meier-Jobst, der freisinnige Reichstags-Abgeordnete für Lippe, begeisterte sich für Ebenbürtigkeit und Fürstentum.

Unsere Fraktion allein machte von dieser Untertänigkeit eine Ausnahme und brachte das Recht des Volkes zur Sprache, indem sie folgende Erklärung abgab:

Wir protestieren gegen die Regelung sowohl der Regentenschaft als auch der Thronfolgefrage durch den jetzigen Lippischen Landtag auf Grund des Schiedsspruchs von 1897, indem wir einerseits jede Einmischung fremder Richter in Dinge, welche das Lippische Volk allein angehen, als unberechtigt und nur im Interesse irgend eines ebenbürtigen oder unebenbürtigen Hauses liegend aufs schärfste zurückweisen, andererseits den auf Grund der das Volk entrechtenden Dreiklassenwahl gewählten Landtag nicht als eine richtige Vertretung des Lippischen Volkes und seiner wahren Interessen ansehen.

Wir verlangen, daß das souveräne lippische Volk entweder durch direkte geheime Volksabstimmung oder einen auf Grund des allgemeinen gleichen direkten und geheimen Wahlrechts gewählten Landtag selbständig ohne fremde Einmischung seine Regierung bestimmt.

Von diesem Standpunkt aus werden wir auch jedem genügend entschiedenen Protest gegen die Einmischung der Wäddeburger Regierung und des deutschen Kaisers in die Angelegenheiten des Lippischen Volkes zustimmen, besonders auch deswegen, weil das Telegramm Wilhelm II. sich nicht nur mit der Verfassung des Deutschen Reiches in Widerspruch befindet, sondern auch angesichts des noch nicht geschlossenen Grades des Waters des Grafenregenten Leopold für jeden fühlenden Menschen unverständlich ist. Wir erklären aber ausdrücklich, durch diese Stellungnahme gegen Wäddeburg auch nicht im geringsten irgend welche Rechte Vierfelders anerkennen zu wollen.

Auf Antrag unserer Fraktion wurde dann getrennt über den Kommissionsantrag abgestimmt und der erste Teil mit allen, der zweite Teil gegen die drei sozialdemokratischen Stimmen angenommen.

Lage, 10. Oktober, 6 Uhr nachmittags. In der Nachmittags-Sitzung schlug die Kommission für die von der Regierung beantragte Ergänzung zum Regentenschaftsgesetz eine Fassung vor, durch welche bestimmt wird, daß, wenn im Falle des Ablebens des Fürsten Alexander innerhalb eines Jahres ein Gericht zur Entscheidung des Thronstreits nicht gesichert ist, die Regentenschaft aufhört und das im § 3 des Gesetzes von 1895 vorgesehene Verfahren, Wahl des Regenten aus der Zahl der vollgeschleichen Agnaten eintritt.

Es soll dadurch einer Verschleppung vorgebeugt werden. Staatsminister Sebelot erklärt, die Staatsregierung habe auf dem Standpunkt geblieben, daß es nur eine Annahme oder Ablehnen der Vorlage gebe. Im Falle der Ablehnung hätte sie dann sofort die Konsequenzen gezogen. Nimmere aber fühle er sich nicht berechtigt, diesen Kompromißantrag als indiskutabel zurückzuweisen, er müsse aber vorher dem Grafenregenten Vortrag halten.

Hierauf wurde der Antrag an die Kommission zurückverwiesen. Der Landtag vertagte sich. Die Kommission wird Donnerstag nachmittags zusammentreten.

Damit hat Minister Sebelot für Vierfelder gerettet, was zunächst zu retten war.

Detmold, 10. Oktober. (B. S.) Ein dramatischer Zwischenfall ereignete sich während der leidenschaftlichen Besprechung des Kommissionsantrages in Sachen der Regentenschaftsfrage im Landtage. Der Abg. Schommel (L.) nahm auf den Artikel einer Berliner Zeitung Bezug, in welchem gesagt war, daß der im Jahre 1895 verstorbene Staatsminister v. Wolfgram auf unaufrichtige Weise aus dem Leben geschieden sei und zwar, weil der Erlaß des Fürsten Waldemar, durch welchen Prinz Adolf von Schaumburg-Lippe zur Regentenschaft berufen wurde, unecht sein sollte, und weil der Minister sich geweigert hatte, diesen Erlaß dem Landtage zur Kenntnisnahme zu unterbreiten. Schommel erklärte diese Darstellung des Todes des Ministers für eine heuchlerische Lüge. Darauf nahm der Abgeordnete Voedecker mit hoherer Stimme Veranlassung folgendes zu erklären: Im Jahre 1895 gelegentlich der Beratung des Regentenschaftsgesetzes stellte der verstorbene Abgeordnete Justizrat Kiemissen den Antrag, daß der den Prinzen Adolf von Schaumburg-Lippe zur Regentenschaft berufende Erlaß des Fürsten Waldemar dem Landtage vorgelegt werden solle. Als der Minister sich weigerte, den Erlaß vorzulegen, erklärte Kiemissen, daß er unter diesen Umständen an der Gerechtigkeit zweifle. Auf diese Äußerung Kiemissens habe der Minister mit keinem Worte geantwortet. Abg. Voedecker erklärte schließlich die Äußerung des Abg. Schommels in der heutigen Sitzung als eine große Lüge, weswegen er zur Ordnung gerufen wurde. Es fiel auf, daß Schommel keine Gelegenheit nahm, die Rede Voedeckers zu erwidern.

## Politische Uebersicht.

Berlin, den 10. Oktober.

### Zum französisch-spanischen Abkommen über Marokko.

Paris, 8. Oktober. (Fig. Ver.) Im Abkommen vom 8. April 1904 hatte England die französischen Ansprüche auf Marokko in vollen Maße anerkannt. Der Artikel 2 jenes Abkommens erkennt Frankreichs Befugnis an, über der Ruhe Marokkos zu wachen und ihm seine Unterstützung zu leisten für alle administrativen, wirtschaftlichen, finanziellen und militärischen Reformen, deren es bedarf. Um aber Marokko in aller Ruhe „unterstützen“ zu können, — ein ganz netter Ausdruck für „beherrschen“! — mußte Frankreich vorerst sich mit den spanischen Ansprüchen abfinden, die ja sich auf den gleichen „Rechts“-Titel wie die französischen stützen, nämlich auf die Grenzbarbarität, diese uralte rechtliche Grundlage aller Eroberungspolitik, der offenen und der verdeckten.

Die Unterhandlungen mit Spanien dauerten mit einigen Unterbrechungen seit Mai laufenden Jahres. Sie waren schwierig und heikel. So traktlos Spanien an sich ist, so durfte die französische Diplomatie doch nicht das Risiko laufen, das südliche Nachbarland in die Arme eines mächtigen, westpolitisch strebenden Bundesgenossen zu treiben. Amüßig zu sagen, daß damit Deutschland gemeint ist. Und die Erfahrung von Tunis, dessen Besetzung durch Frankreich ohne jede Rücksicht auf Italien dieses letztere für den Dreißund reif gemacht hatte, warnte eindringlich vor einer ähnlichen Verletzung Spaniens in der Marokko-Angelegenheit.

Wie aber Spanien zufriedenstellen, ohne die Vorteile der freien Hand zu schmälern, die sich für Frankreich aus dem Abkommen mit England ergeben? Dieses widerspruchsvolle Problem hatte Delcassés Diplomatie zu lösen. Zuweilen ihr das nun wirklich gelungen ist, läßt sich aus dem offiziellen Wortlaute des französisch-spanischen Abkommens vom 7. Oktober schwer erkennen. Das Abkommen, das auf den Namen „Deklaration“ getauft ist, ist klar und eindeutig nur in Bezug auf die Zustimmung Spaniens zum französisch-englischen Abkommen vom 8. April. Hingegen werden die französischen Gegenleistungen, als deren „Folge“ die spanische Zustimmung bezeichnet wird, gänzlich im Dunkel gelassen. Der bezügliche geradezu sybillinisch gefasste Satz der Deklaration besagt nur, daß die beiden Regierungen sich verständigt hätten über „die Festlegung der Tragweite der Rechte und der Garantie der Interessen, die für Frankreich aus seinen algerischen Besitzungen und für Spanien aus seinen Besitzungen auf der marokkanischen Küste sich ergeben“. Die offiziellen Pressekommunikate machen die Sache nicht klarer. In der „Humanität“ wird allerdings klar von einer Teilung der Einflussphäre gesprochen. Danach würde Frankreich seine Rechte und seine Interessen belästigen in demjenigen Teile Marokkos, der die algerischen Besitzungen bis zum Atlantischen Ozean verlängere, während Spanien dieselben Vorteile in Nordmarokko, der „natürlichen Verlängerung der Halbinsel“, genießen solle.

Zwischen aber hat Frankreich durch die marokkanische Anleihe, die es zum einzigen Gläubiger Marokkos macht, die Finanzen dieses Landes unter seine alleinige Kontrolle gebracht. Ferner hat der Sultan — infolge der Perdicaris-Angelegenheit — die Organisation der Polizei von Tanger dem französischen Wächter anvertrauen müssen. Und auf diesem Wege soll weiter das „friedliche Eindringen“ Frankreichs in Marokko vor sich gehen, eine kolonialpolitische Methode, für die namentlich auch Jaurès in der Kammer und in der Presse energisch Stellung genommen hat. Diese bequeme Methode hat indes ihren Haken oder sogar deren zwei: erstens die ewigen inneren Kriege bzw. Rebellionen in Marokko, und zweitens die kriegerischen Gelüste französischer Militär- und Kolonialkreise in Algerien. Unter solchen Umständen fehlt es nie an einem Vorwand für ein kriegerisches Eingreifen. Kürzlich ist ja bereits ein dahinzielender militärischer Vorstoß ausgeführt worden — unter dem Vorwand der Beschützung eines Frankreich fremdlichen Stammes. Ist aber einmal die „Fahne engagiert“, so kennt man die Folgen aus hundertfältiger Erfahrung der französischen und sonstigen Kolonialkriege.

Jaurès wird übrigens den Minister des Aeußeren interpellieren über die französische Politik in Marokko und über die Antriebe, die dahin abzielen, die Politik des friedlichen Eindringens in ein militärisches Eindringen und eine militärische Besetzung zu verwandeln. Vielleicht entziffert dann Delcassés in seiner Antwort auch die wahre Bedeutung des französisch-spanischen Abkommens?

### Die englische Zollpolitik und die Arbeiterpartei.

London, 8. Oktober. (Fig. Ver.)

Obgleich die Agitation für eine imperiale Zollpolitik in den letzten 18 Monaten in England nicht um einen Schritt der Lösung näher gebracht wurde, haben sich diese Woche die Führer der konservativen Partei wieder veranlaßt gesehen, die Frage öffentlich zu besprechen. Balfour und Chamberlain sprachen in besonderen Verfammlungen, jeder nach seinem Standpunkte: Balfour lehnt jede Schutzzollpolitik ab und will nur einen Tarif, um die Angriffe des schutzzollnerischen Auslandes gegen die britische Industrie abzuwehren zu können, Chamberlain will eine Schutzzollpolitik, um auch das Reich vereinigen zu können. Die Liberalen und die Arbeiter sind unzweideutig gegen jede Einschränkung des Freihandels.

Dagegen hat sich in den letzten Monaten in Australien ein entschiedener und fast einstimmiger Umschwung zugunsten einer zollpolitischen Annäherung an das Mutterland vollzogen. Die Ursache dieses Umschwunges liegt nicht im Erstarken des imperialistischen Gedankens oder in wirtschaftlichen Erwägungen, sondern in der Furcht Australiens vor Japan. Es ist schwer, an einem so fortgeschrittenen Gemeinwesen, wie Australien es ist, eine harte Kritik zu üben. Aber ich kann nicht umhin, die Meinung auszusprechen, daß die Politik des weißen Australiens von einem rücksichtslosen Eigeninteresse diktiert ist. Die wenigen Millionen

weißer Australier haben einen ganzen Kontinent für sich, sie vermehren sich nicht und haben auf mindestens ein Jahrhundert hinaus nicht im geringsten eine Ueberbevölkerung zu befürchten. Dennoch könnte sich auch der gebildete Asiater nicht in Australien niederlassen. Männer wie Togo oder Kuroki werden von den Australiern als mindertwertig betrachtet. Niemand wird so auf einen russischen Sieg gehofft wie in Australien. Der Kerl, der neulich in der Londoner „Daily News“ seine russophilen Hymnen anstimmte und von der gelben Gefahr delirierte, ist ein Australier. Die Australier fürchten also, die überschüssige Bevölkerung Japans könnte nach Australien auswandern. Um diese Auswanderung unmöglich zu machen, brauchen sie des Schutzes der britischen Flotte. Deshalb sind sie bereit, Chamberlains Pläne anzunehmen und die Reaktion in England zu stärken. Wie schön dies zusammenhängt: reaktionäre Einwanderungspolitik, Schutzzoll, Russenliebe, Imperialismus.

Dieser Umschwung in Australien veranlaßte die britische Arbeiterpartei (Labour Representation Committee), folgenden Protest an Mr. Watson, den Ex-Premierminister und Führer der australischen Arbeiter zu richten:

„Nach den Berichten in der englischen Presse scheint die australische Arbeiterpartei bereit zu sein, sich mit einer anderen politischen Partei zu verbinden, um die Australier für Chamberlains Pläne zu gewinnen. Die Anhänger Chamberlains haben in England ohne weiteres zugestimmt, daß ihre Politik eine Vesteuerung der Lebensmittel bedeutet. Gegen diese Politik haben sich alle Arbeiterorganisationen ausgesprochen. Wir sind deshalb gezwungen, gegen diese Politik der australischen Arbeiterpartei in freundschaftlicher, aber entschiedener Weise zu protestieren. Wir versichern Sie, daß die Schutzzollpolitik auf den heftigsten Widerstand der britischen Arbeiterpartei stoßen wird, und wir hoffen, daß sich unsere australischen Freunde nicht auf eine Politik festlegen werden, deren Erfolg von den organisierten Arbeitern des Mutterlandes bedauert werden wird.“ Der Protest ist vom Parteisekretär Mr. J. A. Macdonald geschrieben. —

## Deutsches Reich.

Eine Todesanzeige. Die Sonnabendnummer der „Kieler Zeitung“ enthielt im Annoncenteil folgende

### Todesanzeige.

Nach einer uns vom Reichs-Marineamt auf offener Postkarte zugegangenen Mitteilung ist unser lieber Sohn und Bruder, der Einjährig-Freiwillige-Unteroffizier

Rudolf Dehning

am 6. Oktober in Olofongo am Typhus gestorben.

Die tiefbetrübten Eltern und Geschwister.

D. J. Dehning.

Kiel, den 7. Oktober 1904.

Der Verstorbenen ist einer von drei Brüdern, die zu gleicher Zeit als Einjährige beim 1. Seebataillon in Kiel eingetreten waren. Wie alle Einjährigen des Seebataillons, die sich bei der Mobilmachung im Februar d. J. freiwillig für Südwestafrika gemeldet hatten, blieb er, als am 1. April seine Dienstzeit abgelaufen war, als Unteroffizier bei der Truppe. Am Freitag erhielten seine Eltern, völlig unvorbereitet, die Nachricht von seinem Tode durch eine Postkarte des Reichs-Marineamts auf vorgedrucktem Formular. Welche Empörung die Familie, trotz ihres Schmerzes, über die Rücksichtslosigkeit des Reichs-Marineamts empfunden haben muß, geht aus der Form ihrer Todesanzeige hervor. Wenn so auch in Kreisen, die dem Einfluß der oppositionellen Presse fernstehen, das südwestafrikanische Abenteuer nachgerade anfängt, unpopulär zu werden, so darf sich neben dem Typhus das Reichs-Marineamt das Verdienst hierfür zuschreiben. Diese Behörde hat erst vor kurzem einen Sturm der Entrüstung aus allen Kreisen der Bevölkerung über sich heraufbeschworen, als sie es, in den ersten Verlustlisten von den Gefechten um Waterberg, völlig unvorbereitet, die Namen der gefallenen „Gemeinen“ bekannt zu geben, so daß Tausende von Familien, die Angehörige in Südwestafrika hatten, lange Tage in die quälendste Ungewißheit versetzt waren. Das Reichs-Marineamt sah sich damals, wie man sich erinnern wird, gegenüber der einmütigen Verurteilung, die sein Vorgehen fand, schließlich gezwungen, als eine Art von Entschuldigung bekannt zu geben, die heliographische Verbindung auf dem afrikanischen Kriegsschauplatz sei unterbrochen gewesen. Dieser neueste Fall bürokratischer Taktlosigkeit — vermutlich einer unter vielen, die nicht bekannt geworden — beweist, daß eine andere Leitung auch im Reichs-Marineamt nicht funktioniert: die nämlich, die preussischen und deutschen Behörden das Verständnis für die Stimmung des Volkes vermitteln sollte.

### Moderner Sklavenhandel.

Seit geraumer Zeit werden auf die Gruben der Saar- und Mosel-Bergwerksgesellschaft in Spittel-Karlingen böhmische und österreichische Vergleute unter glänzenden Lohnversprechungen herangezogen, die, wenn sie in dem lothringischen Kohlenbrennort angelangt sind, die traurigsten Erfahrungen machen. Die Reiseflohen, die von der Gesellschaft vorgeschickt werden, werden dann vom Lohn abgezogen. Die armen Vergleute, die völlig mittellos antommen, erhalten dann, um ihre Bedürfnisse decken zu können, Gutscheine, auf welche sie sich Lebensmittel im Werkkonsum-Geschäft holen müssen, deren Preis ihnen dann mit den Reiseflohen abgezogen wird. Die Leute bleiben auf diese Weise monatelang ohne einen Pfennig Geld und sind vollständig von den Löhnen der Gesellschaft abhängig.

Die einheimischen Vergleute, die auf die „Böhsche“ der Konsum-Gutscheine verzichten und sich die Praktiken der Gesellschaft nicht gefallen lassen, werden abgesetzt und durch Oesterreicher, die man auf obige Weise willfährig macht, ersetzt. So wurden kürzlich 25 einheimische Arbeiter abgelegt und gleichzeitig durch Agenten 44 tschechische Vergleute in Wödmen angeworben, die, weil man die gemachten schönen Versprechungen nicht hielt, so schnell wie möglich wieder abdampften, bis auf acht Familien, die völlig mittellos sind und von denen zwei durch Vermittelung des örtlichen Arbeitersekretariats das österreichisch-ungarische Konsulat anrufen, um abreisen zu können. Diese Praxis der Saar- und Mosel-Bergwerksgesellschaft dürfte, abgesehen von der Auswanderungslust des Volkes, einzig dastehen. Vielleicht nimmt die österreichische Regierung Veranlassung, diesen modernen Sklavenhandel abzustellen. —

Russischer Grenzvorfall. Welche Frechheiten sich Russen auf deutschem Boden erlauben, das zeigt wieder das Verhalten eines Kosaken-Offiziers in Oberhessen. Am 30. September desertierte ein Grenzjäger und erreichte preussischen Boden, ihm folgte der Offizier des Postens. Der Deserteur sprang in einen Eisenbahnzug Coupé 4. Klasse. Der Offizier stieg in denselben Zug in die zweite Klasse. Auf der Station Gockalowitz ging er zu dem Kosaken ins Coupé und forderte ihn auf, ihm zu folgen. Als es zu einer Auseinandersetzung zwischen beiden kam, mißte sich, wie die „Silber“ berichtet, ein Geizhändler Uhrmacher ein, der gegen die Verhaftung auf preussischem Boden protestierte. Der Russenoffizier zog den Säbel und drang auf den Uhrmacher ein, in diesem Augenblick hielt der Zug in der Station Niziedig. Der Kosak entkam im Menschengedrange und ein Hüfsbereiter gab ihm Kleidung und Unterstützung, so daß er bald nach Astrakhan abreiste, wo der Boden immer noch sicherer ist als im starken Deutschen Reich. —

### Verstorbene aus Südwestafrika.

Folgende weitere Todesfälle werden gemeldet: Am 6. Oktober sind im Lazarett in Ojimbunde am Typhus gestorben: Gefreiter Georg Grabantki, geboren 10. September 1881 zu Schwarpeln

fm Kreise Willaken, und Meiter Johann Tomaszid, geboren 14. Dezember 1882 zu Johannisberg bei Schwet, Westpreußen. Am 7. Oktober sind im Lazarett in Oltjimbide am Typhus gestorben: Leutnant Albert Furnrohr, geboren 28. April 1876 in Konitz bei Gnesen, Posen, früher badisches Train-Bataillon Nr. 14, und Meiter Josef Kohlstedt, früher Luftschiffer-Abteilung, geboren 28. Oktober 1888 in Marz, Kreis Heiligenstadt.

## Huoland.

### Einigungsvorschlag der P. S. de F.

Paris, 7. Oktober. (Fig. Ver.) Die Exekutivkommission der P. S. de F. (revolutionäre Sozialisten) hat jochen einen Vorschlag gefaßt, der geeignet ist und darauf abzielt, die Einigungsfrage in raschem Fluß zu bringen.

Hier der Wortlaut der am 4. Oktober beschlossenen Resolution: „Von dem Wunsche geleitet, seiner Erklärung vom 30. August Folge zu geben, konstituiert der Zentralrat der P. S. de F. mit Freuden, daß selbst innerhalb der französischen Sektion, die gegen die Dresdener Resolution gestimmt hatte, zahlreiche Gruppen bereits begriffen und bekräftigt haben, daß die erste Bedingung der Einigkeit, so wie diese vom Internationalen Kongreß zu Amsterdam gewünscht wurde, darin besteht, die Autonomie gegenüber allen bürgerlichen Parteien wieder zu erlangen zum wesentlichen Zwecke der Verwirklichung einer Klassenpolitik.“

Er hält für unnötig, zu betonen, daß es unmöglich wäre, diese Einigkeit zu verwirklichen auf dem Wege eines Verständigungs-Komitees, indem dasselbe durch die Beibehaltung sowohl der verschiedenen Organisationen wie einer in Amsterdam zurückgewiesenen Taktik von den Resolutionen des Kongresses nicht bestehen lassen würde.

Entschlossen, so rasch als möglich einen sozialistischen Bloc zu bilden mit allen denen, woher sie auch kommen mögen, die bereit sind, auf den Appell der Internationale zu antworten, — beschließt er, von heute an eine Delegation zu konstituieren zwecks Schaffung einer Einigungs-Kommission, die zur einzigen Aufgabe hätte, die Mittel und Wege der organischen Einigkeit der Partei zu bestimmen auf dem Klassenkampf-Boden, der in Amsterdam als Grundlage nicht nur jeglicher sozialistischen Doktrin, sondern auch jeglicher sozialistischen Taktik beibehalten wurde.

Unsere Delegation wird provisorisch, bis zur nächsten Plenarversammlung (des gesamten Zentralrates, der sich neben der ständigen Exekutivkommission aus den Vertretern der Departements-Föderationen zusammensetzt und alle drei Monate Sitzung hält. Der Berichterstatter.), die 15 Mitglieder umfassen, die von der Partei selbst auf ihrem Kongreß zu Billie in die Exekutivkommission gewählt wurden.

Diese Resolution wird mitgeteilt werden dem Sekretariat der Sektion, die in Amsterdam mit uns die französische Nationalität vertrat, sowie dem Internationalen Sozialistischen Bureau zu Brüssel. Die P. S. de F. hofft auf die guten Dienste dieser Bureau in dem Sinne, daß es gemäß dem empfangenen Mandat alle Bemühungen fördern und, wo nötig, hervorruft wird, die die Einigkeit bezwecken unter den vom organisierten Proletariat der beiden Welten einstimmig votierten Bedingungen.“

Für den Zentralrat: Die Exekutivkommission:  
Jean Douverri, Brode, René Chaubin, Dr. Cherechevski,  
Louis Dubreuilh, A. Grouffier, Jules Guesde, Paul Lafargue,  
Emile Laurin, Jean Martin, E. Pédrou,  
René Prévost, Lucien Roland, Marcel Sembat, Ed. Vaillant.

Die springenden Punkte des Einigungsvorschlags sind also: 1. Die Abgabe der Jaurèsiten an die Bloc-Politik und 2. Erhebung des von Jaurès vorgeschlagenen Verständigungs-Komitees beziehungsweise der „etappenweisen“ Einigung durch eine Einigungs-Kommission, die die baldmöglichste Verschmelzung der Sonderorganisationen zu einer einzigen Partei zur Aufgabe hätte. Die Antwort der P. S. F. (Jaurèsiten) auf den Vorschlag der P. S. de F. wird jedenfalls in der Sitzung des jaurèsistischen Nationalrates beschlossen werden, der sich am 20. Oktober versammelt. —

## England.

### Arbeiterpolitik und Gewerkschaft.

London, 7. Oktober. (Fig. Ver.) Der Verband der Eisenbahner, der diese Woche seinen Kongreß abhielt, gehört der neuen Arbeiterpartei (Labour Representation Committee) an. Er hat vier Parlamentskandidaten aufgestellt: Bell (Generalsekretär des Verbandes und Abgeordneter für Derby), Hudson, Holmes und Warble. Bell ist liberal, während Hudson, Holmes und Warble sozialistisch gesinnt sind. Nach den Satzungen der Arbeiterpartei müssen sich die Kandidaten verpflichten, die Satzungen der Partei zu wahren und eine von den Liberalen und Konservativen unabhängige Politik zu treiben. Die sozialistisch gesinnten Kandidaten der Eisenbahner haben die Satzungen unterschrieben, Bell aber nicht. Im Parlamente und bei Wahlkämpfen geht er mit den Liberalen Hand in Hand. Auf ihrem letzten Kongreß hat die Arbeiterpartei beschlossen, die Eisenbahner aufzufordern, ihren Generalsekretär zu veranlassen, in Übereinstimmung mit den Beschlüssen der Partei zu handeln. Diese Aufforderung kam gestern auf dem in Bradford abgehaltenen Eisenbahner-Kongreß zur Verhandlung. Die Aufforderung war in folgendem Antrage enthalten:

„Da die neue Arbeiterpartei durch die Initiative der Eisenbahner gegründet worden ist, und da die Mitglieder des Verbandes nur dann bereit sind, ihre Parlamentskandidaten zu unterstützen, wenn diese sich zu einer unabhängigen Arbeiterpolitik verpflichten, so fordert der Kongreß Mr. Bell auf, im Sinne der Satzungen der Partei zu handeln.“

Dieser Antrag erhielt 29 Stimmen für und ebensoviel gegen. Um die Frage zur Entscheidung zu bringen, wurde folgender Zusatzantrag gestellt:

„Der Kongreß ist mit der Tätigkeit Bells im Parlamente zufrieden, gibt aber nichtsdestoweniger zu, daß Bell bisweilen indiskret gehandelt. Jedoch sind seine Handlungen nicht derart, daß sie unser Vertrauen zu ihm vollends erschüttern könnten. Der Kongreß ist der Ansicht, daß der Arbeiterpartei Vorschläge zur Aenderung der Satzungen vorgelegt werden sollten.“

Dieser Zusatzantrag wurde mit 30 gegen 29 Stimmen angenommen. Dann wurde beschlossen, sich an den Vorstand der Arbeiterpartei zu wenden, die vier Kandidaten der Eisenbahner anzuerkennen.

Diese Woche tagte auch der Kongreß des Bergarbeiter-Verbandes von Großbritannien in Bristol. Neben den alljährlich diskutierten Fragen und angenommenen Resolutionen über Arbeiterschutz und Achtundtag wurde diesmal in geheimer Sitzung über die politische Unabhängigkeit der Arbeiter beraten, wobei folgender Beschluß einstimmig angenommen wurde: „Der Kongreß gibt seine Zustimmung zum Prinzip der politischen Unabhängigkeit aller Arbeiter-Abgeordneten und beauftragt alle Kandidaten der Bergarbeiter, die bei den Parlamentswahlen erfolgreich sein werden, alles zu tun, um eine besondere Arbeiterfraktion im Parlamente zu bilden.“ —

## Serbien.

### Der fromme König Peter.

König Peter hat sich nun auch salben lassen. Darauf hielt der König eine Rede, in der er auf die ihm von der Kirche auferlegte schwere Verantwortung hinwies und betonte, daß es die Pflicht jedes serbischen Herrschers sei, sich stets als Anhänger und Hüter der nationalen Traditionen zu erweisen; er werde alle Kräfte einsetzen, um seiner Vorfahren würdig zu sein und um die Achtung und Liebe des serbischen Volkes zu erringen. Der König schloß mit einem Hoch auf die große, heilige Kirche und ihre nationale Mission. —

### Ein Vormarsch Kuropatkins.

Schon seit einigen Tagen gingen Gerüchte, daß Kuropatkin entschlossen sei, nunmehr die Offensive gegen die Japaner aufzunehmen. Diese Nachrichten werden durch Plättermeldungen aus Chardin heute bestätigt. Danach sollen die Russen am 8. Oktober

den allgemeinen Vormarsch begonnen und sogar schon am Sonntag die Eisenbahnstation bei Jentai besetzt haben. Die Japaner hätten besetzte Stellungen bei Jentai eingenommen. Sie wünschten offenbar eine neue entscheidende Schlacht bei Liaujang zu liefern. Dem „Berliner Tageblatt“ wird von seinem Petersburger Korrespondenten gemeldet:

Der Armeebefehl Kuropatkins, in dem er den Uebergang zum Angriff vorschreibt, hat hier in den weitesten Kreisen des russischen Volkes die Hoffnung hervorgerufen, daß die schwere Prüfungszeit vorüber sein und leichtere Tage kommen werden, ebenso faßt die russische Presse den Armeebefehl auf. Doch enthält sich die Mehrzahl der Blätter allzu optimistischer Äußerungen, indem sie darauf hinweist, daß die Offensive der Russen nicht einem Triumphzug bis zum Jalu gleichen, sondern schwere Opfer kosten werde, weit schwerere, als die Verteidigung bisher gelostet hat. Heute, acht Monate seit dem Ausbruch des Krieges, nehmen die Japaner folgende Stellung ein: Jena Divisionen stehen diesseits des Taischo, als linker Flügel, zwei Divisionen westlich der Bahnlinie und südlich von Santepu als Zentrum, und vier Divisionen südlich der Bahn bei Tschantapuse, sowie zwei Divisionen bei den Jentagraben als rechter Flügel. Zwei weitere Divisionen stehen auf der Straße von Banjapuse nach Benjieu. Banjapuse, das stark besetzt ist, wurde von den Russen am 9. Oktober durch hartes Artilleriefeuer unter gleichzeitiger Umgehung nach kurzem Kampf genommen. Einzelheiten fehlen noch. Auf dem linken Flügel drückte Witschensko die Japaner bis Jentai zurück. Die Bahn ist bis zur Station Schöbe wieder hergestellt. Gestern soll ein großes Gefecht bei Jentai stattgefunden haben, sein Ausgang ist noch unbekannt. Es geht das unkontrollierbare Gerücht, daß General Fusch in a mit zwei Divisionen 30 Kilometer südlich von Simintun steht, um den Russen in den Rücken zu fallen. Das Gerücht hat wenig Wahrscheinlichkeit für sich.

Alle diese Nachrichten klingen sehr unwahrscheinlich. Selbst die französischen Blätter sind der Ansicht, daß die Nachrichten von der Offensive Kuropatkins mit einiger Skepsis aufgenommen werden müßten. „Matin“ meint, Kuropatkins Vorgehen sei ihm aus Petersburg, genauer Peterhof, also der Residenz des Zaren, befohlen worden. Es entspreche keiner militärischen, sondern politischen Notwendigkeit.

Was an all diesen Nachrichten und Maßnahmen Wichtiges ist, werden die nächsten Tage zeigen. Sehr wahrscheinlich klingt die Nachricht von der von Kuropatkin ergriffenen Offensive von vorn herein nicht. Man braucht nur daran zu denken, wie oft Kuropatkin bereits seine Offensive angekündigt hat. Es folgt dann aber jedesmal der Rückzug der Russen, und daß die Russen jetzt nach der für sie so verlustreich ausgefallenen Niederlage von Liaujang zum Angriff übergehen würden, erscheint wirklich sehr unglaubhaft, zumal die Verstärkungen, die Kuropatkin gezwungen erhalten hat, durchaus keine derartigen sind, um ihm eine erhebliche Überlegenheit über die Japaner zu sichern. Auch wenn man annimmt, daß die Lage um Port Arthur eine sehr bedenkliche geworden ist, daß man also in Petersburg glaube, noch einen letzten Versuch zur Entsehung der Festung durch die Landarmee machen zu müssen, so wäre doch dieser Versuch ein überaus kühner, riskierte doch Rußland dabei, eine neue noch schwerere Niederlage zu erleiden als die von Anfang September.

Wir sind nach wie vor der Ansicht, daß es nicht eher zu neuen Kämpfen größeren Stils in der Mandschurei kommen wird, bis die Japaner ihrerseits von neuem den Vormarsch aufnehmen; denn die Möglichkeit einer Offensive liegt durchaus auf ihrer Seite. Entschieden sind die Japaner aber in der Lage, ihre Truppen zu verstärken, als die Russen, deren bisherige Transportleistungen bewiesen haben, daß sie monatlich höchstens 35 000 Mann nach dem Kriegsschauplatz senden konnten. Ob sie aber auch nur dazu für die nächste Zeit imstande sein werden, ist fraglich, da sie nach ihrem Zurückdrängen nach Muden in viel höherem Maße auf Proviantsendungen durch die sibirische Eisenbahn angewiesen sind, wodurch die Truppenversendungen naturgemäß leiden. Kommt es also nicht zu einem baldigen Vormarsch der Japaner, so dürften beide Parteien in ihren gegenwärtigen Stellungen wahrscheinlich ihre Winterquartiere beziehen und größere Entscheidungslämpfe erst wieder im nächsten Frühjahr zu erwarten sein.

### Die Abfahrt des Ostseegeschwaders

ist ebenfalls so oft angekündigt worden und prompt ausgeblieben, daß man allen neuen Ankündigungen mit größten Zweifeln gegenüber zu treten hat. Zwar wurde in den letzten Tagen gemeldet, daß 80 Handelsschiffe deutscher, englischer und russischer Nationen dazu bestimmt seien, Kohlen aufzunehmen und sich an den verschiedensten Stellen der Route nach Ostasien zu stationieren, um auf diese Weise die baltische Flotte stets mit Kohlen versehen zu können, doch bleibt abzuwarten, was auch an dieser Maßnahme wahres ist. Auch daß der Zar bei der Befestigung des Ostseegeschwaders an die aufgestellten Mannschaften eine Ansprache gehalten habe, daß sie jetzt nach dem fernen Osten gehen und für den Wozjag und Korzej Ruhe nehmen und den dreisten Feind, der die Ruhe Rußlands gestört (1) habe, besiegen müßten, beweist noch gar nichts. Bevor sich das baltische Geschwader nicht mindestens in den atlantischen Gewässern befindet, ist keinerlei Beweis gegeben, daß eine Fahrt nach Ostasien auch nur ernsthaft geplant ist.

### Ein Tagesbefehl Kuropatkins.

Die der „Regierungsbote“ unter dem 8. Oktober aus Muden meldet, hat General Kuropatkin am 2. d. M. einen Tagesbefehl erlassen, in dem er die Truppen auf die Schwierigkeiten hinweist, die Armees auf die nötige Stärke zu bringen, und die Notwendigkeit des bisherigen Zurückweichens betont. Er habe den Rückzug nach Muden in unumkehrlichem Herzen befohlen; er habe ihn aber befohlen in der unerschütterlichen Ueberzeugung, daß der Rückzug nötig war, um schließlich einen entscheidenden Sieg zu erringen. Der Kaiser sende jetzt ausreichende Streitkräfte und werde weitere Truppenmassen nach Ostasien kommandieren, wenn auch diese nicht ausreichen. Es sei der unbeugsame Wille des Kaisers, den Feind zu besiegen, und dieser Wille werde unbeugsam durchgesetzt werden. Jetzt breche die von der Armeelängst erwartete Zeit an, wo man vorrücken und dem Feinde seinen Willen aufzwingen könne; denn die Mandschurei-Armeesei nunmehr stark genug, um zum Angriff überzugehen. Schließlich fordert der Befehl die Armees auf, sich von dem Bewußtsein der Wichtigkeit des Sieges, besonders im Hinblick auf die Entsehung Port Arthurs, durchdringen zu lassen.

Petersburg, 9. Oktober. Die russische Telegraphen-Agentur meldet: Die Gerüchte von Veränderungen im Oberbefehl auf dem Kriegsschauplatz beruhen nicht auf Tatsachen, sondern sind nur als Ausdruck der allgemeinen Anerkennung der hervorragenden militärischen Fähigkeiten Kuropatkins zu betrachten. Die allgemeine Stimmung ist für Gewährung voller Freiheit für Kuropatkin in der Durchführung seines Kriegesplans. Hiermit hängt das Gerücht von seiner Ernennung zum Oberbefehlshaber zusammen.

London, 10. Oktober. Das Reutersche Bureau meldet von General Ous Armees: Nach undatierten chinesischen Meldungen legen die Russen südlich von Muden Gräben an, errichten starke Erdwerke und besetzen den Eisernen Berg und Tieling.

Shanghai, 10. Oktober. (Meldung des Reuterschen Bureau.) Chinesische Regierungsbeamte kaufen große Mengen ausländische Vorräte auf, die von hier nach Tientsin verladen werden sollen; der Zweck ist unbekannt, aber gut unterrichtete Chinesen glauben, daß sie für die Russen bestimmt seien.

Nach demselben Bureau meldet ein Telegramm aus Aweiling in der Provinz Kwangsi, daß die chinesischen Truppen eine große Wunde aufständischer bei Lochenghien nach einem dreitägigen Gefecht besiegt hätten. Es heißt, die Voger-Bewegung breite sich in den nördlichen Provinzen weiter aus.

## Partei-Nachrichten.

Der Wahlverein Greifswald-Ornicken erklärte sich in seiner letzten Versammlung mit der Ablehnung des pommerischen Antrages (die Haltung zu sozialpolitischen Gesetzen betreffend) durch den Bremer Parteitag einverstanden.

### Norwegens Vertretung in Amsterdam.

Auf dem Bremer Parteitage machte bekanntlich Ed. Bernstein bei der Debatte über den Amsterdamer Kongreß einige kritische Bemerkungen über den Abstimmungsmodus auf den internationalen Kongressen und bemerkte unter anderem: „So hatte die organisierte norwegische Sozialdemokratie einen Vertreter entsandt. Als zweiter Vertreter Norwegens aber war der Delegierte eines sozialistischen Jugendbundes anwesend, der seiner Rationalität nach Russe war und auch beständig unter den russischen Delegierten saß. Bei der Abstimmung beanspruchte er die zweite Stimme Norwegens und stimmte entgegengeßetzt zu dem Vertreter der norwegischen organisierten Partei.“

„Social-Demokraten“, unser Bruderorgan von Kristiania, das in der letzten Woche diesen Teil des Parteitagberichts abdruckte, erklärte dazu:

„Vernünftige Ausführungen beruhen auf Mißverständnissen. Innerhalb der norwegischen Delegation waren keine Mißbilligungen vorhanden. Der eine Vertreter Norwegens Gaarder war wohl Vertreter des Jugendverbandes, aber sein Mandat von der norwegischen Arbeiterpartei durch ihren Repräsentanten anerkannt. Er repräsentierte also auch die Partei. Einen anderen Fehler beging Bernstein, indem er Gaarder als Russen bezeichnete. Gaarder ist norwegischer Bürger, geboren in Norwegen und Sohn norwegischer Eltern. Was Bernstein übrigens hervorheben wollte, war, daß der Abstimmungsmodus auf dem Kongreß unglücklich war, und nach der Stellung, die Norwegens Delegation einnahm, lag es nahe für ihn, sie als Beispiel zu gebrauchen.“

### Polizeiliches, Gerichtliches usw.

— Angelegliche Strafe. Wegen einfacher Verleumdung war der Redakteur der Breslauer „Volksmacht“, Genosse Mehrteil, von der Strafkammer in Breslau zu 1000 M. Geldstrafe verurteilt worden, obwohl die zulässige Höchststrafe nur 800 M. beträgt. Aus diesem Grunde hat das Reichsgericht das Urteil aufgehoben und die Sache an die Vorinstanz zurückverwiesen.

## Soziales.

### Zur Abschaffung der reglementierten Prostitution in Dänemark.

Im Frühjahr 1901 — also ungefähr ein Vierteljahr vor dem „Systemwechsel“ — nahm das dänische Folketing einen Gesetzesentwurf an, durch den der Widerspruch beseitigt werden sollte, der darin besteht, daß das dänische Strafgesetzbuch „Unzucht“ zu einer strafbaren Handlung macht, während gleichzeitig der Staat die Prostitution legalisiert und die Polizei sie reglementiert. Nach dem Entwurf sollte die „Unzucht“ straflos gemacht werden, dagegen die Verbreitung venereischer Krankheiten streng bestraft, und zugleich die Heilung von Geschlechtskranken durch unentgeltliche ärztliche Behandlung so weit wie irgend möglich gefördert werden. Das Gesetz scheiterte damals am Widerstande des Landstings. Nun hat dieser Tage der „liberale“ Justizminister Alberti — bekannt wegen seines in der vorigen Session gescheiterten und jetzt in etwas veränderter Form wieder eingebrachten Krügelgesetzes — einen Gesetzesentwurf zur Aufhebung der Prostitution vorgelegt, der leider ganz den im besten Sinne liberalen Tendenzen des Entwurfes vom Jahre 1901 entgegengesetzt ist und dessen erster Paragraph lautet:

„Wer sich ganz oder teilweise durch einen leberlichen Lebenswandel ernährt, oder an öffentlichen oder jedermann zugänglichen Ort durch Worte, Zeichen, unanständige Aufführung oder in anderer unzweideutiger Weise zu Unzucht auffordert oder einlädt, wird mit Gefängnis, oder unter erschwerenden Umständen und im Wiederholungsfall mit Zwangsarbeit von zwölf Tagen bis zu einem Jahr bestraft.“ — In den Anmerkungen zum Entwurf heißt es: „Verhältnisse zu einer einzelnen bestimmten Person sollen nur ausnahmsweise Strafe zur Folge haben, wenn sie den Charakter eines Vergernis erregenden Zusammenlebens tragen.“

Der Minister will also offenbar die „sittliche Erziehung“ des Volkes mit strengen Strafbestimmungen betreiben und selbst Verhältnisse bestrafen wissen, die sich von anerkannten Ehen nur dadurch unterscheiden, daß sie nicht legalisiert sind, wenn irgend ein polizeilicher oder anderer Spion Lustof daran nimmt. Die Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten, die in dem Entwurf von 1901 die Hauptsache war, sucht der Minister durch eine Ausnahmbestimmung zu befördern, wonach, wer sich selbst zu öffentlicher Behandlung seiner Krankheit meldet, von strafrechtlicher Verantwortung frei sein soll.

## Gewerkschaftliches.

### Berlin umgegend.

### Die Aussperrung in der Goldmetallindustrie.

In der gestrigen Streikversammlung wurde der Stand der Bewegung von der Streikleitung wieder als durchaus befriedigend bezeichnet. Nach genauen Zusammenstellungen beziffert sich die Gesamtzahl der an der Bewegung beteiligten Gürtler und Drücker usw. auf rund 4000 Personen; davon sind etwa 2500 ausgesperrt und 1500 Streikende resp. nach der Aussperrung aus den Betrieben herausgezogene. Gegenüber diesen wahrheitsgemäßen Darstellungen suchen die Kühnemänner die Zahl der Aussperrten als bedeutend höher zu bezeichnen, ohne jedoch irgendwelche Zahlen anzugeben. Geradezu komisch ist das Verhalten der „Arbeiter-Zeitung“ bei dieser Bewegung. Der Referent Cohen ermannte denn auch nicht, das groteske Getöse dieses Scharfmacherblattes in das rechte Licht zu rücken. Während die „Arbeiter-Zeitung“ beim vorjährigen Gürtler- und Drückerstreik in spaltenlangen Titeln die damaligen „Triumphe“ des Unternehmertums feierte, begnügt sie sich jetzt bescheiden nur mit kurzen Notizen, ein Zeichen dafür, daß es den „kleinen Kühnemännern“ diesmal etwas weniger wohl zu Mute ist wie im Vorjahre. In seinen paar Zeilen aber leiht das Blatt von „Lügen“ der Streikleitung über den Stand der Bewegung. Ganz besonders will es nicht wahr haben, daß es den Unternehmern an „Kleingeld“ mangelt und daß die Mitglieder der „Freien Vereinigung der Metallwarenfabrikanten“ untereinander uneins geworden sind und ihre eigenen Beschlüsse nicht achten. Demgegenüber war Cohen in der Lage, ein

Zirkular der Kühnemänner vorzulegen, worin die Mitglieder in höchst feierlichem Tone ermahnt werden, die erforderlichen Gelder zur Deckung der statutenmäßig notwendigen Unterstützung aufzubringen. Diese Sammelgelder sollen von Angestellten der Fabrik-Gesellschaft von den Unternehmern abgeholt werden, weshalb man bittet, die bezeichneten Sendboten mit Vertrauen zu behandeln.

Die angebliche Einigkeit der Kühnemänner wird am besten durch die Tatsache illustriert, daß am 1. Oktober nicht weniger wie ca. 50 Fabrikanten ihre Mitgliedschaft bei der „Freien Vereinigung“ aufgekündigt haben. Täglich kommen Fabrikanten nach dem Metallarbeiter-Bureau, darunter Leute, die sich früher in recht erheblichem Maße als Scharfmacher bemerkbar machten, und klagen Stein und Wein, wie schwer sie durch den „Terrorismus“ des Kühnemänner-Verbandes geschädigt worden sind. Sie erklären, nichts läte ihnen so leid, als daß sie Mitglieder der „Freien Vereinigung der Metallwarenfabrikanten“ geworden seien. Cohen nannte eine ganze Anzahl solcher Fabrikanten mit Namen.

Wie sich die Kühnemänner selbst betrügen zeigen folgende Vorfälle, die fast täglich beobachtet werden können. Es existiert nämlich eine Kontrollkommission, die hin und wieder die einzelnen Betriebe kontrollieren soll, ob daselbst auch die laut

Generalversammlung vereinbarte Anzahl von Arbeitern aus, gesperrt ist. Manche Firmen sind nun auf den schlaun Gedanken verfallen, ihre Werkstätten regelrecht abzusperren. Niemand kann hinein, bevor er klingelt. Sobald nun die Glöde ertönt, fragt ein Beauftragter des Fabrikanten den oder die Anstömmlinge nach ihrem Begehren. Sind dies Mitglieder der Kontrollkommission, so erhalten die bereits verständigten Arbeiter ein Signal, sich zu verziehen. Treten die Kontrollleute dann ein, so finden sie natürlich nur ein winziges Häuflein von Arbeitern an den Arbeitsplätzen, und befriedigt von dem „prompten Innehalten der Beschlüsse“ ziehen sie wieder von dannen. In den Mitgliedern der Kontrollkommission scheint man übrigens auch Böse zu Gärnern gemacht zu haben. Soeben konnte nämlich ein solches Mitglied namhaft machen, das sich unter der Hand schriftlich an streikende Arbeiter gewandt hat, mit dem allerdinges erfolglosen Ersuchen, die Arbeit baldmöglichst wieder aufzunehmen. Wenn so etwas am grünen Holze geschieht, ist es weiter kein Wunder, daß anstatt der vorgeschriebenen 70 Proz. nur 30 Proz. der Arbeiter ausgesperrt sind. Trotzdem faßelt die „Arbeitsgeber-Zeitung“ von „Lüge“!

**Die betrübten „braven“ Metallarbeiter.**  
Wie erinnerlich, sollte in voriger Woche auf dem Arbeitsnachweis in der Dresdenerstraße die Auszahlung von „Ausgesperrten“-Unterstützung an solche Arbeiter stattfinden, die sich seinerzeit den Kühnemannern gegenüber verpflichtet haben, nicht Mitglieder des Metallarbeiter-Verbandes zu werden. Jetzt stellt sich nun heraus, wie arg die Kernen in ihren Hoffnungen getäuscht worden sind. Manah einer von ihnen hatte im Hinblick auf die pompösen Plakate an den Anschlagtafeln geglaubt, er würde sich als „braver“ Metallarbeiter wohl gar eine silberne Nase von den Kühnemannern holen können; es wurde aber nur eine „lange“ Nase. Auf dem Bureau hieß es nämlich: Sind Sie eingeschriebenes Mitglied, und seit wann? Seit wann sind Sie ausgesperrt? Viele hatten nun die vorgegebene Stanzzeit noch nicht hinter sich; sie mußten also ohne weiteres abtroteln. Wer aber die Vorbedingungen richtig erfüllt hatte und nun in der Hoffnung dessen was da kommen sollte die Hand aufhebt, dem wurden zehn Firmen genannt, unter denen er sich eine ausfinden konnte, bei welcher er — Streikbrecher werden sollte. Hatte er soviel Ehrgefühl, diese entwürdigende Zumutung abzulehnen, dann bekam er nichts. Wurde er aber Streikbrecher, dann bekam er auch nichts, denn dann konnte er sich ja etwas verdienen. Nur diejenigen erhielten die Unterstützung ausgezahlt, die bei den zehn Firmen keine für sie passende Arbeit nachgewiesen bekommen konnten, und die waren an den Fingern abzuzählen. So wurden die „braven“ Arbeiter von ihren Arbeitgebern „unterstützt“, nachdem sie ausgesperrt worden waren. Wie Recht hatte vor Monaten der Metallarbeiter-Verband, als er die Arbeiter aufforderte, jenes bekante Merkmal der Kühnemannern nicht zu unterschreiben, da es sich nur um die Schaffung einer Streikbrecher-Organisation handeln könne. Diejenigen Arbeiter, — es sind allerdings nur wenige — die damals den Warnungen der Verbandstleitung nicht Folge leisteten, sondern sich den Kühnemannern verschrieben, haben jetzt einsehen müssen, wie unendlich töricht sie gehandelt haben. Es hat denn auch schon manch einer von ihnen erklärt, seine heilsame Lehre daraus ziehen und sich der Organisation anschließen zu wollen.

Während somit der Streik und die Aussperrung andauern, hat der Metallarbeiter-Verband mit denjenigen Firmen, die sich bereits im Vorjahre zum Abschluß eines Tarifes für die Gürtler und Drücker bereit zeigten, eine neue Vereinbarung getroffen, wodurch das Tarifverhältnis auch auf die übrigen Branchen der in der Gelbmetallindustrie tätigen Arbeiter übertragen wird. Auf Wunsch der Arbeitgeber hat die beiderseitige Schlichtungskommission in friedlicher Verständigung nunmehr einen Tarifvertrag für die gesamten in der Gelbmetallindustrie Berlins und Umgegend beschäftigten Arbeiter ausgearbeitet, der am 4. Oktober vor dem Gewerbegericht abgeschlossen ist und vom 10. Oktober bis zum 1. September nächsten Jahres Gültigkeit hat. Wird der Vertrag nicht vier Wochen vor seinem Ablauf gekündigt, so läuft er ein Jahr weiter. In den „allgemeinen Bestimmungen“ ist die Arbeitszeit auf neun Stunden täglich festgesetzt. Überstunden dürfen nur im äußersten Notfall gemacht werden und sind dann mit 25 Proz. Aufschlag zu vergüten. Es ist nicht gestattet, Überstunden machen zu lassen, sobald noch die Möglichkeit besteht, neue Arbeiter einzustellen. Bei eintretendem Arbeitsmangel soll, bevor Entlassungen vorgenommen werden, die Arbeitszeit möglichst bis auf sechs Stunden pro Tag verkürzt werden. Der Mindestlohn darf nicht unter 100 Pf. in Lohn oder Akkord gearbeitet wird, unter allen Umständen erreicht werden. Ferner sind Bestimmungen über die Lohnzahlung, die sanitären Verhältnisse sowie über die Schlichtung von Differenzen getroffen. Der Mindestlohn pro Stunde ist wie folgt festgesetzt: Für Drücker, Silberpolierer und Werkzeugschlosser 60 Pf., Schleifer 55 Pf., Gürtler, Former, Schmelzer, Klempner, Mechaniker, Schlichtarbeiter, Schlosser, Galvaniseur und Dreher 50 Pf., Feilhaber 45 Pf., Schmied und Zerleger 45 Pf., Hülfarbeiter 40 bis 42 1/2 Pf. Bei Ausgelehrten resp. noch nicht genügend Eingearbeiteten sind Ausnahmen vorzusehen.

Dieser Tarifvertrag hat gegenwärtig für ca. 150 Betriebe Gültigkeit einschließlich derjenigen, die ihn bei dem jetzigen Streik anerkannt haben. Allein der Umstand, daß die tariffreundlichen Unternehmer selbst darum ersuchen, das Vertragsverhältnis, das sich bisher nur auf die Gürtler und Drücker bezog, auch auf alle übrigen Branchen der Industrie auszudehnen, beweist zur Genüge, wie töricht die Feindschaft der Kühnemannern gegen Tarifverträge ist. Aller Voraussicht nach aber werden die Herren Metallwarenfabrikanten diesmal wohl den vorliegenden Tarif wohl oder übel anerkennen müssen.

**Die Aussperrung der Tischler.**  
Wer etwa erwartet hatte, daß am Sonnabend, mit Schluß der vorigen Woche, die Aussperrung einen größeren Umfang annehmen würde, der hat sich getäuscht, wenn auch die Zahl der am Sonnabend ausgesperrten erheblich größer war wie an einem der vorhergehenden Tage. Am Sonnabend wurden aus 16 Werkstätten 85 Tischler, die dem Holzarbeiter-Verbande angehören, ausgesperrt. Bei der Firma Kimmel sind bis jetzt von 78 Tischlern 6 und bei der Firma Kling von 60 Tischlern einer ausgesperrt. Von Jelder u. Plathen hatten sich am Montag beim Holzarbeiter-Verbande 17 ausgesperrte gemeldet. Bei dieser Firma sind auch ungelehrte Arbeiter und unorganisierte Tischler ausgesperrt worden, so daß die Zahl, welche von Unternehmern als bei Jelder u. Plathen ausgesperrt schon in der vorigen Woche angegeben wurde, nunmehr erreicht sein kann.

Herr Hofmeistermeister Groschus, scheidet folgende **Verurteilung:**  
Auf Grund des § 11 des Gesetzes über die Presse vom 7. Mai 1874 erlaube ich Sie um folgende Verurteilung der Notiz, die Sie in Nr. 23 Ihres Blattes unter der Überschrift „Die Aussperrung der Berliner Tischler“ über meine Firma beachten.

1. Es ist absolut unwahr, daß ich mich f. Jt. dem bei der Firma W. Kimmel im vorigen Jahre unter Zugewegung der Herren Kahardt und Plathen festgesetzten Modus angeschlossen habe.  
2. Es freieren bei mir 180 Tischler, Polierer, Bildhauer, Beizer und Drecker, während es nach Ihrem Bericht erscheint, als wenn mein Betrieb nicht gesperrt ist.

3. Groschus, Hofmeistermeister.  
Herr Groschus hat, wenn man sich an die Worte und nicht an den Sinn des von ihm Gesagten hält, recht. Er hat sich dem für den Kimmelfischen Betrieb vereinbarten Modus: bei Anfertigung neuer Muster den Lohn zu garantieren — nicht angeschlossen, sondern er ist Herrn Kimmel mit der Einführung der Lohngarantie vorangegangen. Am 26. September 1903 schloß Herr Groschus mit den Arbeitern seines Betriebes eine Vereinbarung ab, welche schriftlich fixiert wurde. Der dritte Absatz dieser Vereinbarung lautet:

„Bei neuen Arbeiten wird den Arbeitern der Durchschnittslohn gesichert in der Form, daß zur Feststellung von Formen und Ausfertigungen der Arbeiten, sowie zur technischen Festsetzung des Materials, für Modelle und für sonstige sich bei erster Arbeit immer ergebende Schwierigkeiten ein Zuschlag von 5 bis 20 M. gezahlt wird, der dem jedesmaligen Wert dieser Modellarbeit gleichkommt.“

Etwas später als Herr Groschus, nämlich am 26. November 1903, schloß Herr Kimmel mit den Arbeitern seines Betriebes unter dem Vorbehalt des Herrn Plathen und im Beisein des Herrn Kahardt eine Vereinbarung ab, deren wesentlichster, hier in Frage kommender Absatz lautet:

„Neue Arbeiten müssen im Verhältnis der bereits bestehenden Akkorde festgesetzt werden.  
Arbeiten, welche mit vorhandenen, bereits verakkordierten Sachen nicht zu vergleichen sind, werden auf Lohn gemacht, sofern eine Verständigung über den Akkordpreis nicht erzielt werden kann.“

Durch diese beiden Vereinbarungen wird also noch mehr bewiesen, als wir in dem von Herrn Groschus „berichtigten“ Artikel gesagt haben. Wir sagten, was jetzt als unwahrscheinlich, die gesamte Berliner Möbelindustrie ruinierende Forderung bezeichnet werde, und durch die Aussperrung abgewehrt werden solle, das beste bereits in den Betrieben der Herren Kimmel und Groschus.

Während die Arbeiter jetzt nur 95 Proz. ihres durchschnittlichen Lohnes bei Anfertigung neuer Muster verlangen, garantiert Herr Groschus bereits seit länger als einem Jahre den vollen Durchschnittslohn bei neuen Arbeiten. Herr Kimmel geht sogar noch weiter, er bewilligt bereits seit fast einem Jahre die ursprüngliche Forderung der Arbeiter, denn er läßt neue Arbeiten, wenn über den Akkordpreis keine Einigung erzielt werden kann, in Lohn anfertigen.

Die Herren Kimmel und Groschus haben also durch Tatsachen bewiesen, daß die Forderungen, gegen welche die Freie Vereinigung der Holzindustriellen jetzt kämpft, ohne Schaden für die Industrie bewilligt werden können. Damit wird unsere Behauptung, gegen die Herr Groschus mit einer Berichtigung eines nebenfälligen Punktes glaubt vorgehen zu können, in vollem Umfange bestätigt.

Was Herr Groschus nun noch unter 2. berichtigt, ist uns unverständlich. Wir haben Gegenteiliges an seiner Stelle behauptet.

Die Situation des Klavierarbeiterkreises stellte Siegfried in einer am Montag nachmittag abgehaltenen Versammlung der Streikenden folgendermaßen dar: In den letzten Tagen haben einige kleinere Betriebe die Forderungen bewilligt. Außerdem haben sich die Arbeiter eines größeren Betriebes mit dem Arbeitgeber geeinigt. Die Lohnhöhung ist ihnen bewilligt worden, jedoch haben sie vorläufig auf die Einführung der 8 1/2stündigen Arbeitszeit verzichtet und sich mit der 8 1/2stündigen Arbeitszeit begnügt. Diese Vereinbarung kann die Streikleitung nicht billigen, denn die Verkürzung der Arbeitszeit kommt in erster Linie in Frage. — Die allgemeine Lage des Streiks kann als sehr günstig bezeichnet werden. Die Unternehmernpresse sucht durch unwahre Darstellungen über den Streik ihre Leser zu täuschen. So wird in der „Tagzeitung“ der „Mittlermeister“ die Zahl der Streikenden auf 3500 angegeben, und in einer Fabrik, wo nicht alle Arbeiter in den Streik traten, sollen die übrigen ausgesperrt worden sein. Beide Behauptungen sind unwahr. Es befinden sich nur etwa 1700 Klavierarbeiter im Streik, und von einer Aussperrung ist gar keine Rede. Im Gegenteil. Die vom Streik betroffenen Fabrikanten geben sich die größte Mühe, ihre Arbeiter wieder in die Werkstätten zu locken. Durch Briefe an die Streikenden sowie durch Zeitungsinserate suchen die Unternehmer Arbeitswillige zu werben. In den Inseraten werden Versprechungen gemacht, die tatsächlich nicht erfüllt werden. Einzelne Streikbrecher, die sich durch solche Inserate verlocken lassen, waren sehr enttäuscht, als sie den zugesicherten Lohn nicht erhielten. — Die Firma Neumeyer sucht jetzt Tischler und Polierer, denen sie Anfangslohn von 27 M. verspricht. Wenn die ausländischen Arbeiter so gestellt gewesen wären, dann hätten sie gar nicht daran gedacht, sich dem Streik anzuschließen. Man sieht hier also wieder, daß den Streikbrechern mehr versprochen wird, als die Streikenden fordern. — Eine durch und durch unwahre Behauptung über die Löhne der Klavierarbeiter stellt die „Kunstinstrumenten-Zeitung“ auf. Sie kommt infolge einer ganz willkürlichen Gruppierung von Angaben der berufsgenossenschaftlichen Statistik zu dem Resultat, daß die Berliner Klavierarbeiter einen durchschnittlichen Tageslohn von 6,34 M. erzielen. Diese Angabe widerlegt sich schon durch die Tatsache, daß die Klavierarbeiter gegenwärtig streiken, um nur einen Mindestlohn von 27 M. pro Woche zu erhalten. — Der Streik der Klavierarbeiter wirkt auf die allgemeine Lage der Bewegung insofern günstig ein, als der Mangel an Klaviaturen auch diejenigen Fabriken ins Stocken bringt, wo bisher noch weiter gearbeitet wurde. Besonders trifft das für die Fabrik von Westheim zu. Dort haben sich bekanntlich die Arbeiter dem Streik noch nicht angeschlossen, weil ihnen für den 12. Oktober Verhandlungen seitens der Betriebsleitung in Aussicht gestellt sind. Jetzt macht sich bei Westheim bereits ein Mangel an Klaviaturen bemerkbar, denn die für Westheim liefernde hiesige Klaviaturenfabrik befindet sich im Streik, und das Westheim aus seiner Pariser Bezugsquelle keine Klaviaturen bekommt, dafür wird die Streikleitung sorgen. Schließlich ersuchte der Redner die Ausständigen, als Streikposten ihre Schuldigkeit zu tun. Wenn es gelingt, den Zugang aus den Fabriken fern zu halten, dann müssen die Forderungen der Arbeiter bewilligt werden, und der Streik wird mit einem Siege in nächster Zeit beendet werden können.

Nach reger Diskussion, die sich im Sinne des Referats bewegte und der Erwartung Ausdruck gab, daß der Streik den gewünschten Erfolg haben werde, wurde folgende Resolution angenommen:  
Die Versammelten nehmen Kenntnis vom Bericht der Streikleitung und erklären, an den gestellten Forderungen unter allen Umständen festzuhalten und nicht eher auf ihre Plätze zurückzukehren, bis die Forderungen von den Unternehmern anerkannt sind. Die Versammelten erklären ferner, daß der Vorwurf, durch diesen Streik werde seitens der Arbeiter der Ruin der Berliner Pianoforte-Industrie herbeigeführt, auf die Fabrikanten zurückfällt, indem sie ungelehrte Arbeiter, welche die Fabrikanten unter falschen Versprechungen zu gewinnen suchen, an die Plätze der Streikenden stellen. Dem tausenden Publikum wird durch diese Machination der größte Schaden zugefügt.

**Achtung, Musikinstrumenten-Arbeiter!**  
Alle den Streik der Klavierarbeiter betreffenden Nachrichten bitten wie unverzüglich dem Streikbureau, Engel-Ufer 15, zu übermitteln.  
Die Streikleitung.  
**Acht Holzbearbeitungsmaschinenarbeiter,** die bei der Firma Lühr u. Wiese, Rüdersdorferstr. 28, beschäftigt waren, haben am Montag, die Arbeit niedergelegt. Die genannte Firma hat den Betrieb erst kürzlich von dem vorigen Inhaber Richter übernommen. Bei Richter herrschte die tarifmäßige Arbeitszeit von 32 Stunden in der Woche. Lühr u. Wiese liegen es in der ersten Woche nach der Übernahme des Betriebes noch bei derselben Arbeitszeit, jetzt verlangten sie aber, daß die Maschinenarbeiter 55 1/2 Stunden arbeiten sollten. Aus diesem Grunde erfolgte die Arbeitsniederlegung. Der Betrieb von Lühr u. Wiese ist gesperrt.

**Der Streik der Luzuspapier-Arbeiter und -Arbeiterinnen.**  
Gestern nachmittag fand im großen Saale des Gewerkschaftshauses eine sehr zahlreiche besuchte Versammlung der Streikenden statt, in der Würgberger über den Stand des Streiks berichtete. Er wies darauf hin, daß bei der Firma Stange eine Einigung erzielt worden ist, daß dagegen die übrigen Firmen noch keinerlei Entgegenkommen gezeigt haben, und daß der Direktor der großen Firma Hagelberg, Dr. Gerschel, die Kommission, die der Streikarbeit wegen bei ihm vorstellig wurde, harsch abgemiesen habe, worauf es auch bei dieser Firma zu einer Arbeitsniederlegung gekommen ist. Wie es scheint, rechnen manche Arbeitgeber darauf, daß den Streikenden die Mittel ausgegeben werden. Die Gefahr ist jedoch nicht vorhanden. Nach dem Berichte, den der Referent gab, sind bis jetzt 14674 M. an Streikunterstützung ausgezahlt worden, ohne daß

irgend welche fremde Hilfe in Anspruch genommen werden brauchte. Auch für die Zukunft ist in reichem Maße Vorsorge getroffen, daß kein Mangel eintritt; von dieser Woche ab wird die Streikunterstützung sogar noch erhöht. Der Redner forderte die Versammelten auf, einmütig im Kampfe auszuharren, an Unterstützung werde es die Organisation nicht fehlen lassen. — In der Diskussion wurde mitgeteilt, daß eine private Unterredung mit dem Vorsitzenden der Vereinigung chromolithographischer Anstalten stattgefunden, und daß dieser sich bereit erklärt hat, dafür zu wirken, daß eine Verhandlung zwischen Vertretern seiner Organisation und der der Streikenden zustande kommt. Offenbar wäre eine Einigung auch den Fabrikanten sehr erwünscht, denn nach Mitteilungen aus ihren eigenen Reihen sehen sich mehrere Firmen bereits genötigt, einen Teil ihres Streikbruderpersonals zu entlassen, weil ihnen die Arbeitskräfte fehlen, die die von jenen gelieferten Arbeiten vollenden sollen.

Die Haltung der Streikenden ist durchaus musterhaft. Aber abseits sich die als Streikposten streichenden Arbeiterinnen und Arbeiter nicht das geringste zuschulden kommen lassen, hält es die Polizei immer wieder für nötig, ihnen ganze Strohzüge zu verbieten. So wurde in der Versammlung berichtet, ein Wachtmeister hätte zu einem Streikposten gesagt, auf Befehl des Leutnants könne er nicht dulden, daß der Streikende sich in der Wilhelmstraße zwischen Koch- und Büttnerstraße aufhalte. An derselben Stelle sei es aber gestattet, daß der Chef selbst mit zwei Wachhaltern und einigen Begehungen zusammen daselbst, um Arbeitswillige einzufangen. Diese Streikbrecherposten bilden offenbar kein „Verkehrshindernis“. Ferner wurde berichtet, in der Reinickendorferstraße sei am Donnerstag ein Streikender von einem Geschäftsführer der Firma Scherzinger ins Genid gestochen worden. Der also Mißhandelte habe dann den dabei befindlichen Schuhmann ersucht, den Angezeiger festzusetzen. Der Schuhmann habe das jedoch lachend abgelehnt. — Eigentümlich sind auch die Begründungen in den Strafmandaten, die mehreren Streikenden bereits zugestellt worden sind. In einem heißt es: „Sie haben als Streikposten gestanden und der Aufforderung des Schuhmanns nicht unbedingt Folge geleistet“; in einem anderen Strafmandat wird als Grund angegeben, der Betreffende habe jemand, der in ein Haus hineingegangen sei, durch Zurufe belästigt. Als Zeuge des Voralles wird nicht etwa der Belästigte, sondern der Schuhmann angegeben, auch wird nicht gesagt, um was für einen Zufall es sich handle, vielleicht war es die einfache Mitteilung, daß gestreift wird. — Ferner wurde erwähnt, daß ein Geizhals, ein Pastor aus Kirchorf, der Vorhänger eines Jungfrauen-Bundes ist, es für seine Christenpflicht hält, den Fabrikanten Streikbrecherinnen zuzuführen, damit die erbärmlichen Löhne und die schändliche Ausbeutung der weiblichen Arbeitskraft, die so viele sittliche Gefahren mit sich bringen und eine Begünstigung der Prostitution bilden, unverändert bestehen bleiben. Trotz dieser geistlichen Hilfe und trotz der polizeilichen Verfolgungen sind die Streikenden, wie wiederum die gestrige Versammlung bewies, durchaus nicht entmutigt, sondern sehr entschlossen, einmütig im Kampfe auszuharren, bis ein annehmbares Ergebnis erzielt sein wird.

Der Streik erstreckt sich gegenwärtig auf folgende Firmen: Hochstein u. Weinberg, Wasserwerkstraße, Friedheim u. Sohn, Holzmarktstraße, Bernhardt u. Co., Wilhelmstraße, Böhm, Reichenbergerstraße, Scherzinger, Reinickendorferstraße, Hagelberg, Marienbergerstraße, Schäfer u. Schöbe, Ritterstraße, Henmann u. Schmidt, Schönhauser Allee, Hintertor, Schleißerstraße, Littauer u. Wöfen, Stahlherstraße, Hellriegel, Kochstraße, Griebnitz, Dragonerstraße, Dehne, Weinmeisterstraße, Mittelmann u. Wegner, Alexanderstraße. Diese Firmen sind als gesperrt zu meiden.

**Deutsches Reich.**  
In der mechanischen Schuhwarenfabrik von G. Reischel in Frankfurt a. O. sind nunmehr nach Verlauf der Abkündigungfrist von einer Woche sämtliche Arbeiter in den Ausstand eingetreten. Die Ursachen des Konflikts liegen in der seit einiger Zeit eingetretenen Verschlechterung der Arbeitsverhältnisse bei den Waidern. Um den dadurch hervorgerufenen Ausfall im Wochenlohn, welcher bis zu 3 M. beträgt, wieder auszugleichen, forderten die Arbeiter eine Lohnerhöhung von 6 Pf. pro Paar. Diese Forderung wurde vom Fabrikanten abgelehnt, ebenso die Vermittlung der Gau-leitung, letztere mit der Motivierung, daß die Statuten des Fabrikanten-Verbandes Verhandlungen mit anderen Personen als den beteiligten Arbeitern nicht zuließe. Im Ausstand befinden sich 73 Personen, mit Ausnahme von 2 Personen sämtlich Mitglieder des Verbandes der Schuhmacher Deutschlands. Da es nicht ausgeschlossen erscheint, daß auch die Arbeiter der übrigen Fabriken durch diese Bewegung in Mißstimmung gezogen werden, so ist der Zugang von Fabrik-Schuhmachern nach Frankfurt a. O. streng fernzuhalten.

Zentralverband der Schuhmacher Deutschlands.  
Der allgemeine Bauarbeiterverband in Bremen ist nun vollends beendet. Wie uns ein Privattelegramm von dort meldet, beschloffen gestern auch die Zimmerer die Aufnahme der Arbeit.

**Ausland.**  
Tischler, Achtung! Der Möbelfabrikant O. Runk in Arnheim (Holland) sucht in den Zeitungen tüchtige Tischler, besonders hofft er solche auch aus Berlin zu erhalten. Nach einem Bericht der Organisation der Tischler in Arnheim an den Sekretär der Internationalen Union der Holzarbeiter sind die Löhne und sonstigen Arbeitsbedingungen bei Runk so miserabel, daß es sich für jeden Tischler dringend empfiehlt, jedes Arbeitsangebot desselben abzulehnen und den Zugang nach Arnheim fernzuhalten.

Der allgemeine Bauarbeiterverband in Bremen ist nun vollends beendet. Wie uns ein Privattelegramm von dort meldet, beschloffen gestern auch die Zimmerer die Aufnahme der Arbeit.

**Ausland.**  
Tischler, Achtung! Der Möbelfabrikant O. Runk in Arnheim (Holland) sucht in den Zeitungen tüchtige Tischler, besonders hofft er solche auch aus Berlin zu erhalten. Nach einem Bericht der Organisation der Tischler in Arnheim an den Sekretär der Internationalen Union der Holzarbeiter sind die Löhne und sonstigen Arbeitsbedingungen bei Runk so miserabel, daß es sich für jeden Tischler dringend empfiehlt, jedes Arbeitsangebot desselben abzulehnen und den Zugang nach Arnheim fernzuhalten.

## Aus der Frauenbewegung.

**Achtung! Dienstag, den 11. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, findet in den Arminhallen, Kommandantenstraße 20, die Verichterstattung von der Frauen-Konferenz und vom Parteitag in Bremen statt.**  
Die Vertrauenspersonen.

## Letzte Nachrichten und Depeschen.

**Zusammenbruch einer Wiener Textilfirma.**  
Wien, 10. Oktober. (W. Z. V.) Die „Wiener Allgem. Zeitung“ meldet: Der Mitinhaber der Textilfirma S. Lauffig in Wien, Viktor Lauffig, hat sich heute vormittag erschossen; gleichzeitig hat ein zweiter Gesellschafter der Firma, Otto Lauffig, Wien verlassen. Sein gegenwärtiger Aufenthaltsort ist unbekannt. Das Motiv zum Selbstmorde Viktor Lauffigs liegt in dem finanziellen Niedergange der Firma, die bereits ihre Insolvenz angemeldet hat. Es verlautet auch, daß Otto Lauffig kurz vor seiner Abreise größere Beträge, welche die Firma ausstehen hatte, eigenmächtig erhoben hat. An der Insolvenz sind verschiedene Baumwollspinnereien und Webereien mit größeren Beträgen beteiligt; von den großen Wiener Bankeinstituten ist lediglich der Wiener Bankverein mit einem geringeren Betrage interessiert, für den er vollkommene Deckung hat.  
Der ständige Mitinhaber der Firma S. Lauffig, Otto Lauffig, hatte hinter dem Rücken seines Bruders etwa 700 000 Kronen einlaffiert; die Passiven der Firma belaufen sich auf Millionen. Die Verfolgung Otto Lauffigs ist eingeleitet.

**Vom ostasiatischen Kriegsschauplatz.**  
Toko, 10. Oktober. (Meldung des „Kaiserlichen Bureaus“.) Wie verlautet, konzentrierten die Japaner kürzlich ihr Feuer von der Land- und Seeseite auf den Westhafen von Port Arthur, um die russische Flotte zu vernichten; es gelang ihnen, drei Schiffe, deren Namen und Klasse bisher nicht bekannt ist, zum Sinken zu bringen.

**Grubenunglück.**  
Sachmut (Gouv. Tschernowoz), 10. Oktober. (W. Z. V.) Auf dem Wosnesenschen Bergwerke rief in einer Tiefe von 80 Faden das Aufsteigen eines Förderkorbes. Von 12 Bergleuten, die mit dem Korbe hinabstiegen, wurden 9 getötet. Wie festgestellt ist, ist der Auszug nicht in Ordnung gewesen.

Parteigenossen! Mittwoch ist Zahlabend in Berlin, Charlottenburg und Rixdorf!

Der große Falschmünzer-Prozess

gegen Gehaus und Genossen, der eine ganze Schwurgerichtsperiode ausfüllen wird, nahm heute vor dem Schwurgericht des Landgerichts I seinen Anfang. Die zehn Angeklagten, welche unter besonderen Vorkehrungen und teilweise unter Anlegung von Fesseln in den großen Schwurgerichtssaal gebracht wurden, sind: 1. der Mechaniker Josef Gehaus, 1876 in Hembsen geboren, 1897 beim 5. Infanterie-Regiment in Posen eingetreten, wegen Münzbergens und Verungüftung verurteilt; 2. der Buchdrucker Oswald Lache, 1878 in Frankenstein geboren, mehrfach, darunter wegen Münzbergens, mit Zuchthaus verurteilt; 3. der Müller Hermann Steger, 1878 in Neudorf in Schlesien geboren, unbestraft; 4. der Schuhmacher Bernhard Kaiser, geboren 1881 in Dirschow, Kreis Borslow-Storkow, vielfach verurteilt; 5. der Tischlergeselle Karl Tschowski, 1878 in Rixdorf, Kreis Rumpshagen, unbestraft; 6. die Dienstmagd Erdmantine Wade, 1879 in Loth geboren, unbestraft; 7. der Seemann Max Mikulla, 1881 in Kattowitz geboren, mehrfach verurteilt; 8. der Graveur Paul Plattner in Berlin, 1866 in Schwäbisch-Gmünd geboren, unbestraft; 9. der Klempner Karl Hellmer, 1873 in Rech, Kreis Arnswalde, geboren, mehrfach verurteilt; 10. der Schreiber Emil Feistel in Posen, 1886 geboren, unbestraft.

Den Vorsitz führt Landgerichtsdirektor Kanzow, die Anklage vertritt Erster Staatsanwalt Creischmar, die Angeklagten werden von den Rechtsanwältinnen Gutmann, Glösel, Dahn, Kroner, Gebauer, Loh, Dr. Eger, Zeidler, Grawl und Viktor Fraenkel vertreten.

Da einige Angeklagte höchst gefährliche Menschen sind, so werden in der nächsten Woche der Anklagebank einige Sicherheitsbeamte postiert, einige andere Kriminalbeamte nehmen im Saale Platz. Der Saal macht einen ungewöhnlichen Eindruck. Auf zwei Tischen stehen zwei Handdruckpressen, daneben sind große Kästen mit den verschiedensten Drucktypen aufgestapelt, ringsherum sitzen auf Tischen zahlreiche Sachverständige.

Der Vorsitzende läßt außer den zwölf Geschworenen noch drei Ersatzgeschworene auslösen.

Es sind ca. 50 Beugen geladen, darunter mehrere von außerhalb, ferner Kriminalkommissar v. Boeckmann-Berlin, Kriminalkommissar Koch-Düsseldorf, Kriminalkommissar Schulz-Posen.

Als medizinische Sachverständige sind anwesend die Gerichtsarzte Dr. Störmer und Dr. Hoffmann, Prof. Dr. Köppen, Medizinalrätin Dr. Leppmann und Wittenzweig, Oberarzt Dr. Kaufmann, Prof. Dr. Straßmann, ferner als Schreibsachverständiger Dr. med. Georg Meyer, endlich ein Vertreter der königlichen Münze und der Reichsdruckerei.

Die Feststellung der Persönlichkeiten der Angeklagten nimmt mehrere Stunden in Anspruch.

Der Angeklagte Gehaus machte schon bei seinen ersten Vernehmungen nach seinen persönlichen große Schwierigkeiten, da er den „wilden Mann“

spielt und auf die Fragen des Vorsitzenden entweder gar keine oder völlig unsinnige Antworten gibt. Er hat diese Rolle auch schon in Untersuchungsgang gespielt und u. a. jede Nahrungsaufnahme verweigert, so daß ihm Nahrung mittels eines Schlauchs gewaltsam eingeführt werden mußte. Diese Prozedur war ihm aber doch unangenehm und er fing wieder an zu essen. Er ist dann zur Untersuchung seines Geisteszustandes der Charité überwiesen worden. Dort gelang es ihm eines Tages zu entweichen und er nahm sofort das Gesicht der Falschmünzerei wieder auf, diesmal aber unter dem falschen Namen Döblingki. Unter diesem Namen ist er auch verhaftet worden, er hat auch unter diesem Namen Eingaben an den Justizminister und den Kaiser gerichtet, dann aber hat er zwischenzeitlich wieder seinen richtigen Namen in Anwendung gebracht. Trotz aller ernsten und eindringlichen Vorhaltungen des Vorsitzenden, der dem Angeklagten nahelegt, daß er mit solcher Komödie absolut keinen Eindruck mache, verbleibt dieser bei seinem Verhalten. — Angekl.: Ich weiß nicht, was Sie eigentlich von mir wollen! — Präsident: Ich will, daß Sie sich nicht so töricht benehmen. Sie spielen Ihre Komödie zu dumm! Sie haben gesehen, daß der Angeklagte Mikulla den wilden Mann spielt und nun wollen Sie es ebenso machen. Wir wissen ja, daß Verbrecher ernst Bücher über Geisteskrankheiten lesen und dann ihr Verhalten danach einrichten, um als geisteskrank zu erscheinen. Sie sind aber zu ungeschickt, denn bei Ihnen muß jedermann sofort sehen, daß Sie sunstieren. Sagen Sie: Sind Sie nun Gehaus oder Döblingki? — Angekl.: Ich weiß es nicht; ich habe mich doch nicht geirrt!

Auch der Angeklagte Kaiser hat, wie der Vorsitzende bei dessen Vernehmung hervorhebt, in der Voruntersuchung den „wilden Mann“ gespielt. Er soll in der Freizeitsunde während der Untersuchungshaft plötzlich den

Affen markiert

haben, auf einen Baum geklettert sein und sich vollständig ausgezogen haben. Am nächsten Tage hat er dann fortgesetzt mit den Augen gerollt und immer etwas von „Hugo mit der Kanone“ und von einer „Schlange, die da heißt“ gefaselt. Als ihm eine Disziplinarstrafe wegen seines Unfugs auferlegt wurde, hat er dagegen Beschwerde erhoben.

Der Angeklagte Hellmer hat gleichfalls eine Zeitlang versucht, den „wilden Mann“ zu spielen, nachdem er in Posen festgenommen worden war. Er hat den Gehaus seinerzeit in Posen kennen gelernt und damals ihn nicht für verrückt gehalten. Er hat auch einmal einen Fluchtversuch gemacht, der aber mißglückt ist. Als er dann davon Kenntnis erhalten hatte, daß bei ihm in der Wohnung in einem Wauerloch noch eine Anzahl falscher Münzen vorgefunden worden war, hat er die Arbeit verweigert und den Werrücken gespielt. Er gibt dies zu, behauptet aber, daß er infolge der furchtbaren Ereignisse, die über ihn hereinbrachen, wirklich ganz tolllos geworden sei.

Der Angeklagte Seemann Max Mikulla ist mehrfach verurteilt und hat zuletzt wegen Körperverletzung mittels eines Revolvers drei Jahre Gefängnis erhalten. Er sollte sie in Posen verbüßen, nach acht Monaten ist er aber von dort durchgebrannt. In der Schule hat ihm ein Mitschüler ein Stuch Draht zugeschnitten, er hat daraus einen Dietrich gemacht, damit die Zellentür und die Hoftür geöffnet und ist nachher wieder mit einem anderen Gefangenen entkommen, nachdem sie eine Rauverkleidung hatten. Sein Begleiter wurde in der Jungfernhöhe festgenommen, er selbst entkam, wurde an einer Stelle, die er nicht nennen will, mit Kleibern und Geld versehen und entfloh nach Holland. Von Rotterdam aus machte er Seefahrten nach der Levante usw., schließlich lebte er unter falschem Namen mit einem Mädchen zusammen in Rotterdam. Dort ist er verhaftet worden und hat auch einen Fluchtversuch gemacht.

Angeklagter Oswald Lache ist ein sonderbarer Heißer, der das konjunktive Zeug zusammenredet und unter lebhaften Gesticulationen mit den Händen längere Vorträge mit großer Jungensfertigkeit hält. — Präsident: Lassen Sie das alles vorläufig ruhen! Jetzt fagen Sie mir zunächst, ob Sie Oswald Lache sind? — Angekl.: Nein, ich bin nicht Oswald Lache! — Präsident: Na, waren Sie denn früher Oswald Lache, d. h. derjenige Oswald Lache, der in Breslau wiederholt bestraft worden ist? — Angekl.: Ja, der bin ich! — Präsident: Jener Oswald Lache ist am 6. Oktober 1878 in Frankenstein geboren. Stimmt das? — Angekl.: Ja! — Präsident: Sie sind vielfach verurteilt, zuletzt in Breslau wegen mehrerer höchst gefährlicher Einbruchsdiebstähle zu acht Jahren Zuchthaus. Die acht Jahre

Zuchthaus waren Ihnen nun sehr unangenehm und deshalb gingen Sie auf den „wilden Mann“ los. Sie wurden in die

Irrenanstalt zu Bries

überführt. Da empfangen Sie eines Tages den Besuch Ihrer Schwester und es war schon aufgefallen, daß Sie zum Empfang Ihrer Schwester den Antrag gestellt hatten, ihre eigenen Kleider tragen zu dürfen, was Ihnen abgelehnt wurde. Sie haben zweifellos schon damals sich mit einem Fluchtgedanken getragen, denn als Ihre Schwester Sie verlassen hatte, fand man auf dem Klosett frisch gefaselt Schlüssel vor, die zur Haustür und Zellentür pashen. Am 22. Juni 1902 war Ihre Schwester wieder zum Besuch da, am 23. Juni war Herr Lache verschwunden und tauchte später wieder als Wendland auf. Sie sollen schon gleich bei Ihrer Einlieferung in die Irrenanstalt Bries gesagt haben: „Hier bleibe ich höchstens ein Jahr und wenn ich Einen totschlagen sollte. Wenn ich rauskomme, gehe ich zu meinem Freunde Steger und wie machen Coupons. Sie sind, nachdem Sie ausgerückt waren, in Gierdorf wieder aufgetaucht, dort haben Sie sich „Wendland“ genannt. So hieß nämlich Ihr Vornamen, der ebenso wie Ihr früherer Lehrherr, das Zeugnis gibt, daß Sie ein außerordentlich verschlagener Mann von ungewöhnlicher Verstellungskraft seien. Sie sind schließlich bei Gelegenheit einer anderen Straftat in Hellbrom ausgegriffen worden, haben sich krank gestellt, sind in ein Krankenhaus gebracht worden und es ist Ihnen abermals gelungen, wegzulaufen. — Der Vorsitzende hat mit diesem Angeklagten seine liebe Not. Denn sobald er ihm irgend einen Punkt vorhält, öffnet dieser die Schleusen seiner Verblämtheit und wahre Sturzflut überflutet den Gerichtshof. Der Angeklagte spricht von allen möglichen Dingen und noch einigen anderen teils in lebhafter Erregung, teils unter ironischen Zwischenbemerkungen unter übermäßig häufiger Anwendung von Modellen, wie „Wissen Sie“, „Hören Sie“. Wenn Sie ein Jurist sind und ein bisschen Scharfbild haben“, „Ich will nichts wie Gerechtigkeits“, „Ich bin nicht krank, ich bin ganz gesund!“ Sehr empört wird er, als ihm der Vorsitzende vorhält, daß er ein Doppelspiel zu spielen scheine und in kluger Veredlung seine geistige Gesundheit betone, aber so törichte Dinge zusammenredet, daß man auf diese Weise um so eher zu der Ansicht kommen könnte, daß er geisteskrank sei. In einem unendlichen Wortschwall besagt der Angeklagte, daß er Wendland sei, und als ihm das in Breslau gegen ihn ergangene Urteil vorgelesen ist, beiseite er die darin von ihm gegebene Charakteristik mit der laut hinausgeschleuderten ironischen Bemerkung: „Herr Präsident, ich bin so raffiniert, so mediterränisch, so gemein, daß Sie gar keine Ahnung haben!“

Der „Anarchist“

Der Vorsitzende erwähnt noch, daß der Angeklagte Anarchist sei und auf seinem linken Arm einen Totenkopf und Dolch eintätowiert habe. (Besteht denn darin das Merkmal eines Anarchisten? D. R.) Der Angeklagte bejaht dies, indem er den Vornamen aufreupelt und stolz die Insignien auf dem Arm zeigt, wobei er an den Präsidenten die Frage richtet, „ob es denn eine Strafsache sei, wenn er Anarchist ist?“

Nach kurzer Mittagspause richtet der Vorsitzende Landgerichtsdirektor Kanzow mit einer Engelsgebäude auf Wunsch der Sachverständigen Dr. Hoffmann und Dr. Störmer an den Angeklagten Lache immer wieder die Frage, aus welchem Grunde er den Namen „Wendland“ sich beigelegt habe. Statt einer Antwort ergeht sich der Angeklagte immer aufs neue in ellenlangen unsinnigen Deklamationen. — Als der Vorsitzende sich durch alle diese Erklärungen vom Hauptpunkte nicht abbringen läßt und immer wieder Antwort auf die Frage verlangt, weshalb er sich Wendland genannt habe, schreit Lache mit großer Empörung in den Saal hinein: „Ich heiße Wendland! In Wahrheit bin ich Wendland Frey, von Droste-Wischerling!“ — Präsident: Ach, nun kommen Sie wieder auf diese alte Geschichte zurück? Sie wollen wohl nun das Beispiel Ihres Freundes Wilhelm Mikulla, des Bruders des jetzigen Angeklagten Mikulla, nachahmen? Dieser hat sich auch eines Tages als Prinz von Perken vorgestellt und hat damit Glück gehabt. Nun wollen Sie es wohl ebenso machen? — Angekl.: Jawohl! (Heiterkeit.) Ich bin Frey, Droste von Wischerling! — Sachverst. Dr. Wittenberg: Warum halten Sie sich denn für berechtigt, sich Wendland zu nennen? Dieß denn Ihr Vater Wendland? — Angekl.: Nein, meine Mutter war eine geborene Wendland. — Sachverst.: Sind Sie denn ein uneheliches Kind? — Angekl. (sehr empört): Wissen Sie, verzeihen Sie, das ist auch wieder so ein Stuch, man will mich hier zum unehelichen Kind machen, wie so kommt man dazu? Ich bin Wendland!

Darauf meldet sich der Angeklagte Gehaus zum Wort und als ihn der Vorsitzende auffordert, sich den Geschworenen zuzuwenden, hält er eine längere Rede, die wiederholt

färmische Geierkeit

hervorsticht: „Das sind Geschworene? Das sind gar keine Geschworenen! Ich will mein Recht! Die haben ja keine Gemisettes vor und wollen hier Recht sprechen! Das wäre ja noch schöner! Die tun ja alle nichts und sitzen hier und lachen alle durch eine Brille! — Präsident: Hören Sie, Angeklagter, mahnen Sie sich etwas; anderenfalls lasse ich Sie hinausführen und verhandle in Ihrer Abwesenheit. — Angekl.: Ich spreche überhaupt nicht mit Ihnen! Wenn ich Ihnen etwas sage, dann tue ich es aus bloßer Freundschaft! Ich habe doch viel mehr gelernt wie Sie, was Sie gelernt haben, ist Mist. Sie wollen hier mit einem Paragrafen kämpfen, ich habe auch meinen Paragrafen, und der heißt: Gerechtigkeits! Ich lebe und sterbe für meine Sache, das Volk soll nicht immer darben und andere sollen sich nicht von seinem Schweiß nütten! Die Pfaffen müssen alle runter! Ich habe alle Universitäten besucht und muß das wissen! — Sachverst. Medizinalrat Dr. Leppmann sucht den Angeklagten zu beruhigen und legt ihm nahe, den Vorsitzenden darum zu bitten, an einem anderen Tage vernommen zu werden, da er ihm ja selbst gesagt habe, er sei an manchen Tagen besonders erregt. Der Angeklagte redet sich aber in eine immer größer werdende Wut hinein.

Der Vorsitzende geht hierauf zur Verhandlung der Anklage selbst über.

Im Dezember 1902 und Januar 1903 tauchten in vielen größeren Städten des westlichen und südwestlichen Deutschland eine Menge falscher Bauscheine

der 3/4prozentigen preussischen Staatsanleihen auf, die so vorzüglich nachgebildet waren, daß sie selbst von einzelnen Reichsbankstellen unbeachtet angenommen wurden. Diese Scheine pflegten von zwei jungen, sicher auftretenden Leuten bei Einfäusen von Zigarren, Herrenbedarfsartikeln und Galanteriewaren in Zahlung gegeben zu werden. In allen Fällen erhielten die Verkäufer neben der Ware noch einen größeren Wertbetrag zurückgezahlt. Die Anklage beschuldigt die Angeklagten Steger und Lache, die Verfertiger dieser falschen Coupons zu sein. Steger hatte im Januar 1903 durch Schreiben bei der graphischen Kunstanstalt von Ernst Hoffmann in Stuttgart vier Facsimile: Namenszüge v. Cuno, Cramer, Frey, Tischammer, Graf v. d. Rede-Volmerstein und seinen eigenen Namen bestellt und ausdrücklich hervorgehoben, daß sie genau nach mitgeliefertem Muster ausfallen müßten. Angeblich sollten die Facsimiles für einen Verein sein, deren Geschäftsführer er sei. Herr Hoffmann oder jähste Verdacht, er überzeuge sich, daß diese Namen auf den preussischen Konsols standen und erstattete Anzeige. Es wurde darauf bei Steger in der Wähe zu Bad Dinsdorf in Schlesien Hausdurchsuchung abgehalten und dabei wurden merkwürdige Dinge vorgefunden. Man entdeckte eine

vollkommen eingerichtete Druckerei

nebst zahlreichen Drucker-Utensilien, eine Ziegeldruckpresse, Schläffen, Typen von Zahlen, Clashes und Bleibgüsse mit Adlern, Farbentöpfe, Rollenpapier, ferner Militärmusterungsscheine und Legitimationspapiere der Angeklagten Lache und Tschowski. Eine sehr große Anzahl der verschiedensten Herrenbedarfsartikel fand sich gleichfalls vor, endlich auch eine umfangreiche Korrespondenz mit den verschiedensten graphischen und lithographischen Anstalten, von denen einzelne die zur Herstellung der falschen Coupons erforderlichen Materialien geliefert haben. Von einer dieser Firmen ist auch der Strahlenkomplex geliefert worden, der sich auf den Falsifikaten befindet. Diese Korrespondenzbriefe trugen teils von der Hand des Lache, teils des Steger her. Beide Angeklagte sind Schulfremde; sie haben die Stadtschule in Frankenstein besucht. Steger stand schon in bringendem Verdacht, an dem schweren Diebstahl bei dem Uhrmacher Müller in Breslau, wegen dessen Lache seinerzeit mit der Zuchthausstrafe belegt worden ist, teilgenommen zu haben, die Vermutung liegt auch nahe, daß er es gewesen, der den Lache nach dessen Flucht aus der Irrenanstalt Bries bei sich aufgenommen und mit Kleidern und Geld versorgt hat. Er behauptet, daß er in ganz legitimer Weise sein erspartes Geld dazu hergegeben habe, um mit Lache zusammen eine Druckerei einzurichten. Selbstverständlich ist diese Druckerei in einem ganz dunklen, kleinen, einseitigen, zu ebener Erde gelegenen Zimmer eingerichtet worden. Ueber Zweck und Bedeutung der bei ihm vorgesehenen verächtlichen Utensilien macht er die abenteuerlichsten Angaben. Angeblich will er die Druckerei eingerichtet haben, weil er ein Stellenvermittlungsbureau für Müllergesellschaften habe einrichten und sich die Bekanntheit selbst habe drucken wollen. Der Strohlenkomplex habe zu Bekanntheit dienen sollen, die Facsimiles aber zu Scherzarten und Neujahrsgrüßen, die Muster zu diesen bestellten Clashes habe er zufällig zu Hause gehabt, da er eine Autographensammlung besaßen, die jetzt verschwunden sei. Er bekennt, Kenntnis von der Anfertigung falscher Coupons gehabt zu haben und schiebt alle Schuld auf Lache, der dies ohne sein Wissen getan haben würde.

Hier wird die Verhandlung abgebrochen und auf Dienstag vertagt.

Aus Industrie und Handel.

Nachwehen des Crimmitschauer Streiks. Verschiedentlich haben wir an der Hand von Handelskammer-Berichten nachgewiesen, wie schwer der vorjährige Crimmitschauer Streik die Garnspinnereien Crimmitschaus geschädigt hat, besonders dadurch, daß er die rheinisch-westfälischen Webereien, die von ihnen bisher ihr Wigogne- und Jmitatgarne bezogen hatten, zwang, sich andere Bezugsquellen zu suchen oder eigene Spinnereien der genannten Art anzulegen. Eine neue Verfassung dafür bietet ein vom Handelskammer-Syndikus Dr. Apelt in München-Glabbadh in der Zeitschrift für die gesamte Textilindustrie veröffentlichter Artikel über den Abfall der sächsischen Wigogne- und Jmitatgarne-Spinnereien nach dem rheinisch-westfälischen Wigogne- und Jmitatgarne-Weberei. Als zu Anfang der achtziger Jahre des vorigen Jahrhunderts die rheinische Baumwoll-, Wunt- und Dedeweberei allgemein von der Verwebung des in den Waleispinnereien hergestellten Schuhgarnes zur Verwendung der nach Art des Streichgarnes gepommenen, in der Mode gefärbten Wigogne- und sogen. Jmitatgarne überging, sah sich dieser Teil der rheinischen Webindustrie in seinem Bezug der neuen Garne fast ganz auf Sachsen, vornehmlich auf Crimmitschau und Werdau angewiesen. Nach den Angaben in den Jahresberichten der Handelskammer zu München-Glabbadh, deren Bezirk den weitaus größten Teil der rheinisch-westfälischen Wunt- und Dedeweberei umfaßt, betrug der Abfall der sächsischen Garne nach diesem Gebiet bereits im Jahre 1887 — ca. 40 000 Doppelzentner und erreichte zu Anfang der neunziger Jahre gar die Zahl von über 60 000 Doppelzentner. Die München-Glabbadher Webereien suchten sich aus ihrer Abhängigkeit von den Crimmitschauer und Werdauer Spinnereien zu befreien, doch gelang ihnen dies zunächst aus Mangel an geübten Arbeitskräften nur in sehr bescheidenem Maße. Erst der Crimmitschauer Streik gab den Anstoß zur Einrichtung von größeren Wigogne- und Jmitatgarne-Spinnereien. Heute sind bereits vier solcher Unternehmungen im Glabbadher Industriebezirk mit 50 000 Spindeln vorhanden, deren Zahl sich in der nächsten Zeit noch vermehren dürfte. „Zu diesen Betriebsvergrößerungen und Neuanlagen“, schreibt Dr. Apelt, „hat der Arbeiterstreik in Crimmitschau im Jahre 1903 nicht unwesentlich beigetragen. Dieser Streik führte dazu, daß monatelang in der Zeit eines verhältnismäßig flotten Geschäftsganges die Lieferungen von Crimmitschau vollständig eingestellt wurden; auch die vermehrten Lieferungen von Werdau vermochten den dadurch entstehenden Ausfall nicht wettzumachen. Die oben angegebene Abziffer des Jahres 1903 ist daher auch zum guten Teil auf den durch den Streik hervorgerufenen Gornmangel zurückzuführen. Der Gesamtabfall der Crimmitschauer Garne nach dem rheinischen Industriegebiet ging von 1 842 290 Kilogramm im Jahre 1902 auf 1 800 000 Kilogramm im Jahre 1903, also um 42 290 Kilogramm, zurück, während sich der Abfall der Werdauer Garne von 2 492 800 Kilogramm auf 2 778 900 Kilogramm, also nur um 286 100 Kilogramm, hob. Infolge dieses Ausfalles wurden die rheinischen Webereien durch den Streik sehr in Mitleidenschaft gezogen, da sie sich teilweise mit Ersatzgarnen zu hohen Tagespreisen beschaffen mußten. Die Befürchtungen, daß sich ähnliche Vorkommnisse in Zukunft wiederholen könnten, haben das Bestreben der rheinischen Jmitat- und Wigogne-garnspinnereien auf Ausdehnung ihres Absatzes sehr unterstügt und in einigen großen Webereien auch zur Anlage eines Hilfsbetriebes für Herstellung ihres Eigengarnes geführt. Wahrscheinlich wird sich daher in den kommenden Jahren ein weiterer Rückgang des Abfalles der sächsischen Garne beobachten lassen.“

Die Crimmitschauer Spinnereibesitzer haben, wie man sieht, wenig Anstoß, sich über ihren Sieg zu freuen. Wenn sie nochmals vor die Entscheidung gestellt würden, wer weiß, ob sie nicht heute auf solchen Siegeserfolg lieber verzichteten.

Eine neue Interessengemeinschaft. Auch in der heimischen Industrie tritt neuerdings das Trufgründungsfeber auf. Nachdem jüngst eine sogenannte Interessengemeinschaft zwischen den höchsten Farbwerken und der Firma L. Casella u. Co. erfolgt ist, wird jetzt gemeldet, daß auch die Farbenfabriken vorm. Fr. Bayer u. Co. in Elberfeld und die Badische Anilin- und Sodafabrik in Ludwigshafen sich zu einer Betriebs- und Interessengemeinschaft zusammenschließen wollen.

Ueber die Form, in der die Interessengemeinschaft geplant ist, liegt noch keine Mitteilung vor. Es muß also einstweilen dahin gestellt bleiben, ob damit ein gegenseitiger Kapitalaustausch verbunden ist, wie bei Höchst-Casella, oder ob vielmehr die Gesamtgewinne der beiden Unternehmungen zusammengeeinworfen und nach einem bestimmten Verhältnis verteilt werden sollen;

doch scheint der Art der Anknüpfung nach eine enge Verbindung beider Unternehmungen projektiert zu sein.

Die Ueberfelder Farbenfabrik vorm. Friedr. Bayer u. Co. wurden 1881 zur Uebernahme der seit 1864 bestehenden Fabrikanlagen der Firma Friedr. Bayer u. Co. gegründet; 1891 übernahmen sie hinzu die Alizarinfabrik von Dr. Leverkus u. Söhne bei Leberkuhn, 1892 auch die bisher postweise betriebene Fabrik der Firma Bayer in Schelploh. Ihr Kapital betrug ursprünglich 5,40 Mill. Mark, wurde allmählich auf 14 Mill. Mark und in 1904 auf 21 Mill. Mark erhöht. Die Badische Anilin- und Sodafabrik arbeitet mit einem Aktienkapital von 21 Mill. Mark und einer Leihe von 10 Mill. Mark, ihre Reserven bezifferten sich Ende 1903 auf 20,81 Mill. Mark.

**Bagdabahn.** In den nächsten Tagen gelangt die erste Bagdabahn-Anleihe an der Berliner Börse zur Ausgabe. Der Bau der ersten 200 Kilometer (ca. 27 Meilen) langen Teilstrecke der Bahn ist beendet, und zur Subventionierung wird von der Türkei eine vierprozentige Anleihe von 54 Millionen Frank aufgenommen. Bekanntlich hat die türkische Regierung der Bagdabahn-Gesellschaft eine Brutto-Einnahme von mindestens 11 000 Fr. pro Kilometer garantiert, sowie weitere 4500 Fr. pro Jahr und Kilometer für die Betriebskosten. Dagegen gehören die Brutto-Einnahmen, soweit sie jährlich 4500 Fr. pro Kilometer übersteigen, bis zu 10 000 Fr. der Regierung und darüber hinaus zu drei Fünfteln. Abweichend von dem bei der Anatolischen Eisenbahn und den übrigen türkischen Bahngesellschaften besolten System ist es nicht die Gesellschaft, welche die Staatsubvention einzieht und ihre eigenen Obligationen ausgibt, sondern der Staat selbst hat zur Erleichterung der Geldbeschaffung für das große Unternehmen der Bagdabahn seinen Kredit zur Verfügung gestellt. Die Bagdabahn-Gesellschaft erhält nämlich für jeden gebauten Kilometer 200 110,65 Fr. in vierprozentiger binnen 99 Jahren tilgbarer ottomanischer Staatsanleihe.

**Deutscher Wallertag.** Am 15. und 16. Oktober d. J. wird in Köln der erste Wallertag abgehalten. Auf der Tagesordnung der ersten Sitzung steht die rechtliche Regelung des Wallerstandes, Berichterstatter Rechtsanwalt Dr. Birkdörfer-Frankfurt a. M., Syndikus des Vereins deutscher Immobilien-Waller. Die zweite Sitzung wird sich mit dem § 813 des Bürgerlichen Gesetzbuches, Berichterstatter Herr S. Eahn-Wainz, und der Organisation, Berichterstatter Herr A. Stern-Simon-Frankfurt a. M., beschäftigen.

**Zur Hibernia-Affäre.** Die Dresdner Bank hat heute vor dem Landgericht in Bochum eine Niederlage erlitten. Nach langen Plaidoyers der Rechtsanwältin Geimann-Bochum (für die Dresdner Bank) und Nummenhoff-Bochum (für die Hibernia-Verwaltung) hat das Gericht die Inanspruchnahme der Dresdner Bank gegen die Beschlüsse der Generalversammlung der Hibernia vom 27. August in allen Punkten zurückgewiesen und die Kosten den Klägern auferlegt. Die Dresdner Bank hat gegen das Urteil Berufung eingelegt.

## Berliner Partei-Angelegenheiten.

**Erster Wahlkreis.** Sonnabend feiert der Wahlverein für den ersten Berliner Wahlkreis sein diesjähriges Herbstfest in den Gemächern der Arminshallen, Kommandantenstr. 20. Da die Veranstaltungen einen genussreichen Abend versprechen, so ist zahlreicher Besuch erwünscht.

**Spandau.** Morgen Mittwochabend in allen Bezirken Zahlabend. Die Generalversammlung findet am Mittwoch, den 19. d. M., beim Genossen Köpnick statt. Parteitagsbericht, Vorstandswahl.

**Rixdorf.** Die Parteigenossen haben beschlossen, bei der heutigen Stadtverordnetenwahl in der zweiten Klasse Stimmhaltung zu üben.

**Nummelsburg.** Mittwoch ist in sämtlichen Bezirken Zahlabend.

**Königs-Wusterhausen.** Mittwoch abend 8 Uhr ist im „Siegeskranz“ die Mitglieder-Versammlung. Es wird über den Parteitagsdiskutiert.

## Lokales.

### Dank dem Provinzial-Schulkollegium!

Wie sagt doch Schiller? „Allzu straff gespannt, gerreißt den Bogen — und auf den Schützen prallt der Pfeil zurück.“ Die Herren im königlichen Provinzial-Schulkollegium und ihre Auftraggeber haben jetzt Gelegenheit, die Wahrheit dieses Wortes zu erproben.

Es hatte sie gewürmt, daß der Berliner Magistrat sich noch das bißchen Weitberzigkeit bewahrt hatte, der freireligiösen Gemeinde eine Aula, dem Arbeiterturnverein „Fichte“ sowie einigen polnischen und tschechischen Turnvereinen ein paar Turnhallen zur Verfügung zu stellen. Das durfte nicht länger geduldet werden. Würde der Magistrat Widerstand leisten, wenn man ein Nachwort sprach und die Ausweisung dieser Vereinigungen forderte? Würde er im Widerstand beharren, wenn das Provinzial-Schulkollegium aus angemessener Machtvollkommenheit selber die Ausweisung vollaß?

Lange genug hat der Magistrat von Berlin sich von der Regierung und ihren Organen Entwürdigungen aller Art bieten lassen; aber schließlich haben sie es doch zu arg getrieben. Nun sucht er gut zu machen, was er in den ganzen Jahren durch Nachgiebigkeit verdorben hat. Er hat dem Ansuchen des Provinzial-Schulkollegiums Widerstand geleistet, und er scheint entschlossen, im Widerstand zu beharren. Das Nachwort, das das Provinzial-Schulkollegium sprach, hat ihn aufgepeitscht, und er tritt jetzt mannhafte auf, als selbst die stärksten Optimisten niemals noch zu hoffen gewagt hätten.

Wir haben am Sonnabend mitgeteilt, daß der Magistrat die Bitte der freireligiösen Gemeinde, ihr mannehr für ihre sonntäglichen Zusammenkünfte den Bürgeraal des Rathauses zu überlassen, sofort erfüllt hat. Er hat nicht einmal vorher die Stadtverordneten-Versammlung gefragt, obwohl ein Stadtverordneter-Beschluß vom Jahre 1888 sich dagegen erklärt hat, daß der Bürgeraal religiösen oder politischen Vereinigungen überlassen werde. Der Magistrat ersucht die Stadtverordneten-Versammlung jetzt um ihre nachträgliche Zustimmung, die am nächsten Donnerstag hoffentlich mit Einstimmigkeit erteilt werden wird. Es ist geradezu erstaunlich, wie prompt der Magistrat diese Gelegenheit erledigt hat. Am Donnerstagsabend schickte der Vorstand der freireligiösen Gemeinde das Gesuch ab, und schon am Freitagvormittag wurde es vom Magistrat bewilligt. Noch an demselben Tage gelangte die Nachricht an den Vorstand zurück, und am Sonntag konnte die Gemeinde bereits zum erstenmal im Bürgeraal zusammen sein.

Ohne diese Beschleunigung wäre die freireligiöse Gemeinde an diesem Sonntag obdachlos gewesen. Als die Jugendabteilung sich in der neunten Stunde in dem Gemeindefestsaal der kleinen Frankfurterstraße einfand, war die Aula bereits gespekert. Der Vorstand der Gemeinde trat zu einer Sitzung zusammen, und es wurde sofortiger Umzug nach dem Bürgeraal beschlossen. Man ließ durch den Schuldiener das Harmonium herausgeben, und dann ging's nach dem Rathaus, dem die Kinder in mehreren Trupps zustrebten. Der Umzug eregte in der Landsbergerstraße, auf dem Alexanderplatz und in der Königstraße nicht geringes Aufsehen. Im Bürgeraal nahmen dann die Vorlesung für die Jugendabteilung und nachher auch die Versammlung der Erwachsenen, die im Gemeindefestsaal durch Plakate von dem

Umzug in Kenntnis gesetzt worden waren, ihren ungestörten Verlauf. Beide hatten einen außerordentlich starken Zuspruch. Es ist zweifellos, daß die freireligiöse Gemeinde aus dem Vorgehen des Provinzial-Schulkollegiums auch einen dauernden Gewinn, einen bedeutenden Zuwachs von Mitgliedern erhalten wird. Auf den Schützen prallt der Pfeil zurück.

Angeht dieses überraschend strammen Vorgehens des Magistrats erinnert man sich unwillkürlich an die Dinge, die sich im Herbst 1888 abspielten, als die städtische Schuldeputation der freireligiösen Gemeinde die im Jahre 1874 bewilligten Schulräume entzog. Am 27. Oktober 1888 faßte die Schuldeputation das mit einem „Sofort“ versehenen Schreiben an den Gemeindevorstand ab, und schon am 31. Oktober sollte die Benutzung der Räume aufhören! Die Verfügung kam ganz plötzlich und unerwartet, und die Schuldeputation gab keinerlei Gründe dafür an. Der damalige Vorsitzende der Schuldeputation wählte in mündlicher Unterredung dem Gemeindevorstande nichts anderes zu erwidern als: „Es werde ein Druck von oben ausgeübt.“

Damals gab man im Rathause dem „Druck“ nach — diesmal hat er endlich den wünschenswerten Gegendruck erzeugt. Öffentlich ist er von Bestand. Dann wird man schließlich den Herren im Provinzial-Schulkollegium und ihren Auftraggebern noch dafür danken können, daß sie durch ihr allzu schnelles Vorgehen dem Magistrat das Rückgrat gestiftet haben.

**Zur Schürigelungsfrage** wird berichtet: Der Berliner Turnhallen-Streit wurde in der am Freitagvormittag stattgefundenen Stadtverordneten-Sitzung in Köpenick durch eine wichtige Entscheidung des Ober-Verwaltungsgerichtes deutlich gekennzeichnet. In Köpenick hatte sich der dortige Turnverein „Fichte“ vor einer Reihe von Jahren an den Magistrat mit der Bitte um Ueberlassung einer städtischen Turnhalle gewandt, jedoch seine Bitte war abschlägig beschieden worden; es kam zwischen dem Turnverein und der Stadt Köpenick zur Klage, die damit endete, daß der Verein durch alle Instanzen abgewiesen wurde. Jetzt hat sich der Verein bittend an die Stadtverordneten-Versammlung gewandt um Ueberlassung einer Turnhalle, und der Bürgermeister Köpenicks, Dr. Langerhans, der übrigens dem Gesuche des Turnvereins „Fichte“ nachzukommen geneigt ist, verlas das Urteil des Ober-Verwaltungsgerichtes, in welchem u. a. folgende wichtige Ausführungen gemacht werden:

„Ein Rechtsanspruch auf eine außerhalb der Schulzwecke liegende Benutzung der Turnhalle würde nur dann begründet sein, wenn anderweit ein Beschluß der Gemeindebehörde ergangen wäre, welcher die Hallen für die öffentliche Benutzung, soweit kein Gebrauch seitens der Schüler stattfindet, freistellt. Allein das Vorhandensein eines derartigen Aktes ist von dem klägerischen Turnverein gar nicht behauptet worden. Daher hat die Gemeinde, abgesehen von berechtigten Eingriffen der Schulbehörden, bei unzulässiger Benutzung an den Gebäuden die vollen Rechte des Privateigentümers behalten; sie kann dieselben vermieten oder ungenutzt vergeben oder auch unbenutzt stehen lassen, ohne daß die außerhalb der Schulzwecke mögliche wirtschaftliche Verwendung der Kräfte des einzelnen Gemeindegliedes unterliegt.“ Herr Dr. Langerhans erklärte sodann, daß er gleiches Recht für alle walten lassen müsse, der Magistrat habe die Ueberzeugung gewonnen, daß er allein mit Zustimmung der Stadtverordneten über die Benutzung der Turnhallen zu bestimmen habe. Die Stadtverordneten-Versammlung beschloß darauf, das Gesuch des Turnvereins „Fichte“ der Schuldeputation zur Rücküberlegung zu unterbreiten.

Von der Genehmigung der Aufsichtsbehörde wird auch jetzt, der „Potsd. Korr.“ zufolge, in der Provinz, ebenso wie dies in Berlin der Fall, die Vergebung städtischer Räume an Vereine u. abhängig gemacht. In Rudowwalde hatte der Arbeiter-Turnverein „Freundschaft“ in den letzten Jahren, als noch der Sozialistischer Bürgermeister Suchland amtierte, vom Magistrat nicht mehr die Genehmigung zur Benutzung der städtischen Turnhalle erhalten. Nachdem nun der neue Bürgermeister Dr. Werner in der Stadt seines Amtes waltet, richtete der Turnverein aufs neue ein Gesuch um Ueberlassung der Turnhalle an den Magistrat, das jetzt sowohl von diesem wie von der Schuldeputation und der Stadtverordneten-Versammlung genehmigt wurde. Auch der Landrat des Kreises Jüterbog-Rudowwalde hat den Beschluß genehmigt. Bürgermeister Dr. Werner erklärte in der Stadtverordneten-Versammlung, daß dies infolge einer ganz neuen Verfügung des Potsdamer Regierungspräsidenten nötig war, wonach städtische Räume nur mit Genehmigung der Regierung an Private überlassen werden dürfen. Er halte diese Verfügung für ungeheuerlich.

Dort hat die Regierung sich also zufrieden erklärt, nachdem die städtische Verwaltung die Fiktion, daß die Staatsbehörden über städtisches Eigentum zu sagen haben, hat gelten lassen.

Der Arbeiter-Turnverein „Fichte“ hat nun auch für die Schüler-Abteilung des Silbostens, die bisher in der Turnhalle des Gemeindefestsaales Stallerstr. 56 geturnt hatte, die Ausweisungsbefehl erhalten. Am Montag, als die Abteilung eben zum Turnen angetreten war, erschien der Rektor und teilte bedauernd dem Turnwart mit, daß die Halle fortan nicht mehr benutzt werden dürfe. — Wenn das Provinzial-Schulkollegium meint, daß hiermit die Schülerabteilungen des „Staatsgefährlichen“, weil dem „Staatszweck“ nicht entsprechenden Arbeiter-Turnvereins „Fichte“ vernichtet seien, so täuscht es sich gründlich. Der Vereinsvorstand hat bereits Schritte getan, um eine baldigste Wiederaufnahme des Turnens an anderer Stelle herbeizuführen. Hoffentlich wird hierbei der Magistrat ihm jedes nur denkbare Entgegenkommen erweisen.

**Muß man beim Kauf einer Eisenbahn-Fahrkarte den Hut abnehmen?** Diese Frage hat der Berliner Zeitung zufolge das Schöffengericht am Sonnabend mit Nein beantwortet. Ein Chemiker Dr. Blochmann hatte den Dienstraum der Vorortstation Kaustdorf betreten, um sich eine Zuschlagkarte zu lösen. Als er in barocker Weise vom Beamten darauf hingewiesen wurde, daß er den Hut hätte abnehmen müssen, verbat er sich „solche Nieselei“. Dann verprügelte der Hüßlarenfahrkassierer Schönthal den Fahrgast. Es fügte sich um merkwürdigweise, daß nicht nur der Fahrgast, sondern auch der Eisenbahnbeamte unter Anklage gestellt und daß der Schöffengericht vom Schöffengericht zu 30 M. Geldstrafe sowie zur Zahlung einer Buße von 30 M. an den Verprügelten verurteilt wurde, wogegen der Fahrgast die Benutzung erhielt, freigesprochen zu werden. In der Urteilsbegründung hieß es:

Dr. Blochmann habe zwar den Beamten Vater beleidigt, als er von Nieselei sprach, doch sei eine Beleidigung des Dr. V. vorausgegangen, daher mußte Straffreiheit eintreten. Als er dem Vater den Stoß versetzte, befand Dr. V. sich in Notwehr, denn der Beamte habe ihm erst den Hut vom Kopfe genommen und dann den Dr. V. zum zweitenmal berühren wollen, so daß dieser sich bedroht fühlte. Schönthal sei durch die Aussage des Zeugen Litz überführt worden. Das Vorgehen der Beamten sei ungehörig, sie hätten keine Befugnis, von Dr. V. kategorisch das Gutabnehmen zu verlangen. Kein Verkäufer würde an seinen Kunden ein derartiges Verlangen stellen. Der Dr. V. sei aber ursprünglich als Käufer einer Fahrkarte aufgetreten. Ob man die Kopfbedeckung in einem geschlossenen Räume abnehmen wolle oder nicht, dies sei dem Ermessen eines jeden anheimzustellen. Jedenfalls habe selbst ein preussischer Beamter nicht das Recht, zu verlangen, daß man die Kopfbedeckung im Räume abnehme. Es könne bei starkem Andrang höchstens das Verkehrtinteresse leiden, wenn jeder zum Gutabnehmen aufgefordert werden sollte.

Es wäre zu wünschen, daß aus Anlaß dieses Falles die Bahnhofsbeamten allgemein zu einer ähnlichen Behandlung des Publikums, die Arbeiter eingeschlossen, von Amtswegen aufgefordert würden. Mancher unangenehme Vorfall ließe sich vermeiden, wenn die Eisenbahnbeamten sich als Diener des Publikums fühlten und irgend einen auch von Arbeitern begangenen Verstoß gegen den guten Ton nicht gleich im Polizeistil parierten.

**Der preussische Staat gegen die Berliner Bevölkerung.** Die Direktion der Großen Berliner Straßenbahn hat, wie gemeldet wird, das Protokoll der Gemeinde-Ratssitzung gegen die Erhöhung der Straßenbahn-Abonnements dahin beantwortet, daß sie sich nicht veranlaßt sehe, die Erhöhung rückgängig zu machen, zumal sie sich des Einverständnisses der Aufsichtsbehörden versichert habe.

Die „Germania“ kann das „Vorwärts“-Plakat an den Anschlagsäulen nicht leiden und noch weniger die Erklärung, die wir kürzlich dazu geschrieben haben. Das Plakat für katholischen Kapitalismus wirft uns vor, daß wir alle anderen Blätter in der Sensationsmacherei überbieten. Rame der Vorwurf von einer anderen Zeitung, so würden wir uns dagegen wehren, von der „Germania“ nehmen wir ihn als Anerkennung und mit himmlischer Sanftmut entgegen. Denn dies Plakat betrifft selbst die parteiüblichen Verleumdungen politischer Gegner mit solcher Langweiligkeit, daß es sich bald den letzten Abonnenten vom Halbe geschrieben haben muß. Impotenz weckt Mitleid, und der Fuchs, der die Trauben zu sauer findet, ist entschieden eine kläglichere Figur als der uns als Spiegelbild offerierte Fuchs, der den Enten predigt.

**Vom Bau des Nahrungsmittel-Untersuchungsamtes.** Daß das Bauen „am grünen Strande“ unserer Spree ein kostspielig Ding an Zeit und Geld ist, hat die Stadtgemeinde Berlin jüngst wieder deutlich empfinden müssen. Man baut zurzeit an der Fischerbrücke am Rollenmarkt, unmittelbar am Flußufer, ein „Städtisches Untersuchungsamt für Nahrungs- und Genussmittel“, und war genötigt, das ganze Bauwerk auf grobe Senkklaffen und auf eingerammte Pfähle zu stellen, weil der vorhandene Baugrund moorig ist und erst in etwa 8 Meter Tiefe tragfähig wird. Diese Fundamentarbeit, die mit Rücksicht auf die Sicherung der angrenzenden Gebäude und Ufermauern nur schrittweise und mit äußerster Vorsicht betrieben werden durfte, hat allein eine Bauzeit von über einem halben Jahre erfordert, zumal man noch vielfach auf alte Fundamente stieß, deren Entfernung sich recht schwierig gestaltete. Zurzeit ist der Neubau bis zum zweiten Stockwerk gediehen und man hofft, wie wir hören, noch in diesem Jahre unter Dach und Fach zu kommen.

**Drei Einbrecher,** die vieles auf dem Kirchhof haben, wurden Sonntagmorgen in der Alexanderstraße festgenommen. Als hier ein Zeitungspediteur von seinem frühzeitigen Geschäftsgange nach Hause zurückkehrte, sah er beim Ausschließen der Tür, daß drei Männer vom Hofe weg eilig die Hintertreppe hinaufstiegen. Er weckte einige Hausgenossen, schloß dann die Tür wieder zu und holte die Polizei. Beim Absuchen des Hauses fand man zunächst auf dem Hofe drei Säde, die das schönste Einbruchswerkzeug enthielten. Als man dann die drei Männer auf der Treppe festnahm, erzählten diese, sie seien ganz harmlose Leute, hätten mit den Säden nichts zu tun, und seien, da die Tür aufgestanden habe, nur auf den Hof gegangen, um auszutreten. Die Kriminalpolizei aber, der sie nun zugeführt wurden, erwiderte an ihrer Kleidung sofort eine auffallende Ähnlichkeit mit Sachen, die ihr als gestohlen angezeigt waren. Alles, was die harmlosen Leute auf dem Hofe trugen, stammte aus einem Einbruch in der Artilleriestraße Nr. 1, bei dem den Dieben für 3000 M. Anzüge in die Hände fielen. Die Festgenommenen aber, ein Schlächter Arthur Feurig, ein Arbeiter Mathias Blümke und ein Arbeiterbursche Richard Schulz, der der Fürsorge-Erziehung überwiesen ist, behaupteten, sie hätten die Sachen ohne drei zusammen von einem Unbekannten in der Schönhauserstraße gestohlen.

**Ein neues Opfer des Eisenbahnbetriebes.** Von einer Lokomotive umgestoßen und schwer verletzt wurde heute morgen um 6 1/2 Uhr der 51 Jahre alte Weichensteller Wilhelm Kunstmann aus der Scheringstraße 10, der auf dem Steintiner Vorortbahnhof beschäftigt war. Kunstmann putzte die Lampen der Weichen bei der ersten Eube in der Nähe des Bahnhofsgebäudes, sah hierbei der Zusammenstellung eines Zuges zu und hörte nicht, daß auf dem Geleise, auf dem er an der Seite stand, ein Vorortzug einlief. Als er das Warnungsgeläch des Lokomotivführers wahrnahm, war es schon zu spät. Die Lokomotive traf ihn am Rücken, stieß ihn um und warf ihn seitwärts von den Schienen, so daß er nicht überfahren wurde. Der Verunglückte wurde mit schweren inneren Verletzungen in einem Koppfchen Rettungswagen nach dem Moabiter Krankenhaus gebracht.

**Spiele nicht mit Feuerwehren!** Unzähligmal schon wurde die Feuerwehr nach dem alten Egerzierplatz an der Schwedterstraße alarmiert. Bald brannte die große Pappel, das Wahrzeichen des Platzes, wonach der Platz den Namen „Platz an der einsamen Pappel“ erhalten hat, bald stand der Baum, bald die Hecke, Stroh oder Gras auf dem Platz in Flammen. In den letzten Wochen wurde die Wehr nicht weniger als zwanzigmal dorthin gerufen. Ein förmlicher Sport wurde mit dem Anzünden und der Alarmierung getrieben. Am Sonntagmorgen um 4 Uhr erfolgte wieder Alarm. Diesmal gelang es aber, die Later zu ermitteln. Es waren zwei schulpflichtige Knaben, die die Pappel in Brand gesteckt hatten, und nun ihrer Bestrafung entgegensehen.

**Die königliche Universitätsbibliothek** bereitet für den Beginn dieses Halbjahres eine Neuerung vor, die den Besuchern der Bibliothek, vor allem den Besuchern des Lesesaales, sehr willkommen sein dürfte. Es wird im Treppenhof der Bibliothek ein rein automatischer Erfrischungsräum eingerichtet, wo Brötchen, Vouillon, Milch und Bier feilgehalten wird.

**Kirchenbauer-Bankswindler.** Der verhaftete Moabiter Bankier Kniesche hat, wie die weiteren Ermittlungen ergeben, mit anderen größeren Berufs- und Schicksalsgenossen auch das gemein, daß er den Wohlthäter spielte. Hohenneudorf, wo Kniesche seine Villa und einige Ländereien besitzt, wollte er mit einer eigenen Kirche beglücken, um den Einwohnern den nächstbesten Besuch einer entlegenen Raabarkirche zu ersparen. Auch sonst war er um die Hebung des Ortes bestrebt. Vor allem aber lag ihm dieser Kirchenbau am Herzen. Mit anderen Ortseingesessenen veranstaltete er Versammlungen und Festlichkeiten für den guten Zweck. Als Bankier wurde er natürlich reicher und erhielt alles gesammelte Geld zur Verwaltung. Jetzt ist dieses mit vielen anderen verschwunden.

**Ein Wäfling.** Gegen den Inhaber einer Christbaumzinnfabrik im Süden Berlins schwebt zurzeit ein Verfahren wegen Sittenvergehens. Der Mann wird bezichtigt, systematisch junge Mädchen von 15 und 16 Jahren, die bei ihm beschäftigt waren, zur Duldung unsittlicher Handlungen genötigt zu haben. Die Abscheulichkeiten sind dadurch an Licht gekommen, daß eines der jungen Mädchen sich einer älteren Freundin anvertraute, die nunmehr die Polizeibehörde auf das Treiben des Wäflings aufmerksam machte und die Eltern benachrichtigte. In den amtlichen Vernehmungen ist der Mann nach längerem Leugnen überführt worden, so daß er sich zu einem Geständnis bequemen mußte. Die Angelegenheit ist jetzt der Staatsanwaltschaft übergeben worden.

**Ein Bücherdieb** wurde gestern auf Veranlassung eines Antiquars festgenommen. Ein 23 Jahre alter Comptoirist Louis Hausner war seit April vorigen Jahres ohne Stellung. Mit einigen Ersparnissen schlug er sich so gut durch, als er konnte. Den größten Teil des Tages sah er in städtischen und privaten Bibliotheken, die ihm zugänglich waren, oder in Lesesälen, um sich mit der Lektüre die Zeit zu vertreiben. Als ihm das Geld immer knapper wurde, kam er vor Jahresfrist auf den Gedanken, Bücher zu stehlen und an Antiquare zu verkaufen. So lebte er vom Diebstahl, bis gestern ein Antiquar sah, daß ein Werk, das er verkaufen wollte und in einem Laden gekauft zu haben vorgab, einige Stempel enthielt. Der Mann schöpfe Verdacht und ließ den Kunden festnehmen. Hausner legte ein Geständnis ab und behauptet, von Anfang an aus Rot gehandelt zu haben. Wo er überall Bücher entwendet hat, weiß er nicht mehr, zum Teil waren die von ihm eingeräumten Diebstähle von den Bibliothekaren noch gar nicht entdeckt.

**Eine Ueberraschung** wurde dem ältesten Droschkentaxi-Fahrer Berlins, August Schröder, am Sonnabend nachmittag durch eine Vereinerung von Bühnenkünstlern bereitet. Guido Thielhacker erschien persönlich in der Wohnung des alten Herrn, Pallisadenstr. 32, und forderte

Am Samstag, am Nachmittag zwischen 2 und 3 Uhr in Begleitung seiner Gattin mit seiner Drochse vor dem Hause unter den Linden 61 zu halten, wo in der Weinhandlung von Schoedler die Herren zu verkehren pflegen. Als der Alte pünktlich vorgefahren kam, wurde er von Herrn Thielscher in den Kreis des „Verkehrsgadener Hochtouristenklubs“, wie sich die Vereinigung nennt, geleitet. Es waren u. a. zugegen Fritz Heimerding, Junfermann, Molenaar, Philipp, Knäuper, Köstlin und Paulmüller. Herr Thielscher las ein von ihm verfasstes Gedicht vor, in dem er die vermutlichen Ergebnisse eines Droschkentausches, der 60 Jahre auf dem Bod gefahren hat, in humorvoller Weise schilderte. Hierauf wurde der Alte mit seiner Frau erquidat und ihm ein von den Künstlern gesammelter Geldbetrag eingehändigt, auch wurde ihm eine Flasche guten Weins mit auf den Weg gegeben. Gestern wurden dem Alten durch Vertreter der Personen-Versicherungsgesellschaft Gläubigersche dargebracht und 100 M. überreicht.

**Schwere Brandwunden im Gesicht und den Händen erlitt am Sonntagabend um 10 Uhr der Zimmermann Hermann Henke bei der Explosion einer Petroleumlampe in der Danzigerstr. 96. Der Schwerverletzte mußte sich in ärztliche Behandlung begeben, während die Flammen von der Feuerwehre gelöscht wurden.**

Das Herbstfest der Freien Volksbühne, das am vergangenen Sonntagabend in der Brauerei Friedrichshain gefeiert wurde, bot den Teilnehmern gediegene musikalische Genüsse. Es zeichnete sich vor allem durch den geschlossenen Charakter der Darbietungen aus, indem es keine Instrumentalmusik bot. Das hinterbunte Vielerlei, das sonst bei Volksfesten leider zu häufig geboten wird, ist nicht geeignet, künstlerischen Genuß zu gewähren, weil es keine Sammlung aufkommen läßt.

Eingeleitet wurde das Konzert, das vom Berliner Tonkünstler-Orchester unter Direktion von Karl Bach vortrefflich ausgeführt wurde, mit einem Stück des seltsam tiefen Grieg. Die Herrscher des Abends waren Beethoven und Mendelssohn, umrahmt von Alfred Bruneau, Spohr und Meyerbeer. Von Beethoven wurden zwei Sätze aus dem lieblichen Sertett vorgebracht — jedoch vom ganzen Orchester ausgeführt — während von Mendelssohn die (schottische) Sinfonie Nr. 3 zu Gehör gebracht wurde und im zweiten Teile, als Krone des ganzen, das E-moll-Konzert für Violine. Alfred Wittenberg als Solist zeigte in diesem Konzert seine gediegene Meisterschaft. Die Orchesterbegleitung hätte hier dann und wann etwas zurückhaltender sein dürfen, besonders da die akustischen Verhältnisse des Saales dem Pianissimo einer Violine nicht gerade günstig sind.

Das aufmerksame Publikum spendete dem Meister so lebhaften Beifall, daß er sich entschloß, noch eine zierliche Gavotte von Bach zuzugeben.

Der Besuch des Festes war nicht ganz so stark wie sonst. Am Sonntag schloß sich der übliche Festball.

### Aus den Nachbarorten.

**Spandau.** Zweimal hatte die Stadtverordneten-Versammlung beschlossen, daß den städtischen Arbeitern unter Fortzahlung des Lohnes bei ein- bis dreijähriger Dienstzeit ein Urlaub von vier Tagen und bei längerer Dienstzeit ein solcher von einer Woche zu gewähren sei. Zweimal hatte der Magistrat diesen Antrag wegen formeller Bedenken abgelehnt. Jetzt scheint eine Verständigung erzielt zu sein, denn die Stadtverordneten-Versammlung nahm in ihrer letzten Sitzung einen Zusatz an, wonach die Entziehung des Urlaubs nur auf Befehl der Verwaltungs-Deputation erfolgen kann. — Stadtv. Scholz verwies dann in der Begründung einer Interpellation auf mehrere Vorgänge aus neuerer Zeit, in denen der Inspektor des städtischen Friedhofes Trauerkranz mit roten Schleifen zurückgewiesen und den Kranzträgern mit Polizei und Hausfriedensbruchsparagrafen gedroht, auch sich entschieden gegen das Sprechen kurzer Kranzwidmungen am Grabe gewendet habe. Bürgermeister Wolf erklärte darauf, die Friedhofsdeputation, an welche sich der Inspektor um Instruktion gewandt habe, habe sich für die anstandslose Zulassung roter Schleifen ausgesprochen, und der Magistrat habe sich dem angeschlossen, „sofern damit keine Demonstration“ beabsichtigt sei. Was das Halten von Leichenreden anbelange, so habe hier nicht der Magistrat, sondern die Polizei zu entscheiden.

Es scheint, als ob hinfort eine mehr tolerante Handhabung der Friedhofordnung Platz greifen wird.

**Baumshulenberg.** Die Gemeindevertreter-Wahlen in unserem Vorort Treptow haben seinerzeit wegen der dabei geübten Praktiken ziemliches Aufsehen erregt. Seitdem die Wahlvorschriften den von ihm selbst in Vorschlag gebrachten und vom Wahlvorstand einstimmig festgesetzten Stichwahltermin auf einen anderen Tag fest, weil er mit den Schöpfen Nieselfelder beschäftigen wisse. Bei einer anderen Stichwahl, welche vom Wahlvorstand auf einen Sonntag festgesetzt war, lehnten er und die Schöpfen die Leitung der Wahlhandlung ab, weil anders die religiösen Gefühle verletzt würden. Die Aufsichtsbehörde bestimmte darauf einen anderen Wahltag, worauf die Arbeitererschaft beschloß, sich an dieser ungesetzlichen Wahl nicht zu beteiligen. Auch eine Handvoll formeller Fehler genierte weiter nicht, wenn nur das Endergebnis den Wünschen und Interessen der Staatsbehörden entsprach. Die Sozialdemokratie ging aber auch sofort daran, die herrschenden Klassen über Wesen und Bedeutung des erzwungenen Wahlrechts aufzuklären und es wurde gegen die am 28. Oktober 1902 vollzogene Ersatzwahl Einspruch erhoben. Die Gemeindevertretung als Angeklagte und Richter fand natürlich

alles in schönster Ordnung und lehnte den Protest ab. Hiergegen wurde das Verwaltungsstreitverfahren beschritten. Der Kreis-Ausschuß erklärte in seiner Sitzung am 24. März 1903 die Wahl für ungültig. Die Gemeindevertretung legte Berufung ein; der Bezirksauschuß erklärte aber die Wahl am 5. Januar 1904 ebenfalls für ungültig und zwar aus denselben Gründen wie der Kreis-Ausschuß. Auch hiergegen legte die Gemeindevertretung Berufung ein und drückte den Wunsch aus, zu entscheiden, ob die engere Wahl am Sonntag stattfinden darf. Am Freitag, den 14. d. Mts., wird sich das Oberverwaltungsgericht mit der Berufung beschäftigen.

**Beim Bootfahren verunglückt und ertrunken ist Sonntag nachmittag in der Dahme bei Schmiedewitz der 23jährige Arbeiter Beder, der mit vier Freunden nach Grünau gefahren und von dort aus zu Fuß längs der Dahme gewandert war. Er war ein Freund des Rudersports und wollte durch eine Bootfahrt unternehmen, doch seine Freunde lehnten es ab bei der kühlen Bitterung sich an einer Wasserfahrt zu beteiligen. Sie begaben sich nach einem Lokal und wollten B., der ein Boot für sich allein mietete, dort erwarten. Als er nach etwa zwei Stunden noch nicht nachgelassen war, forschten die jungen Leute nach seinem Verbleib und kamen nach dem Dahme-Ufer, als dort ein gekentertes Boot gelandet wurde. Einen Hut, der in der Nähe auf dem Wasser treibend gefunden war, erkannten die Männer als den ihres vermissten Freundes. Von dem Unglücksfall haben weder die zahlreichen Spaziergänger am Ufer, noch die Insassen der auf dem Wasser fahrenden Boote etwas wahrgenommen. Es wird vermutet, daß B. irgend ein Gegenstand entfallen, und als er sich nach demselben bückte, der Rachen umgeschlagen ist. Der junge Mann, der ein vorzüglicher Schwimmer war, ist zweifellos, als er in das Wasser fiel, von einem Schlaganfall getroffen worden und hat so seinen Tod gefunden.**

**Von einem großen Brande wurde am Sonntag nachmittag die Essenz- und Spirituosenfabrik von Kahlbäum in Adlershof heimgesucht. Die gesamten freiwilligen Feuerwehren der Umgegend waren stundenlang beschäftigt, der Gewalt des Feuers Einhalt zu tun, jedoch mußten sie sich darauf beschränken, die umliegenden Baulichkeiten vor der Brandentzündung zu schützen, so daß die Gebäude, in denen der Brand ausgebrochen war, völlig niederbrannten. Den zahlreichen Sonntagsausflüglern, die durch die heftigen Explosionen einzelner mit Spirituosen gefüllter Ballons sowie durch die starken Rauchwolken herbeigeloht wurden, bot sich ein schaurig-schöner Anblick. Deutlich konnte man erkennen, wenn das Feuer wieder neue Nahrung durch irgendwelche Flüssigkeiten erhalten hatte, handhoch schlugen die Flammen empor und prasselnd stürzte das Gebälk und Ruwertwerk in sich zusammen. Ein Blick war es, daß der Wind die Feuer- und Rauchwolken nach einer Richtung trieb, die nicht mit Gebäuden besetzt war. So konnten mehrere noch zur Fabrik gehörende Baulichkeiten vor den Flammen bewahrt werden. Immerhin ist der Materialschaden sehr beträchtlich. Erst in später Abendstunde konnten die einzelnen Wehren wieder abrücken.**

**Röpenitz.** Unser Ort soll ein neues Elektrizitätswerk erhalten; die Stadtverordneten-Versammlung bewilligte in ihrer letzten Sitzung die dafür geforderten 1163 673 M. — Von den 36 Stadtverordneten sind 14 zum November neu zu besetzen, davon allein sieben in der dritten Abteilung. Unsere Parteigenossen haben von diesen sieben Sitzen jetzt sechs besetzt. Wir hoffen, daß wir nicht allein unsere Position erhalten, sondern auch noch das siebente Mandat erobern können, das wir im Jahre 1900 in Ermangelung eines Hausbesitzer-Kandidaten den Gegnern überlassen mußten. Dann wären in der dritten Abteilung lauter Sozialdemokraten.

### Gerichts-Zeitung.

In dem Prozeß gegen die Engelmaierin Wiese zu Hamburg ist gestern das Urteil gesprochen worden. Die Angeklagte wurde wegen Kindesmordes, versuchten Gattenmordes, Kuppel und Verleitung zum Tode, zu sechs Jahren Zuchthaus und zu lebenslanglichem Ehrverlust verurteilt.

Wegen Abhaltung einer nicht angemeldeten Versammlung hatte sich gestern der Bevollmächtigte der Metallarbeiter, Cohen, vor dem Schöffengericht zu verantworten. Als Tatbestand wurde festgestellt, daß die Arbeiter der Firma Moosdorf u. Hochhäuser, Fabrik für Bade-Einrichtungen, beim Gastwirt Joel in Treptow eine Werksratsbesprechung abhalten wollten. Die Firma hatte dies erfahren und die Polizei davon schleunigst in Kenntnis gesetzt. Es ist nun nach dem Einberufen und leitenden Redner der „Versammlung“ recherchiert worden, und als solcher wurde von dem Berliner Polizeipräsidentium der Angeklagte Cohen bezeichnet. In der Verhandlung stellte es sich heraus, daß Cohen die Versammlung weder einberufen noch geleitet hat, noch überhaupt dort anwesend gewesen ist. Es erfolgte deshalb die Freisprechung. Der Anwalt des Angeklagten hatte noch beantragt, außer den Kosten des Verfahrens auch die diesem erwachsenen persönlichen Ausgaben sowie die Kosten der Verteidigung der Staatskasse aufzuerlegen. Dieser Antrag wurde jedoch mit der Begründung abgelehnt, daß der Angeklagte ja nur den eigentlichen Einberufer gleich hätte nennen können, um sich das ganze Verfahren und somit auch den Verteidiger zu ersparen. Cohen sollte also zum Demuzianten werden!

Ein politischer Verleumdungsprozeß. Gegen etwa 30 Einwohner des Dorfes Alt-Lihmen schwebt zurzeit bei dem Landgericht in

Brenzlau ein von dem Steuererheber Schildhauer, dem Steuererheber Dahms und dem früheren Gemeindevorsteher Dahms eingeleiteter Verleumdungsprozeß. Auf Veranlassung des mitangeklagten Bauerngutsbesitzers Klaus Postel zu Alt-Lihmen war seinerzeit im „Zehender Anzeiger“ ein Bericht über eine am 9. März v. J. stattgehabte Versammlung freisinniger Wähler abgedruckt worden, an welche sich eine allgemeine öffentliche Erklärung angeschlossen, die von Teilnehmern an der Versammlung mit Unterschriften versehen war. In jener Versammlung hatte Herr Postel eine gegen Konserervative und Agrarier gerichtete Rede gehalten und dabei auch die oben genannten Beamten angegriffen und ihnen Verletzung ihrer Amtspflichten zum Vorwurf gemacht. Zum Schluß war von B. eine Erklärung verfaßt worden, die er im Dorfe von Haus zu Haus gehen und mit den Unterschriften der Mitangeklagten versehen ließ. Nachdem in dem gegen die Beamten eingeleiteten Verfahren festgestellt worden war, daß die Verleumdungen grundlos seien, wurde der Spieß umgedreht und die Verleumdungsklage angehängt. Das halbe Dorf muß nun zur Gerichtsstelle zitiert werden. Die Verteidigung der Angeklagten hat Rechtsanwalt Wahn übernommen.

Ein zum Tode Verurteilter freigesprochen. Aus Ostrowo, 8. d. Mts., wird gemeldet: Der Wirt Josef Wieda aus Kuznica-Sakawa, Kreis Kempten, der in der vorigen Schwurgerichtsperiode vom hiesigen Schwurgericht wegen Ermordung der 60jährigen Ausgebirgerin Theophila Goreda in Kuznica bezw. wegen Beihilfe dazu zum Tode verurteilt worden war, wurde heute nach dreitägiger Verhandlung im Wiedereröffnungsverfahren freigesprochen. Sein Sohn, Wieda jun., der zu vierjähriger Gefängnisstrafe verurteilt worden war, wurde heute gleichfalls freigesprochen.

### Vermischtes.

Ein Opfer hat der Brand des Stadttheaters zu Basel doch gefordert. Der Feuermann, der in der Brandnacht die Theaterwache hatte, hat sich erhängt.

Ueber ein Eisenbahn-Unglück wird vom Montag aus Stendal berichtet: Bei der Ausfahrt des Güterzuges Nr. 7116 aus dem Ueberholungsgeleise 3 auf dem Bahnhof Groß-Möringen nach Richtung Einzelberg ist der von Einzelberg abgelassene Güterzug Nr. 7215 heute vormittag gegen 3 Uhr in Groß-Möringen auf den erstgenannten Zug aufgefahren. Bei dem Zusammenstoß sind der Zugführer und zwei Bremser des Zuges 7215 sowie das Lokomotivpersonal des Zuges 7116, ansiehend leicht, verletzt. Beide Zugmaschinen und die drei ersten Wagen des Zuges 7215 sind erheblich beschädigt; der Materialschaden ist bedeutend. Beide Hauptgeleise waren mehrere Stunden gesperrt; der Personenverkehr ist durch Umsteigen an der Unfallstelle aufrechterhalten. Die durchgehenden Schnellzüge 5 und 11 sind von Hannover über Magdeburg nach Berlin geleitet. Der eingleisige Betrieb konnte gegen 10 Uhr vormittags wieder aufgenommen werden; das zweite Hauptgeleis wird voraussichtlich gegen mittag wieder in Betrieb genommen. Die Schuld an dem Zusammenstoß trifft vermutlich den Lokomotivführer des Zuges 7215, welcher das auf Halt stehende Einfahrtsignal vor Bahnhof Groß-Möringen überfahren hat. Die Untersuchung ist eingeleitet. Zur Zeit des Unfalles herrschte sehr starker Nebel.

Keine Chronik. In Landshut (Pfalz) erschlag in der vergangenen Nacht der Kaufmannsgehilfe Luzar seinen Bruder im Streit. Der Täter wurde verhaftet. — In der letzten Nacht erschloß in Wiesbaden der Schneidergehilfe Kengel mittels Revolvers seine Frau, seine drei Kinder im Alter von zwei bis fünf Jahren und darauf sich selbst. — Bei der Vorstellung einer fahrenden Künstlergesellschaft in Rouen stürzte das Brettergebäude ein. 100 Personen, welche der Vorstellung beiwohnten, gerieten unter die Trümmer, 5 Personen wurden schwer verletzt. — Das Städtchen Caldetas in der Nähe Barcelona's steht in Flammen.

Wetterkurs. Auf dem Großen Scheidegg im Berner Oberland liegt der Schnee 40 Zentimeter, auf dem Eigergletscher 60 Zentimeter hoch. Der Verkehr auf der Wengernalp-Bahn ist unterbrochen. In der Stadt Bern fiel gestern Schnee. Gestern abend war in St. Gallen, in den Appenzeller Alpen und im ganzen Rheintal ein Schneeegehoß wie mitten im Winter. — Aus Steiermark wird heftiger Schneefall und rapides Sinken der Temperatur gemeldet. — Auf den Vogesen wird Schneefall gemeldet.

Dampfer-Unfall. In Liverpool. Heute vormittag stieß der Dampfer „Leopold II.“ mit dem Rheindampfer „St. Antonius“ im hiesigen Hafen zusammen. Der „Leopold“ sank sofort, die Befahrung konnte gerettet werden. Der „Antonius“ erlitt schwere Havarien.

Kouen, 10. Oktober. In Dufelle stürzte Sonntag eine Theaterbude ein, wodurch 60 Personen mehr oder minder schwer verletzt wurden.

Marktpreise von Berlin am 8. Oktober. Nach Ermittlungen des kgl. Polizei-Präsidenten. Für 1 Doppel-Pennier: Weizen\*\*, gute Sorte 17,55—17,92 M., mittel 17,49—17,46 M., geringe 17,43—17,40 M. Roggen\*\*, gute Sorte 13,80—13,78 M., mittel 13,76—13,74 M., geringe 13,72—13,70 M. Rutttergerste\*\*, gute Sorte 15,50—14,40 M., mittel 14,90 bis 13,30 M., geringe 13,20—12,30 M. Hafer\*\*, gute Sorte 16,40—15,50 M., mittel 15,40—14,60 M., geringe 14,50—13,70 M. Erbsen, gelbe, zum Roden 40,00—25,00 M. Speltbohnen, weiße 50,00—25,00 M. Rinsen 60,00—25,00 M. Kartoffeln 10,00—7,00 M. Rüböl 5,00—4,50 M. Heu 9,80—7,00 M. Für ein Kilogramm Butter 2,80—2,00 M. Eier per Schock 4,50—3,20 M. \*) Frei Wagen und ab Bahn. \*\*) Ab Bahn.

### Verein der Berliner Buchdrucker und Schriftgießer.

Die Herren Vertrauensleute werden ersucht, das für die Berliner zentralisierten Gewerkschafts-Mitglieder bestimmte Flugblatt zu den Gewerkschaftswahlen auf unserer Verwaltung, Ritterstraße 88, für sämtliche in den Buchdruckereibetrieben tätige Personen (Wähler und Nichtwähler) abholen zu lassen.

Mit kollegialem Gruß!  
Für den Gauvorstand: **Massini.**

**Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Tischler und anderer gewerblicher Arbeiter**  
Eingeschriebene Hilfskasse No. 3 (Hamburg). Verwaltung Berlin G.  
Donnerstag, den 13. d. Mts., abends 8 Uhr, in „Neck's Festhale“, Fruchtstr. 36a:  
**Außerordentl. Mitglieder-Versammlung.**  
Tages-Ordnung:  
1. Berichterstattung der Delegierten von der Generalversammlung in Leipzig. 2. Verlesung der Kassenangelegenheiten.  
Die Sprechstunden des Bevollmächtigten und Kassierers sollen an diesem Abend aus. — Beiträge werden in der Versammlung vom Kassierer entgegengenommen. — Mitgliedsbuch legitimiert.  
Um recht zahlreichen und pünktlichen Erscheinen der Mitglieder ersucht  
154/12 Die Ortsverwaltung.

### Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Verwaltungsstelle Berlin.  
Haupt-Bureau: Engel-Ufer 15, Zimmer 1—5. Fernsprecher: Amt IV, 9679.  
Arbeitsnachweis Zimmer 34. Amt IV, 3353.  
Mittwoch, den 12. Oktober, abends 8 1/2 Uhr:  
**Bezirks-Versammlung für Steglitz und Groß-Lichterfelde**  
im Lokale von **Schellhase, Hohnstraße 15.**  
Tages-Ordnung:  
1. Bericht der Bezirksleitung und Reuwahl derselben.  
2. Verbandsangelegenheiten und Verschiedenes.  
Zahlreicher Besuch wird erwartet.

### Herbst-Vergnügen

für den Bezirk Charlottenburg  
im großen Saale des Volkshauses, Rosinenstraße 3.  
Komische Vorträge, lebende Bilder, Damen- und Kinderbelustigungen aller Art. festrede. Tanz.  
Anfang 8 1/2 Uhr.  
Billetts a 50 Pf. sind beim Kassierer Pasche und bei den Vertrauensleuten zu haben.  
Die Ortsverwaltung.

### Fachverein der Tischler Berlins u. Umgegend.

Dienstag, den 11. Oktober, abends 8 Uhr:  
**Außerordentliche General-Versammlung**  
in Behrens's Festhale, Rantenselstr. 95.  
Tages-Ordnung:  
1. Die bevorstehenden Gewerkschaftswahlen. 2. Die gegenwärtige Aufsperrung 3. Vereinsangelegenheiten. 4. Verschiedenes.  
Pünktliches und vollständiges Erscheinen aller Mitglieder ist dringend notwendig.  
Der Vorstand.

Original **SINGER** Nähmaschinen  
Singer Co. Nähmaschinen Act. Ges.  
Berlin, Leipzigerstrasse 92.  
Filialen in allen Stadtteilen.

**Achtung! Achtung!**  
**Genossinnen, Genossen!**  
Dienstag, 11. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, in den Arminkassen, Kommandantenstraße Nr. 20:  
**Volks-Versammlung.**  
Tages-Ordnung:  
1. Berichterstattung von der Frauenkonferenz und vom Parteitage in Bremen.  
2. Distriktsion.  
3. Bericht der Vertrauenspersonen und Reuwahl derselben.  
Um recht zahlreichen und pünktlichen Besuch ersuchen  
1/12 Die Vertrauenspersonen.

# Gewerkschafts-Kartell

für Berlin und Umgegend.

Bureau: C. 51, Dragonerstraße 15. Telefon: Amt III 5028.

## Achtung, Gewerkschaften!

Am Freitag, den 14. Oktober, abends 8 Uhr,

findet für nachfolgende Wahlbezirke

### Flugblatt-Verbreitung

Nach. Die Ausgabe der Flugblätter erfolgt in den Verkehrslokalen.

Die Genossen seitens des Gewerkschafts-Kartells werden hierdurch aufgefordert, sich recht zahlreich und pünktlich einzufinden und zwar:

Wahlbezirk 8.	Verkehrslokal: Wilhelmstr. 27, Restaurant Hering.
Wahlbezirk 6.	Verkehrslokal: Steinhilberstr. 77, Restaurant Kassner.
Wahlbezirk 9.	Verkehrslokal: Friesenstr. 1, Cafe Bergmannstraße, Restaurant Sühning.
Wahlbezirk 12.	Verkehrslokal: Grünauerstr. 17, Restaurant Preusser.
Wahlbezirk 15.	Verkehrslokal: Wlogauerstr. 29, Restaurant Kessler.
Wahlbezirk 18.	Verkehrslokal: Ewaldstraße 12a, Restaurant Schmidt.
Wahlbezirk 21.	Verkehrslokal: Kleine Andreadstr. 15, Restaurant W. Wollbrandt.
Wahlbezirk 24.	Verkehrslokal: Gieselerstr. 10, Restaurant Kähn.
Wahlbezirk 27.	Verkehrslokal: Georgenkirchstr. 67, Restaurant Becker.
Wahlbezirk 30.	Verkehrslokal: Rosenthalerstr. 57, Restaurant Pfeffer.
Wahlbezirk 33.	Verkehrslokal: Wäldchenstr. 39, Restaurant Lambrecht.
Wahlbezirk 36.	Verkehrslokal: Gieselerstr. 58, Cafe Braunstraße bei Emil Kreyer. Amt III 5028.
Wahlbezirk 39.	Verkehrslokal: Kesselftr. 36 bei Linke, vis-a-vis der Turnhalle.
Wahlbezirk 42.	Verkehrslokal: Breitenstr. 11 bei Vetter.
Wahlbezirk 45.	Verkehrslokal: Stephanstr. 31 bei Lansch.
Wahlbezirk 48.	Verkehrslokal: Pringens-Allee 15/16, Restaurant Kähn.

Mit Legitimation ist das Mitgliedsbuch der gewerkschaftlichen Organisation erforderlich. Der Ausschuss.

## Zentral-Verband der Maurer Deutschlands.

Zweigverein Berlin.

Sektion der Gips- und Zementbranche.

Mittwoch, den 12. Oktober 1904, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus (großer Saal), Engel-Platz 15:

## General-Versammlung.

Tages-Ordnung:

Berichterstattung über das gesamte Ergebnis der Vertragsverhandlungen und weitere Beschlussfassung zum Vertrag.

In Anbetracht der wichtigen Tagesordnung ersuchen wir, daß alle Mitglieder der Sektion in der Versammlung erscheinen. — Mitgliedsbuch legitimiert.

Der Vorstand. J. H.: Wils. Frisch.

**Mühlhäuser Kautabak**  
von Hugo Carl Hagenbruch, Mühlhäusern i. Th. nur echt, wenn die Röhren den beigedruckten Zettel enthalten, worauf gefälligst genau zu achten bitten.  
Vertreter für Berlin und Umgegend:  
August Kleinert, 88142\*  
Berlin SW., Großbeerenstraße 39.

**Wir rauchen nur Koyer-Zigaretten.**  
Fabrik Schöneberg, Guckelstraße 5.  
187/11

Achtung!

# Maurer.

Achtung!

Donnerstag, 13. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, im „Gesellschaftshaus Berliner Mäurer“, Kaiser Wilhelmstr. 18 m:

## Oeffentliche Versammlung der Maurer Berlins und Umgegend.

Tages-Ordnung:  
1. Vortrag über: Ist die Einführung des achtstündigen Arbeitstages im Berliner Maurer-Gewerbe notwendig? 2. Diskussion. 3. Die Gewerbeverordnungen am 16. Oktober 1904 und das Verhalten der Berliner Gewerkschaftskommission zu denselben.

Der Vorstand des Vereins zur Wahrung der Interessen der Maurer Berlins und Umgegend. J. H.: Heinrich Metzke.

Bureau: Seht Girtenstr. 20, Zeitungskägel parterre. Telefon: Amt VII. 4999. D. O.  
NB. Zu dieser Versammlung sind sämtliche Maurer eingeladen.

## Rabatt-Spar-u. Konsum-Verein „Süd-Ost“.

### 4 Mitglieder-Versammlungen

Donnerstag, den 13. Oktober 1904, abends 8 Uhr  
im Lokal Süd-Ost, Waldemarstr. 75;  
im Lokale des Herrn Gansewig, Reichenbergerstraße 147.  
Montag, den 17. Oktober 1904, abends 8 Uhr  
im Lokal Märkischer Hof, Admiralstr. 18c.  
Montag, den 17. Oktober 1904, abends 8 Uhr  
im Lokale des Herrn Thiel, Bergstraße Nr. 151/152.

Tages-Ordnung in allen vier Versammlungen:  
„Die hygienische Brotproduktion“.  
Referenten die Leiter des Bäcker-Verbandes Karl Heitschold u. Franz Schneider.  
In Anbetracht der für die Volksernährung wichtigen Tagesordnung bittet um zahlreichen Besuch.  
Der Vorstand.  
Auch Nichtmitglieder haben Zutritt.

## Tabakarbeiter u. Tabakarbeiterinnen

Dienstag, den 11. Oktober, abends 8 1/2 Uhr:

## Oeffentliche Versammlung

in Leydeners Hof, Sophienstr. 34.

Tages-Ordnung:  
Der besetzte Streik der Dresdener Filiale der Berliner Zigaretten-Fabrik von Jofetti. Vorträge zur Stellungnahme in dieser Angelegenheit. (Referent: Kollege Kullcke, Dresden.) Bericht des Kollegen Börner über den internationalen Tabakarbeiter-Kongress in Amsterdam.  
Die Vertrauensleute. J. H.: Karl Butry.

## Warmes Zimmer

besser wie Kohlen gibt Kuchen- und Eichenholz. Zu den billigsten Preisen liefert daselbst offenrecht gezeichnet die Holzhandlung W. Jonentz, Berlin 6242\* Bärgwaldstr. 65.

## Rahmbierkäse

aus Vollmilch, mild pikant-schmeckend, etc. exquisit feines, äußerst haltb., Steins v. 3 Pf. Gem., offerierte in Startloshaltung, 4 1/2 Pf. netto zu 2 Pf. 6 Pf. Rochn. G. Malsch Nachf., Memmingen (Bayern, Müggan)

# Waarenhaus Hermann Tietz

Leipzigerstrasse 46-49. — Krausenstrasse 46-49.

Dienstag, Mittwoch, Donnerstag, Freitag, Sonnabend. Soweit der Vorrath reicht

## Sonderverkauf für Lebensmittel

### Gemüse-Conserven

Prima Stangen-Spargel Riesen- ca. 15/18 Stg.	195	103
Prima Stangen-Spargel I 20/24 Stg.	165	88 Pf.
Prima Stangen-Spargel II 26/30 Stg.	155	83 Pf.
Prima Stangen-Spargel III 32/36 Stg.	140	75 Pf.
Prima Stangen-Spargel IV 40/48 Stg.	125	68 Pf.
Prima Stangen-Spargel V Mittel	110	60 Pf.
Prima Stangen-Spargel VI Consum	80	50 Pf.
3 Sorten Hannoverischer Stangen-Spargel extra Qualität sehr zart.		
No. 1	2	3
1/2 1/2 1/2 1/2 1/2 1/2	175	95 105 85 150 80 Pf.
Pa. Brechspargel Riesen- m. Köpf.	130	70 Pf.
Pa. Brechspargel I extra stark m. Köpf.	120	65 Pf.
Pa. Brechspargel II stark m. Köpf.	100	55 Pf.
Pa. Brechspargel III m. Köpfen	85	48 Pf.
Pa. Brechspargel IV m. Köpfen	70	40 Pf.
Pa. Brechspargel I ohne Köpfe	55	33 Pf.
Pa. Brechspargel II ohne Köpfe	45	—
Kaiserschoten extra fein	120	65 Pf.
Kaiserschoten fein	105	58 Pf.

### Früchte-Conserven

Mirabellen (Metzer)	62	36 Pf.
Melange	100	55 Pf.
Reineclauden	78	44 Pf.
Aprikosen 1/4 Frucht	120	65 Pf.
Erdbeeren (Ananas)	120	65 Pf.
Birnen weiss, 1/2 Frucht	65	38 Pf.
Pflaumen 1/2 Frucht	58 Pf.	—
Pflaumen in Essig u. Zucker	70	40 Pf.
Preiselbeeren	62 Pf.	—
Heidelbeeren	65	38 Pf.
Kirschen sauer, ohne Stein	95	53 Pf.
Kirschen sauer, mit Stein	68	39 Pf.
Früchte im eigenen Saft ohne Zucker, Stachelbeeren — Johannisbeeren — Pflaumen — Birnen — Heidelbeeren, s. Kirschen, mit Stein, p. Glas 52 Pf. Kirschen, s. ohne Stein, p. Gl. 65 Pf.		

### Diverses

Senfgurken, Kürbis in Kugelform, p. Gl.	72 Pf.
Zuckergurken	p. Gl. 95 Pf.
Mixed Pickles	1/2 Glas 60 1/2 Glas 38 Pf.
Cornichons	1/4 Glas 65 1/2 Glas 40 Pf.

Bismark- u. Bratheringe	per Dose 45 Pf.
Delicatessheringe in verschied. Saucen	1/4 D. 78 1/2 D. 50 Pf.
Anchovis	1/4 Dose 45 1/2 Dose 60 Pf.
Appetit Silt	1/4 Dose 32 1/2 Dose 50 Pf.
Thun Fisch in Oel	1/4 D. 40 1/2 D. 75 Pf. 1/4 D. 130
Laohs in hohen Dosen	per Dose 110
Laohs (Cotelllets)	1/4 Dose 85 Pf. 1/2 Dose 150
Krabben	1/2 Dose 32 1/4 Dose 58 Pf. 1/2 Dose 115
Sardellen	per Glas 70 Pf.
Sardellen ausgewogen	p. Pfd. 100 u. 110
Hummer prima	1/2 Dose 95 Pf. 1/4 Dose 150
Hummer extra pr.	1/2 Dose 105 1/4 Dose 195
Sardinen: französische feinste Marke (Diplomat.) 1/4 D. 85 Pf. 1/2 D. 150 1/4 D. 250	
Marke Carnot	1/4 D. 65 Pf. 1/2 D. 115
Marke Deffes	1/4 D. 75 Pf. 1/2 D. 120
Picknickdose	32 u. 45 Pf.

Caviar feinste russ. Malossol in Dosen 1/8 120 1/4 235 1/2 450 1/4 875 Netto eingew.

Lämmerzungen	Dose 80 Pf.
Ochsenzungen	per Dose 325 400
	475 550
Corned Beef	1/4 Dose 155

Kaffee, 3 Special-Mischungen				
No.	3	4	5	
pro Pfd.	100	115	135	
Cacao loss pro Pfd. 100 120				
Cacao holländischer (Bethke)				
1/2 Pfd. Paket	160	1/2 Pfd. Paket	85 Pf.	
Thee Mischung 1 2 3 4 5				
pro Pfd.	130	160	210	250 320
Macaroni pro Pfd. 30 Pf.				
Hausmachernudeln pro Pfd. 34 u. 45 Pf.				
Hülsenfrüchte b. 1 Pfd. b. 5 Pfd.				
Victoria Erbsen gross	14	13 Pf.		
Victoria Erbsen klein	13	12 Pf.		
Grüne Erbsen	14	13 Pf.		
Erbsen geschält	17	15 Pf.		
Bohnen weiss, gross, extra	24	22 Pf.		
Bohnen weiss, gross	18	17 Pf.		
Perlbohnen	15	14 Pf.		
Linsen gross	23	22 Pf.		
Linsen mittel	18	16 Pf.		

Käse, Tilsiter	p. Pfd. 65 Pf.
Bairischer Schweizer	p. Pfd. 80 Pf.
Echt Emmenthaler	p. Pfd. 90 Pf.
Deutscher Gamentbart	p. Carton 22 Pf.

## Feinste Ital. Tafeläpfel 10 Pfd. 95 Pf.

Wirtschaftlicher Wochenbericht.

Berlin, 10. Oktober 1904.

Bergwerksverstaatlichung.

Die Stellungnahme der Liberalen und konservativen Presse zur Grubenverstaatlichung. — Die Furcht der rheinischen Gruben- und Hüttenbesitzer vor der Verstaatlichung. — Interessen der Berliner Bankfinanz. — Die Verstaatlichungsdaktion des Herrn Möller vom sozialistischen Standpunkt. — Rentabilitätssteigerung des Kohlenbergbaues. — Ansprüche der sozialdemokratischen Partei an die Verstaatlichung.

Die Hibernia-Affäre hat in der kapitalistischen Presse lange Erörterungen über die Möglichkeit einer Verstaatlichung der Kohlenbergwerke hervorgerufen. Die „Kreuz-Zeitung“ leistete sich in vorliegender Woche sogar drei Leitartikel über dies Thema, deren Verfasserhaft dem Theoretiker des Agrarconservatismus, dem Grafen Kanitz-Vodanzen, zugeschrieben wird. Selbstverständlich ist es den liberalen Gegnern wie den konservativen Besitzwörtern der Verstaatlichung nach ihrer Verfertigung lediglich um die Erhaltung einer „gesunden“ Volkswirtschaft zu tun. Ihre Meinungsverschiedenheiten entspringen nur daraus, daß sie sich über den Begriff der Gesundheit nicht ganz einig sind. Die Liberalen führen als Gründe gegen die Verstaatlichung an, daß der Staat einerseits teurer wirtschaftet als der private Unternehmer bezw. die Aktiengesellschaft, und daß er andererseits weit weniger geneigt ist, technische Verbesserungen in seinen Betrieben durchzuführen, als der von Konkurrenz vorwärts gepeitschte Einzelunternehmer. Daneben werden allerlei Bedenken gegen den Staatsmonopolismus und die durch ihn bewirkte Verengung des Budgetbewilligungsrechts der Volkswirtschaft sowie gegen die Vergrößerung des Beamtenapparates erhoben. Die agrarconservative Presse dagegen findet, daß unser Wirtschaftswesen durch die Preispolitik des Kohlenhandels und noch mehr durch die im Kohlenbergbau hervortretenden „Vertrauensbestrebungen“ die schwerste Schädigung droht. Die Kohle als Grundstoff der Industrie würde monopolisiert, die Konkurrenzfähigkeit der deutschen Industrie gegenüber der ausländischen vermindert usw., wenn nicht der Staat eingreife.

Beide wollen also nach ihrer Behauptung nichts als die Aufrechterhaltung der Bedingungen für eine vernünftige Entwicklung der Volkswirtschaft. Sogar die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“ und das „Intelligenzblatt des Zentralverbandes deutscher Industrieller“, die „Deutsche Industrie-Zeitung“, kämpfen nur für das national-wirtschaftliche Wohl. Sonderinteressen will keine verstehen. Wer aber die Argumentationen im einzelnen verfolgt, sieht bald, daß es sich für die liberale Presse lediglich darum handelt, den „nach Bildung und Besitz maßgebenden“ Schichten nicht ihr Ausbeutungsgebiet verengern und von diesem ein Stück abtrennen zu lassen, das sich im letzten Jahrzehnt als eines der einträglichsten erwiesen hat. Deutlich klingt durch die Kladderartikeln der rheinisch-westfälischen Unternehmerblätter das Leitmotiv hindurch: „Ja, wenn wir gewiß wären, daß es sich nur um die Hibernia handelte, die könnte man allenfalls fahren lassen; aber es werden alsbald weitere Grubenverstaatlichungen folgen. Der ganze Kohlenbergbau soll es sein. Und beim Essen steigt der Appetit, auch der Erzbau, und vielleicht sogar die sogenannte Schwere-Eisenindustrie werden der privaten Ausbeutung entzogen werden; denn die enorm steigenden Staatsausgaben erfordern Geld, und dieses Geld läßt sich leichter durch eine Verstaatlichung des Bergbaues schaffen, als durch Erhöhungen der Verbrauchssteuern oder durch das Tabakmonopol.“

Ein früherer Redakteur des „Vorwärts“, Adolf Braun, hat uns vor einiger Zeit erzählt, daß ihm schon vor Jahren Herr Steinmann-Vueber, der Theoretiker des Zentralverbandes deutscher Industrieller und Chefredakteur der von diesem Verband herausgegebenen „Deutschen Industrie-Zeitung“, die Befürchtung ausgesprochen hat, die Regierung werde zur Deduktion der ansehnlichen Staatsausgaben später zur Verstaatlichung gewisser lartellierter Industriezweige, vor allem des Bergwerkes, greifen. Und tatsächlich spürt diese Ansicht schon seit längerem in den Kreisen der Kohlen- und Hüttenbarone. Charakteristisch ist, daß noch vor einigen Wochen der Rechen-Moniteur, die Essener „Rheinisch-Westfälische Zeitung“, aus dem Kreise der rheinischen Eisen-Großindustriellen einen Artikel gegen die Möllersche Verstaatlichungsdaktion brachte, in dem sich folgende interessante Stelle findet:

„Mehrere der äußersten Rechten angehörende Blätter fordern schon jetzt ganz offen die Verstaatlichung des Bergbaues. Vor kurzem ist ein der Brentanoschen, unsere Regierung so sehr beeinflussendes Schloß entlassenes Buch erschienen, das sich mit der Konzentration im Eisen-Großgewerbe beschäftigt. Das Buch schließt mit den Worten: „Die Montanindustrie Deutschlands ist reif für die Expropriation.“ Wer steht dafür, daß nicht die Rechtspolitiker und sozialer Einflüsse die Regierung veranlaßt, nach Jahresfrist sich zur Stärkung ihres Einflusses noch anderer Rechen und schließlich des gesamten Kohlenbergbaues zu bemächtigen? Und schließlich kommt der Appetit nicht nur mit dem Essen, er kommt auch nach „Essen“.

Und in diesem Widerstande finden die Ruchmagnaten die starke Unterstützung der großen Bankfinanz. Als die Regierung an die Verstaatlichung der Eisenbahnen ging, wurde ihr damals die Aktion durch die Daltung der Bankfinanz wesentlich erleichtert. Obgleich die Eisenbahnen die besten Kunden der Banken waren und sich in ihren Aktien und Obligationen ein bedeutendes und profitables Vorrecht besaßen, waren damals doch die Banken bestrahlt, die Aktien aufzukaufen, um sie mit hohem Aufgeld der Regierung zur Verfügung zu stellen. Um einmalige hohe Gewinne zu erzielen, verzichteten sie auf die dauernden kleineren Erträge, die bisher das Eisenbahnenwesen alljährlich abgeworfen hatte. Heute ist man nicht nur klüger geworden, die Abgeltnisse haben sich auch vollständig geändert. Die Großbanken sind heute so eng mit der Kohlen- und Hüttenindustrie liiert, sie sind so sehr auf das Geschäft mit dieser angewiesen, daß wenn ihnen jene Profitquelle abgeschnitten wird, ihre Existenz in ihrer heutigen Form geradezu in Frage gestellt ist; beruht doch auf der Beteiligung an industriellen Unternehmungen fast die ganze enorme Konzentration, die sich seit etwa zwei Jahrzehnten im Bankgewerbe vollzogen hat. Ohne zunehmende Beteiligung an großindustriellen Unternehmungen, ohne fortgeschrittene Fusionen und Vertausungen industrieller Werte und den sich aus solchen Verknüpfungen ergebenden Extragewinnen ist es heute für die Großbanken kaum mehr möglich, für ihre enormen Aktienkapitalien die gewohnten, relativ hohen Dividenden zu erzielen. Es ist daher begreiflich, wenn die große Bankfinanz fast noch mehr als das Grubenmagnatentum sich gegen die Verstaatlichung sträubt und von ihr aus die lärmende Entrüstung

über das Vorgehen der langen Erzellen aus Brautweide sogar bis in solche Blätter strömt, die man sonst gewöhnlich auf Seiten der Agrarier findet. —

Natürlich wird die agrarconservative Presse ebenso wenig wie die liberale Handels- und Börsenpresse zu ihrer Stellungnahme durch allgemeine volkswirtschaftliche Bedenken bewegt. Auch sie spielt in ihren Argumentationen Verleumdung. Die zunehmende Macht der westlichen Kohlen- und Eisenindustriellen und der mit ihnen isolierten Berliner Finanz, der harte politische Einfluß beider auf die Regierung sind dem ostelbischen Junkertum seit langem ein Dorn im Auge. Die Schwächung dieser Macht bedeutet eine Stärkung der ihrigen, während andererseits die Eröffnung neuer Einnahmequellen für die Regierung die Anziehung der Steuerhauhe vielleicht zunächst verlangsamt.

Wesentlich anders stellt sich vom sozialistischen Standpunkt die Verstaatlichungsfrage dar. In liberalen wie konservativen Blättern findet sich die Auffassung, daß die sozialdemokratische Partei, da sie die Verstaatlichung aller Produktionsmittel fordert, selbstverständlich auch für die Verstaatlichung der Kohlengruben eintreten müsse, und wenn der „Vorwärts“ sich gegen die Verstaatlichung der Hibernia zu den von Herrn Möller angebotenen Bedingungen ausgesprochen habe, damit nur bewiesen würde, daß die politische Oppositionslust gegen das jetzige Ministerium stärker sei als das sozialistische Prinzip.

Tatsächlich liegt jedoch die Sache ganz anders. Prinzipiell ist selbstverständlich die Sozialdemokratie für die Grubenverstaatlichung, und zwar nicht erst in ferner Zukunft, sondern sie hält, wie das bereits im Herbst 1900, als die Kohlenpreise höher und höher stiegen, in der Berliner Resolution ausgesprochen worden ist, den Kohlenbergbau längst für reif zur Expropriation. Aber diese Stellung bedingt nicht, daß sie nun für jede Bergwerksverstaatlichung eintreten muß, mögen die Bedingungen sein wie sie wollen — vor allem aber nicht, daß sie jedem staatlichen Ankauf eines beliebigen einzelnen Bergwerkes zu rein fiskalischen Zwecken unterliege. Der „Vorwärts“ hat gleich nach dem Bekanntwerden der Möllerschen Verstaatlichungsaffäre die Ansicht ausgesprochen, daß der Ankauf der Hibernia-Aktien zum Kurse von 240 bezw. 245 Proz. (mit Einschluß der Dividenden für 1904 berechnet) viel zu hoch sei. Dieser Ansicht ist von anderer Seite entgegengehalten worden, es sei die Ankaufsofferte nicht nur nach dem Verhältnis des Kaufpreises zum Kursstand der Aktien zu beurteilen, sondern es müßten die Dividenden und die Abschreibungen der letzten Jahre mit in Rechnung gezogen werden. Ergebe sich nach dieser Rechnung — und das sei bei der Hibernia der Fall — ein Ueberschuß des durchschnittlichen Jahresgewinnes über die übliche normale Verzinsung des Ankaufskapitals, so sei der Abschluß des Geschäftes als vorteilhaft anzusehen.

Diese Auffassung ist unrichtig — selbst nach kapitalistischen Geschäftsgrundlagen. Ein guter Geschäftsmann fragt beim Kauf einer Fabrik nicht nur, was sie in den letzten Jahren an Gewinn abgeworfen hat — diese letzten Jahre können ja außergewöhnliche Prosperitätsjahre gewesen sein —, sondern auch wie weit ihr Betrieb sich früher rentiert hat und wie er sich nach der allgemeinen wirtschaftlichen Konstellation weiter rentieren wird. Und dieselben Erwägungen kommen bei staatlichen Ankaufsofferten in Betracht. Nach meiner Ansicht ist es aber kaum fraglich, daß die hohe Rentabilität des Kohlenbergbaues im letzten Jahrzehnt auf Bedingungen beruhte, die nicht als dauernde gelten können. Noch in den achtziger Jahren des letzten Jahrhunderts waren die Gewinne recht mäßig, erst mit der Gründung des Rheinisch-Westfälischen Kohlenhandels im Jahre 1893 und der 1895 einsetzenden Aufschwungsperiode gestaltete sich die Geschäftslage des Kohlenbergbaues günstiger; doch ist nicht zweifelhaft, daß trotzdem jene Gewinnsteigerung, wie sie erzielt worden ist, nicht erreicht worden wäre, wenn nicht die Regierung durch ihre Eisenbahnpolitik und durch die von den fiskalischen Gruben besetzte Geschäftspraxis die Preisbewegung unterstützt hätte, und wenn nicht außerdem der südafrikanische Krieg und die Einführung des englischen Kohlenausfuhrzolls die Konkurrenz Englands in den deutschen Kohlengebieten und auf dem Auslandsmarkt geschwächt hätte. Die Hibernia gehört zu den unter den günstigsten Bedingungen arbeitenden Gesellschaften des rheinisch-westfälischen Kohlenreviers, doch selbst an ihrer Dividendenverteilung zeigt sich, daß ihre Ueberschüsse im letzten Jahrzehnt gewissermaßen als Hochkonjunkturgewinne zu betrachten sind. Im letzten Jahreslauf hat sich allerdings die Durchschnittsdividende auf 12,2 Proz. gestellt, in dem vorausgegangenem, bereits unter dem Einfluß des Kohlenhandels und des wirtschaftlichen Aufschwunges stehenden Jahreslauf betrug sie aber nur 9,3 Proz. und im ganzen Jahrzehnt 1880/89 nur 3,6 Proz.

Die weitere Frage ist: werden diese Bedingungen, welche im letzten Jahre die Bergwerksrente höher und höher gesteigert haben, fortbestehen? Die Antwort wird vielleicht recht verschiedenartig ausfallen. Nach meiner Ansicht ist es jedoch heute schon ziemlich sicher, daß, wenn nicht bereits vorher das Kohlenhandels zusammenfällt, es beim Ablauf seiner vertragmäßigen Geltungsdauer im Jahre 1915 in der heutigen oder irgend einer ähnlichen Form nicht erneuert werden wird. Die größere Wahrscheinlichkeit spricht vielmehr dafür, daß dann ein heftiger Konkurrenzstreit zwischen den in der Bildung begriffenen Hüttenzechen bezw. Hüttenbetriebs und den außerhalb solcher Verbindungen gebliebenen Hüttengruppen entbrennt.

Außerdem kommt aber bei der Verstaatlichung in Betracht, daß die Eier, die günstige Situation möglichst auszunutzen, vielfach zum Raubbau, zu einer irrationalen Gruben-ausbeutung geführt hat. Nicht nur haben die jüngst Mode gewordenen Hüttenzechen die aufstrebenden Gesellschaften mit beträchtlichen toten Kapitalien belastet, die Stilllegung bedeutet zugleich in den meisten Fällen eine starke Entwertung der in den betreffenden erpauenden Gruben vorhandenen zum Abbau geeigneten Flöze. Aber ganz abgesehen von dieser lediglich durch die Profitgier diktierten Verwüstung wird auch in den Gruben nur zu oft die Praxis befolgt, die kleineren Flöze nicht abzubauen und durch neue Anlagen zu verdecken, so daß der spätere Besitzer enorme Kosten aufzuwenden haben wird, um sie wieder zugänglich und abbaufähig zu machen.

Unter diesen Umständen ist selbst vom reinen Geschäftsstandpunkt aus der Ankauf von Rechen zu einer der durchschnittsdividende der letzten Jahre entsprechenden Summe kein vorteilhaftes Geschäft. Noch weniger aber entspricht er den Anforderungen, welche die sozialistische Arbeiterpartei stellt. Die Verstaatlichung hat für sie unter den heutigen Verhältnissen nur dann einen Zweck, wenn sie die Möglichkeit bietet zu einer Vervollständigung der Bergarbeiter, Durchführung verschiedener hygienischer Einrichtungen, Herabsetzung der Kohlenpreise, und wenn trotz dieser

Mahnahmen ein derartiger Ertrag sich heraus-wirtschaften läßt, daß neben der Verzinsung des zum Ankauf aufzuwendenden Kapitals dem Staate eine mäßige Rente bleibt.

Übernimmt jedoch der Staat die Kohlengruben zu Preisen, wie sie heute von der Geschäftswelt unter Zugrundelegung der letztjährigen Dividenden herausgerechnet werden, und zahlt er gar obendrein noch den Aktionären ein beträchtliches Agio, dann ist er, will er die Verzinsung der von ihm ausgegebenen Schuldscheine und einen mäßigen Ueberschuß für den Staatsfiskus herauszuschlagen, einfach gezwungen, die bisherige private Geschäftspraxis fortzuführen, d. h. die Preise auf ungefähr gleichem Niveau zu halten und aus den Bergarbeitern herauszuschinden, was er kann. Dann bedeutet die Verstaatlichung nichts anderes, als daß der Staat den Grubenbesitzern auch weiterhin einen dem heutigen Gewinn entsprechenden Ertrag aus ihrem Besitz garantiert.

Am einfachsten ließe sich die Verstaatlichung durch ein Expropriationsgesetz bewerkstelligen, das zugleich Normen für die Wertbemessung des Bergwerksbesitzes aufstellt; glaubt aber die Regierung aus allerlei kapitalistischen Rücksichten diesen Weg nicht gehen zu können, will sie es mit einer Verstaatlichung auf dem Wege des Aktienkaufs versuchen, dann ist erste Vorbedingung, daß sie durch geeignete Maßnahmen die hochgestiegene Bergwerksrente und damit zugleich die Aktienkurse wieder herabdrückt. Mittel dazu finden sich genügend, z. B. eine scharfe Konkurrenz der fiskalischen Gruben gegen den privaten Betrieb, Anlegung neuer Schächte auf den staatlichen Kohlenfeldern, Aenderung der Frachttarif-Politik, Durchführung hygienischer Maßnahmen auf den Gruben, und vor allem eine Aenderung des geltenden Vergesetzes, die dessen kapitalistische Auswüchse beschneidet. Vor allem müßte die Rentungsfreiheit, der feste Anspruch auf Verleihung des Bergwerkseigentums unter gewissen Bedingungen, aufgehoben werden und an deren Stelle nach französischem Muster die bloße Konzessionierung treten, und ferner müßte der Grundsatz des alten Bergrechts in aller Schärfe wieder aufgenommen werden, daß wer sein Bergwerk nicht in ordnungsmäßigem Betrieb erhält, alle Rechte verliert.

Wenn die Regierung auf diese Art die Verstaatlichung des Kohlenbergbaues einleitet, läßt sich auch vom sozialistischen Standpunkt darüber reden. Für eine Verstaatlichung unter Bedingungen, die den Staat gewissermaßen zur Fortsetzung des bisherigen Ausbeutungssystems zwingen, haben wir aber nicht das geringste Interesse.

Wasserstand am 8. Oktober. Elbe bei Ruffig — 0,54 Meter, bei Dresden — 1,92 Meter, bei Magdeburg + 0,21 Meter. — Unstrut bei Ebraunhof + 0,80 Meter. — Oder bei Rathbor + 0,91 Meter, bei Breslau Ober-Regel + 4,70 Meter, bei Breslau Unter-Regel + 1,52 Meter, bei Frankfurt — 0,49 Meter. — Weichsel bei Brahmünde + 2,18 Meter. — Warthe bei Posen — 0,18 Meter. Rabe bei Wsh — — Meter.

Witterungsübersicht vom 10. Oktober 1904, morgens 8 Uhr.

Table with 10 columns: Stationen, Barometer, Windrichtung, Windstärke, Wetter, Temp. in C, Stationen, Barometer, Windrichtung, Windstärke, Wetter, Temp. in C. Rows include: Eimende, Hamburg, Berlin, Frankfurt, München, Wien, Haparanda, Peteraburg, Gort, Überleben, Paris.

Wetterprognose für Dienstag, den 11. Oktober 1904. Etwas wärmer, zunächst ziemlich heiter bei mäßigen südlichen Winden; später zunehmende Bewölkung und leichter Regen.

Briefkasten der Redaktion.

Dados, Schweiz. 1. Der alte Mann hinterließ rund hundert Millionen Mark an Barwerten sowie reiches Besitz in Zahnhanden, Schloßern usw. 2. Was von dieser Erbschaft noch übrig ist, kann man jetzt nur schätzen, aber nicht mit einiger Sicherheit angeben. — G. 100. Professionslos. — W. 2. 42. 1. Ja. 2. Angehlich nur ein Prozent. Die Angabe ist bedeutungslos. 3. Nein. — J. 100. 36 Prozent. — G. M. 2. 1. 16 Millionen jährlich vom preussischen Staat. 2. Läßt sich im Moment nicht genau feststellen. 3. In Preußen nicht; in anderen Ländern sind damit Einnahmen von sehr unterschiedlicher Höhe verbunden. — Ausländer. Wird sich kaum machen lassen. Fragen Sie an bei Herrn Josef Babion, dem Sekretär des Sozialdemokratischen Leseklubs zu Paris, Rue Lamartine 87. Ueber andere Adressen hierzu verfügen wir nicht. — J. C. 1. Rund 2 1/2 Millionen. — G. 2. 50. 1. und 2.: Sie dürften Auskunft erhalten durch Herrn Dr. Jabel, hier, Dresdenerstr. 109. — R. v. St. 100. — Rauchbelästigung. Allerdings ein recht schlimmer Uebelstand unserer Feuerungsanlagen. Es empfiehlt sich, den Artikel des Unterhaltungsblattes des „Vorw.“ Nr. 203 vom 16. Oktober 1903 zu lesen. — Kerntopp. Schief gemittelt. — Mirbach. Stimmt: Popularen sind lieblich zu lesen, werden aber gedrückt mit Schreien. — Schiller. Die „Spiegelblätter der Hölle“ wird im letzten Akt des „Fiesko“ in der zwölften Szene erwähnt, nicht aber in der „Traut von Weßling“, die dafür das „Blindwerk der Hölle“ aufweisen hat. — J. R. 27. Vergleichen Sie die Briefkastennotiz in Nr. 237 des „Vorwärts“; allerdings nicht Müller, sondern Möller ist richtig. — 1904. Amsterdam. — 3333. Rein. — 1234. Ja.

R. Z., Berlin. Ihre Zuschrift wollen wir veröffentlichen, bitten aber, uns vorher Ihre Adresse zu nennen oder in den nächsten Tagen bei uns vorzusprechen (nachmittags von 4—8 Uhr). Selbstverständlich können Sie auf strengste Discretion rechnen.

Juristischer Teil.

Die juristische Sprechstunde findet täglich mit Ausnahme des Sonnabends von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr abends statt. Geöffnet: 7 Uhr. G. P. Der mündliche Vortrag ist durchaus rechtsfähig. Ist eine Bohrung mündlich auf ein Jahr gemietet, so kann mangellos anderer Vereinbarung jeder Teil bis zum Dritten des letzten Quartals zum Schluss des Jahres kündigen. Bleibt der Mieter länger, so ist er voll schadenbeschäftigt. — Maurer W. Verlangen Sie die sofortige Rückgabe der Kinder und senden Sie sich jeweils Durchsicht Ihres Verlangens eventuell an das Vormundschaftsgericht, damit dieses das Verlangen regelt. Es liegt keineswegs im Interesse der Kinder, sie der Mutter oder dem Vater ganz zu entnehmen. Der Weg, den Sie zur Regelung der Elternrechte einschlagen, muß von der Rücksicht auf das Interesse der Kinder diktiert sein; auch geschiedene Eltern können einen Weg hierzu finden. Gelingt es auch dem Vormundschaftsgericht nicht, eine Regelung durchzusetzen, so droht den für die Rechthaber ihrer Eltern doch unzulässigen Kindern Zwangsverziehung aus Kosten der Eltern. — Gewerkschaftartikel. Die Angelegenheit ist im Ueberschuß im Reichstage besprochen. Wird gegen Ungehalt Auskunft erteilt usw., so kann der § 36 G.-D. auf die Leiter in Anwendung gebracht werden. Erreichen Sie doch das Erfordernis der Ungehaltigkeit für Unorganisierte. Unorganisierte können ja jeden Augenblick, also auch in dem, in dem Sie sich an Sie wenden, der Organisation beitreten. Die Zahl deren, die das nicht können, ist so außerordentlich gering, daß die etwaige Einmischung in diesen im Verhältnis zu den infolge der Einmischung erwachsenden Scherereien nachteilig nicht groß ist.

Advertisement for Sunlight Soap. Text: Wunderbarer Duft entströmt der Rose von Shiraz — von köstlichem Aroma durchdrungen ist auch die Wäsche, zu der Sunlight Seife ausschließlich verwendet wird. Die Seife wird nur aus den besten und reinsten Rohmaterialien auf Grund eines eigenartigen vollkommensten Fabrikationsprozesses, durch den der höchste Grad der Verseifung der Fette und Öle erzielt wird, hergestellt und verleiht deshalb dem Linnen jenen wunderbaren Duft und die glänzende Reinheit, welche Haus und Heim anmutig machen. Weil ihre Reinigungskraft eine konzentrierte ist, besitzt Sunlight Seife bei richtiger Verwendung die größte Ausgiebigkeit. Sie ist deshalb eine billige, preiswerte Haushaltungs-seife für alle Zwecke.



Am Sonnabend verstarb im  
Krankenhaus mein lieber  
Vater, unser guter Vater, der  
Maurer  
**Franz Gerlach.**  
Die Beerdigung findet am  
Mittwoch nachmittags 3 Uhr von der  
Leichenhalle der Luther-Gemeinde in  
Lantow aus statt.  
**Die trauernde Witwe**  
nebst Kindern.

Freunden und Bekannten hier-  
mit die traurige Nachricht, daß  
mein lieber Mann, der Gastwirt  
**Bruno Wolff**  
am Sonnabend sanft entschlafen ist.  
Die Beerdigung findet am  
Mittwoch nachmittags 3 $\frac{1}{2}$  Uhr von  
der Halle des Thomas-Kirchhofes  
aus statt.  
**Die trauernde Witwe**  
nebst Kindern.

Am 9. Oktober, abends 7 $\frac{1}{2}$  Uhr,  
verstarb nach langem, schweren  
Leiden unser lieber Kollege, der  
Schriftsetzer  
**Wilhelm Seydler**  
im 44. Lebensjahre. Sein auf-  
richtiger und ehrlicher Charakter  
sichern ihm bei allen, die mit ihm  
gearbeitet haben, ein ehrendes  
Andenken.  
Das Personal der Firma  
Ullstein & Co.  
Die Beerdigung findet am  
Donnerstag, den 13. Oktober, vor-  
mittags 10 Uhr, auf dem Heilig-  
kreuz-Kirchhof in Mariendorf statt.

Kranz- und Blumenbinderei  
von Robert Meyer,  
nur Mariannen-Straße 2.  
Bereits-Kränze, Palmen- u. Blumen-  
Arrangements, Bouquets, Girlanden  
usw. werden fein u. preiswert geliefert.  
Kranz- und Blumenbinderei  
von **H. Rodewald,**  
Alexandrinenstrasse 1a.  
Kränze mit Blumenschleifen  
Antrag, zu Festlichkeiten, Bouquets  
Tischgedächtnisse jeder Art zu präparieren

**Gardinen-  
Rester-Ausverkauf**  
ältere Muster in weiß und creme zu  
1-4 Restern passend, spottbillig in dem  
**Gardinenfabrik-Lager**  
von **Bruno Güther**  
aus Plauen in Sachsen,  
Berlin O., Gruner Weg 80.  
part., Eingang vom Tier (kein Laden).  
Proben nach außerhalb bestofel.

5821.  
**Sofastoffe**  
Riesenauswahl aller Qualitäten.  
Wolle, Reste! Moquettes.  
Plüsch, Satteltaschen.  
Muster b. näher. Angabe franco.  
**Emil Lefèvre, Berlin, 158.**

Sozialdemokratisch. Wahlverein  
für den  
**2. Berliner Reichstagswahlkreis.**  
Den Parteigenossen zur Nach-  
richt, daß unser treues Mitglied,  
der Maurer  
**Franz Gerlach**  
am Sonnabend, den 8. d. Mts.,  
im Krankenhaus verstorben ist.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am Mit-  
woch nachmittags 3 Uhr von der  
Leichenhalle der Luther-Gemeinde  
in Lantow aus statt.  
Um zahlreiche Beteiligung ersucht  
Der Vorstand.

Sozialdemokrat. Wahlverein  
f. d. 4. Berl. Reichstagswahlkreis.  
(Süd-Ost.)  
Den Mitgliedern hiermit zur  
Kenntnis, daß unser Genosse, der  
Gastwirt  
**Bruno Wolff**  
mohhaft Stallstr. 110, früher  
Wienerstr. 43.  
(Stadtbezirk 110)  
gestorben ist.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am  
Mittwoch, nachmittags 3 $\frac{1}{2}$  Uhr,  
von der Leichenhalle des Thomas-  
Kirchhofes aus statt.  
Um zahlreiche Beteiligung ersucht  
Der Vorstand.

Deutscher  
Metallarbeiter-Verband  
Verwaltungsstelle Berlin.  
**Todes-Anzeige.**  
Den Kollegen zur Nachricht, daß  
unser Mitglied, der Presser  
**Alfred Neuendorf**  
am 7. Oktober gestorben ist.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am  
Dienstag, den 11. Oktober er.,  
nachmittags 5 Uhr, von der  
Leichenhalle des Emmaus-Kirch-  
hofes in Altdorf aus statt.  
Regel Beteiligung wird erwartet.  
Die Ortsverwaltung.

„Bad Gesundheit“,  
Berlin N., Elsasserstrasse 39,  
am Oranienburger Tor. 6262  
Pfeinlichste Sauberkeit. Gewissen-  
hafte Behandlung  
Dampf-, Lohantankin u. Kräuterbäder,  
Heißluft, Kohlensäure-,  
Sool- und Wannen-Bäder.  
Sämtliche Manipulationen  
genau nach ärztlicher Vorschrift.  
Bäder für Mitglieder sämtlicher  
Krankenkassen.

**Kronleuchter-Fabrik**  
für Gas u. Petroleum.  
Größte Auswahl.  
**400 Kronen**  
von 10-700 M.  
Verk. zu billigst. Fabrik-  
preisen an Privats.  
Auf Wunsch Teilzahlung  
ohne Preiserhöhung.  
**Siegel & Co.**  
Prinzenstrasse 33.

E. Möbis, Uhren, Koppenstr. 62.  
Vors. nur best. neu. Ware  
2 prima  
fette **Rauch-Aale**  
frische  
1 Stck. ff. Lachs! 1 Dos. ca.  
20-25 Brat- od. Delik.-Her.  
1 Dos. ff. Oelsard. üb. 100 best.  
Sardellhr., ca. 3 Pfd.! 1 Dos.  
ff. Anchovis. 1 F. Kochb. u.  
60 Stück ff. Bückl. und ff.  
Spratt. Alles zus. 4 Mk. p.  
Nehn. Mit noch 1 Dos. ff.  
Hummer 4 $\frac{1}{2}$  M. E. Degener,  
Swinemünde 83. Grob-  
fischerei-Export von 1881.

Allen Verwandten, Freunden  
und Bekannten die traurige Nach-  
richt, daß unsere geliebte Tochter  
und Schwester am Sonnabend,  
den 8. Oktober, verstorben ist.  
Die Beerdigung findet heute,  
Dienstag, den 11. d. Mts., nachm.  
4 Uhr, von der Leichenhalle der  
Gemeinde Tempelhof am Tier-  
Weg aus statt.  
Um stille Beileid bitten  
**Max Deutschmann** nebst Familie.

**Danksagung.**  
Für die herzliche Teilnahme, welche  
Kranzspende und tröstenden Worte  
am Grabe meines innigst geliebten  
und unvergesslichen Mannes lagte ich  
hiermit allen Verwandten, Freunden  
und Bekannten, insbesondere den  
Kollegen der Firma H. Auerbach  
meinen innigsten Dank.  
20606 **Bertha Hollmann.**

**Für Schuhmacher,  
Schuhfabriken und  
Lederhändler!**  
Die erg. Anzeige, daß mit meinem  
Werkzeug-Geschäft eine **Reparatur-  
Werkstatt** jetzt verbinde, worin neben  
erhältlichen neuen auch sämtl. alten  
Schuhmacher-Werkzeuge gut auf-  
gesetzt u. bald. ausgeführt werden.  
**F. Rochnig, Berlin SO., 26,**  
Elisabeth-Platz 39 (Ede Raunhstraße).

**Bruch-Pollmann**  
empfiehlt sein Lager in Bruchbandagen,  
Leibbinden, Geradenhaltorn, Spritzen,  
Suspensoren, sowie sämtliche Artikel  
zur Krankenpflege.  
**Eigene Werkstatt.**  
Lieferant, Ortho- u. Hilfs-Krankentassen  
Berlin O.,  
**30. Finien-Straße 30.**  
NB. Alle Bruchbänder mit elastis-  
chen Belotten, angenehm und weich  
am Körper. 4432

**5 $\frac{3}{4}$  Pfund Brot 50 Pf.**  
(Brotware)  
**Albrechts Bäckereien:**  
Wrangeistr. 135, Krautstraße 19,  
Faldensteinstr. 28, Laufstraße 2.  
Markthalle Bismarckstr., Stand 222/23.  
Markthalle Hindenburgstr., Stand 16/18.  
Centrale: Vorhagenstr. 13.

**Möbel,** 2952  
ganze Wohnungs-Einrichtungen  
sowie einzelne Stücke äußerst billig.  
Eigene Tischler-Werkstatt.  
Berlin O.  
**Wiehr, Petersburgerstr. 62.**

**Dr. Simmel,** Prinzen-  
Str. 41,  
Spezialarzt für [35/13\*]  
**Haut- und Harnleiden.**  
10-2, 5-7. Sonntags 10-12, 2-4.

**Patente,**  
Anmeldung, Bewertung,  
Kauf, Finanzierung usw. und  
Ausland, Ratsschläge kostenlos.  
Prüfung von Ideen. Bequemste  
Zahlungsweise 9-4, Sonnt. 11-1.  
**Wollers & Co., Wilhelmstr. 119/120.**

**Für Vereine!**  
Frei geworden: Erster Weihnachts-Feiertag. 6482  
**Buss' Salon, Gr. Frankfurterstr. 85.**  
Ch. Theel.

**Uhren, Grammophone, Goldwaren**  
sowie sämtliche Zubehörteile; Reparaturen, Platten billigst.  
**Franz Henschke,** N., Zwinckmünderstr. 39.  
Tel. Amt III. 5008. 2542

**Mohra**  
ARGARINE  
ist gleich  
**Naturbutter**  
ein vorzügliches Nahrungs- und Genussmittel,  
jedoch im Preise bedeutend billiger.



**Telegramm** aus der Volkstümlichen Ausstellung  
für Schule, Haus und Herd zu Berlin:

- „A. L. Mohr, Aktien-Gesellschaft, Altona-Bahrenfeld.“
- „Ausstellungserfolg: Goldene Medaille und Ehrenpreis.“
- „Ausstellungsbesucher spendeten „Mohra“ ungeteiltes Lob.“

**Bis jetzt 24 Medaillen und Ehrenpreise!**

A. L. Mohr, Aktien-Gesellschaft, Altona-Bahrenfeld.  
**Filiale Berlin C 2, Neue Friedrichstr. 37.**

Turmstr. 76. **Lachmann & Scholz** Otto-Str. 1.  
Diese Woche: **Ausnahmepreise** für **Kleiderstoffe** und **Damenhüte!**  
Dienstag, Mittwoch, Donnerstag, geben wir **doppelte Rabatt-Marken.**  
den 11., den 12., den 13. des Monats

